

**Beginn: 10.32 Uhr**

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der 25. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen, herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **sechs Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 26. Januar 2011 den ersten Nachtrag zur **Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe für das Haushaltsjahr 2010** sowie die Durchschrift des Genehmigungserlasses des Innenministers übersandt. Gemäß § 10 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um **Kenntnisnahme**. – Diese stelle ich hiermit fest. Die Unterlagen können im Archiv des Landtages eingesehen werden.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 15/1000 und 15/1300

erste Lesung

In Verbindung mit:

**Mittelfristige Finanzplanung 2010 bis 2014 mit Finanzbericht 2011 des Landes Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 15/1001

Und:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2011**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksachen 15/1002 und 15/1354

erste Lesung

Und:

**Die Landesregierung muss das Vertrauen der Kommunen zurückgewinnen – Desaströse Umverteilung im GFG 2011 stoppen**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1325

Sowie:

**Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/977

erste Lesung

Zur Einbringung und Vorstellung der Haushaltsgesetze und der mittelfristigen Finanzplanung erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

**Dr. Norbert Walter-Borjans**, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legt Ihnen heute den Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 vor. Mit diesem Haushalt vollziehen wir die dringend notwendige Kurskorrektur hin zu Zukunftssicherung und Gerechtigkeit. Mit dieser Kurskorrektur ist die neue Landesregierung angetreten.

Kurskorrektur bedeutet für uns: Vorbeugung jetzt, anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft. Das ist die intelligente Form der Schuldenbremse,

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

weil wir nur so auf Dauer die Ausgaben nachhaltig senken sowie Wirtschaftskraft und Einnahmen stärken.

Wir investieren im Jahr 2011 1,1 Milliarden € in die Zukunft unseres Landes und setzen mit 500 Millionen € ein klares Signal, ein Sparsignal, für verantwortungsbewusstes Haushalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von der CDU)

Wie wichtig die Kurskorrektur ist, das zeigen die Ergebnisse von fünf Jahren kurzatmiger Haushaltskosmetik und pauschalen Kürzungen zulasten von Bildungsgerechtigkeit, Bildungsqualität und sozialer Gerechtigkeit. Ein Blick in die finanziell ausgetrockneten Städte und Gemeinden reicht, um zu sehen,

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

wohin Sie die Lasten verschoben haben, und zwar ohne im eigenen Haus wirklich für Ordnung gesorgt zu haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Seit Juli 2010 hat das Land eine neue Regierung. Das ist auch gut so. Der Regierungswechsel fiel allerdings in eine turbulente Zeit. Ein Grund dafür ist, dass wir in Nordrhein-Westfalen nach Jahren eines eher verhaltenen Wirtschaftswachstums 2009 mit minus 5,8 % einen Absturz von nie gekanntem Ausmaß und ein Jahr darauf mit einem Plus von 3,4 % einen ungewöhnlich sprunghaften Anstieg erlebt haben. Eine gleichmäßige Entwicklung und ein wirtschaftliches Gleichgewicht sehen anders aus.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will das einmal mit einem Bild beschreiben: Wenn jemand von einer Leiter fällt, danach überraschend schnell wieder auf die Beine kommt und dann die Leiter wieder ein Stück hoch geht, ist das sehr erfreulich. Aber von der größten akrobatischen Leistung des letzten halben Jahrhunderts zu reden, nur weil man wieder auf die Beine gekommen und auf dem Weg nach oben ist, ist mehr als gewagt.

So ist das auch mit der wirtschaftlichen Erholung. Sie kommt gut voran, viel schneller, als wir alle erwartet haben, aber wir sind noch nicht wieder auf der Leitersprosse, von der die Wirtschaftsleistung abgestürzt war. Und einen sicheren Stand hat sie auch noch nicht.

Tatsache ist: Wir leiden immer noch unter den dramatischen Einbrüchen, die uns die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in den letzten Jahren beschert hat. Die Wirtschaft hat – trotz aller erfreulichen Tendenzen und Prognosen – die schärfste Rezession nach dem Krieg noch nicht wieder wettgemacht. Das bestätigt auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 2010/2011. Da stellt er fest:

„Das tatsächliche Bruttoinlandsprodukt liegt somit immer noch unter dem Produktionspotenzial ...“

Der Aufschwung, über den so viel gesprochen und geschrieben wird, ist zwar erfreulich – wir freuen uns natürlich auch in Nordrhein-Westfalen darüber –, aber zum gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht gehört nicht ein kurzzeitig hohes, sondern ein stetiges Wachstum. Nach einem so tiefen Einschnitt – ich habe es schon gesagt: 5,8 % weniger im Jahr 2009 und danach wieder 3,4 % mehr – brauchen wir noch einige Zeit, bis die Wirtschaft und die Steuereinnahmen wieder auf dem alten Niveau angekommen sind, bevor überhaupt zu beurteilen ist, ob wir auf einem stetigen Wachstumspfad sind. Deshalb bestehen wirklich weitere erhebliche Risiken für den Aufschwung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das sehen viele namhafte Wissenschaftler so, nicht nur das von uns schon in der Vergangenheit zitierte und um Stellungnahme gebetene renommierte Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung,

(Lachen von Dr. Jens Petersen [CDU])

das sich im Übrigen seine Meinung nicht nur auf Grundlage eigener Überlegungen gebildet hat, sondern das sich auf die Deutsche Bundesbank, die Europäische Kommission, den Internationalen Währungsfonds und das Bundesministerium für Finanzen beruft.

Den Sachverständigenrat habe ich bereits genannt. Eine Reihe weiterer renommierter Stellen hat sich zu diesem Fragenkomplex geäußert. Das DIW zum Beispiel warnt am 12. Januar 2011 vor zu viel Euphorie – ich zitiere –:

„Nach den vorangegangenen massiven Einbrüchen haben Aufholeffekte einen großen Teil zum starken Wachstum beigetragen ...“

Also haben die Aufholeffekte nach dem Verlust in den Vorjahren zunächst einmal den Wirtschaftsaufschwung begründet.

Das ifo-Institut spricht am 14. Dezember des vergangenen Jahres von einem merklich geringeren Wachstum in der Zeit nach 2010.

Das IWH Halle verweist am 16. Dezember 2010 auf außenwirtschaftliche Risiken – Zitat –:

„Die größten Risiken für die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland sind nach wie vor die Schulden- und Vertrauenskrisen einiger Länder des Euroraums und die Unsicherheit über die Entwicklung in den USA.“

Das HWWI betont am 21. Dezember 2010:

„Die Finanzkrise ist bei Weitem noch nicht ausgestanden. Banken- und Staatsschuldenkrisen in anderen Ländern dauern an. ... Für all diese Probleme sind nachhaltige Lösungsansätze noch nicht gefunden. Eine Verschärfung dieser Krisen ist somit nicht auszuschließen.“

Die Aufstockung des europäischen Rettungsfonds macht diese Brisanz noch einmal deutlich.

Ich verhehle nicht, dass es auch andere Positionen zu dieser Frage gibt. Eine Produktionslücke – so wird da argumentiert – sei noch kein Beleg für eine Störungslage. Außerdem sei der Arbeitsmarkt bislang noch glimpflich davongekommen.

Ich finde es wichtig, sich mit unterschiedlichen Sichtweisen zu einem so wichtigen Thema auseinanderzusetzen. Aber diese Auseinandersetzung hat für die Landesregierung und für mich ein klares Ergebnis: Eine Wirtschaftsentwicklung im Schlingerkurs der letzten Jahre und mit den Risiken, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland, in Europa und weltweit zu meistern haben, ist von Steitigkeit und damit von einem Gleichgewicht noch weit entfernt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Deshalb ist die Annahme eines gestörten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht nur absolut vertretbar, sondern sie ist folgerichtig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer in diesem Parlament etwas anderes behauptet, streut den Menschen aus durchsichtigen Motiven Sand in die Augen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich füge ein weiteres Zitat an. Der Kölner Finanzwissenschaftler Michael Thöne, ein durchaus kritischer Begleiter der Haushaltspolitik der Landesregierung, hat den Haushalt zwar nicht rundum in Bausch und Bogen gelobt, aber im „WDR“ auf folgende Frage

„Die Opposition im Landtag nennt auch den Haushalt für 2011 verfassungswidrig. Sehen Sie das ähnlich?“

eine unmissverständliche Antwort gegeben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ja, dann kann nichts mehr schiefgehen!)

Er hat gesagt – ich zitiere –:

„Der Finanzminister hat recht, wenn er sich auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beruft. Insofern ist eine Neuverschuldung, die über den Investitionen liegt, gerechtfertigt.“

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund und nach den anderen zitierten Expertenmeinungen ist es kein Wunder, dass sich weitere sechs von 16 Bundesländern bei der Aufstellung ihrer Haushalte für das Jahr 2011 auf eine noch andauernde Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts berufen und mit dieser Begründung die Kreditverfassungsgrenze ihrer jeweiligen Länder überschreiten, darunter Hessen und Niedersachsen.

Wenn Sie sich den Haushaltsentwurf 2011 für Nordrhein-Westfalen genauer ansehen, fällt Ihnen auf: Auch wir müssen in diesem Jahr wie in den vergangenen Jahren auch die Regelobergrenze des Art. 83 der Landesverfassung für die Kreditaufnahme überschreiten, obwohl wir dank der in der zweiten Hälfte des Jahres 2010 angelaufenen wirtschaftlichen Erholung nach aktuellen Schätzungen mit zusätzlichen Steuereinnahmen gegenüber der Steuereprognose von November 2010 rechnen können.

Deshalb geht der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf von Gesamtsteuereinnahmen für 2011 in Höhe von 38,8 Milliarden € aus, also von 500 Millionen € mehr, als im ursprünglichen Haushaltsentwurf auf Basis der November-Steuerschätzung eingeplant war. Die Steuereinnahmen des Landes liegen aber immer noch um 3,3 Milliarden € bzw. abzüglich der Ausgleichszahlungen für den Wegfall der Kraftfahr-

zeugsteuer um 1,4 Milliarden € unterhalb des Haushaltsabschlusses 2008.

Bevor weitere Einzelheiten aus dem Entwurf zur Sprache kommen, will ich noch ein paar andere wichtige Rahmenbedingungen ansprechen. Weil es sinnvoll ist, einen Haushalt nicht erst am Ende des Jahres zu verabschieden, ist es richtig, den Entwurf jetzt einzubringen, jetzt zu diskutieren und den aktuellen Änderungsbedarf mit dem dafür vorgesehenen Instrumentarium der Ergänzungsvorlage zu berücksichtigen.

Es war auch richtig, den Entwurf nicht vor der mündlichen Anhörung vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes einzubringen,

(Zurufe von der CDU)

auch wenn das umfangreiche Druckwerk nach der Anhörung faktisch nicht mehr geändert werden konnte. Das kann man aber mit einer Ergänzung jederzeit bewerkstelligen; das haben wir jetzt auch getan. Es hätte sich aber einfach nicht gehört, wenige Tage vor der Anhörung zum Nachtragshaushalt 2010 vor dem Verfassungsgerichtshof den Entwurf hier im Parlament zu diskutieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Schon die Erkenntnisse, die wir seit dem Beschluss des Kabinetts am 21. Dezember des vergangenen Jahres für den Etatentwurf 2011 gewonnen haben, bieten Anlass, den Entwurf zu ergänzen. Das tun wir. Dafür ist das Instrument der Ergänzungsvorlage auch geschaffen worden.

Wir reden übrigens durchweg über erfreuliche Gründe für die Ergänzung. Denn zum einen kennen wir zwischenzeitlich zumindest den vorläufigen Haushaltsabschluss des Haushaltsjahres 2010. Die günstige Entwicklung der Steuereinnahmen im vergangenen Jahr lässt die Annahme zu, dass wir auch im Jahr 2011 von einem höheren als dem im November 2010 geschätzten und prognostizierten Wert ausgehen können.

Deshalb können wir den Ansatz bei den Einnahmen um eine halbe Milliarde Euro erhöhen mit dem Effekt, dass wir damit in voller Höhe die Neuverschuldung, die noch im ursprünglichen Entwurf steht, senken können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ebenso erfreulich sind die ersten Ergebnisse nach der Durchforstung vieler einzelner Haushaltstitel. Unter dem Strich schaffen wir eine Verbesserung von 130 Millionen €. Auch dieser Betrag fließt in die Senkung der Neuverschuldung ebenso wie eine zusätzliche globale Minderausgabe in der Größenordnung von 100 Millionen €.

Angesichts der Minderausgaben im Haushaltsjahr 2010 gehen wir selbst bei vorsichtiger Schätzung davon aus, dass am Ende dieses Jahres insgesamt 500 Millionen € zu sparen sind – zusammen mit der

schon im Haushaltsentwurf eingeplanten globalen Minderausgabe von 270 Millionen €.

Die Neuverschuldung sinkt einschließlich der Haushaltsverbesserungen durch die Ergänzungsvorlage gegenüber dem ursprünglichen Entwurf von 7,8 auf 7,1 Milliarden €.

Turbulent ist die Phase der Haushaltsaufstellung zweifellos auch wegen der Klage gegen den Nachtragshaushalt 2010. Es ist das Recht der Opposition zu klagen. Anders aber, als Sie es darzustellen versuchen, geht es bei diesem Verfahren nicht um ein Strafgericht und schon gar nicht darum, einen Prozessgegner zu kriminalisieren oder zu diffamieren. Es geht darum, eine Entscheidung zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen zu bekommen. Das ist ein völlig normales Verfahren, das die alte Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode bestens kennengelernt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Es ist gut, dass der Spruch des Verfassungsgerichtshofs auch in diesem Fall Klarheit schaffen wird. Wie auch immer das Urteil ausfällt, werden wir es respektieren.

Ich wünsche mir natürlich sehr, dass das Gericht den Beschluss des Landtags, zweckbestimmte Rücklagen zu bilden, bestehen lässt, weil wir Risiken in nie gekanntem Ausmaß vor der Brust haben.

Hessen führt übrigens bei einer etwa gleichhohen Kreditfinanzierungsquote 613 Millionen € von etwa 1,5 Milliarden € an Haushaltsverbesserungen des vergangenen Jahres einer Rücklage zu, nämlich einem sogenannten kommunalen Schutzschirm. Hessen hatte dabei mit 21,5 Milliarden € einen Haushalt, der etwa 40 % des Haushalts von Nordrhein-Westfalen ausmacht.

Nur am Rande sei erwähnt, dass der hessische Finanzminister seine Abschlusszahlen eine Woche nach mir bekanntgegeben und dafür viel Beifall erhalten hat, obwohl es derselbe Meldezeitpunkt an den Bund war wie für uns.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Bei uns ist die Rücklagenbildung ein Fall für das Verfassungsgericht. Ich hoffe, das Gericht hält den Weg, den auch Hessen geht, offen. Wenn es zu einem anderen Urteil kommt, werden wir die sich daraus ergebenden Änderungen selbstverständlich vornehmen. Ich kann aber nur wiederholen, was ich auch den Richtern gesagt habe: Leichter würde es dann gewiss nicht, einen soliden Konsolidierungspfad zu ebnen.

(Widerspruch von Christian Möbius und von Andreas Krautscheid [CDU])

Was wir jetzt nicht an Rücklagen bilden, droht uns mit Wucht und zur Unzeit zu treffen. Wir haben nicht die Wahl, ob die Lasten überhaupt entstehen. Wenn wir jetzt nicht kontrolliert vorsorgen, überrollen sie

uns zu einem späteren Zeitpunkt. Wir können sie dann sicher nicht so kontrollieren, als wenn wir dafür Vorsorge getroffen hätten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn sicher ist: Der Schaden, für den wir Geld zur Seite gelegt haben, hängt nicht vom Handeln dieser Landesregierung ab. Er ist lange vorher entstanden.

Es ist nicht ehrenrührig, über den richtigen Weg für den Umgang mit diesem Schaden zu sprechen und zu streiten – wenn es sein muss, auch vor Gericht –, solange das gemeinsame Interesse an der Schadensbegrenzung im Mittelpunkt steht. Wenn es aber, wie ich es in den letzten Wochen mitbekommen habe, erkennbar nicht mehr um die Sache geht, sondern um das Wundenlecken, weil man selbst die Macht verloren hat,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Widerspruch von der CDU und von der FDP)

wenn keine noch so abstruse Lügentheorie mehr zu abwegig ist, um in die Schlagzeilen zu kommen, ist nach meinem Geschmack eine Grenze überschritten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie diffamieren seit Wochen das ernsthafte Bemühen um einen verantwortungsvollen Umgang mit den nie dagewesenen Belastungen, wie sie uns mit dem Themenkomplex WestLB bevorstehen. Das ist nicht nur nicht hinnehmbar, sondern die Strategie der Verzerrung, der Skandalisierung und der anschließenden Empörung darüber ist am Ende auch ein Sicherheitsrisiko für die Finanzverfassung des Landes.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Sören Link [SPD]: Genau so ist es! –  
Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Warum ist dieser Haushalt, so wie wir ihn vorlegen, ein stabilisierender Faktor für die Finanzen des Landes? Was sind die Weichenstellungen für Zukunftssicherheit und Gerechtigkeit?

Dazu muss man vielleicht – und das will ich kurz – noch einmal darauf hinweisen, dass ein Haushalt – der Hinweis ist immer wieder notwendig – nicht auf einem weißen Blatt Papier entsteht, als ob vorher nichts da gewesen wäre. Ein Haushalt ist zuallererst die Fortschreibung der Zeit davor, auch nach einem Regierungswechsel. Es ist schon skurril, wenn man dann von einer Opposition beschimpft, kritisiert wird, die selbst für das Jahr 2011 mit einer Nettokreditaufnahme von ursprünglich 6,6 Milliarden € kalkuliert hat, und in der Aufstellung dieses Haushalts schon ein ganzes Stück weit gekommen war.

(Zuruf von Manfred Palmén [CDU])

Dabei hatten Sie die im Mai prognostizierten Steuer-rückgänge gar nicht eingerechnet. Für den Tarifabschluss hatten Sie gerade mal 1 % kalkuliert,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: So ist das!)

obwohl Sie wissen, dass jedes weitere Prozent 220 Millionen € in den Haushalt an Ausgaben bringt,

(Sören Link [SPD]: Ehrbare Kaufleute!)

und Sie hatten enorme Lasten verschoben. Ich nenne nur die 300 Millionen €, die Sie den Kommunen aufgebürdet haben, um sich selbst zu entlasten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Daran waren Sie beteiligt, Herr Palmen!)

Unsere Planung – das kann ich Ihnen versichern – ist, was den Tarifabschluss angeht, auf einer sicheren Seite. Das bedeutet aber auch, dass ein erheblich größerer Anteil von Ausgaben in diesem Haushalt steckt. Es stimmt: Seit dieser Planung haben sich auch die Steuereinnahmen besser entwickelt,

(Zuruf von der CDU: Ach!)

aber es ist kein Problem, dezidiert vorzurechnen, dass Sie, selbst wenn Sie das alles in die Konsolidierung gesteckt hätten, im günstigsten Fall bei einer Neuverschuldung von immer noch ein ganzes Stück über 6 Milliarden € gelandet wären.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Dann haben Sie noch gemeinsam mit den Regierungskoalitionsfraktionen 350 Millionen € für die Kommunen beschlossen, und man kann annehmen, dass auch das in diesen Haushalt gekommen wäre, wenn Sie in der Verantwortung wären.

Dann reden wir am Ende über 500 bis 600 Millionen € Unterschied, die wir für mehr Vorsorge und weniger Reparatur in diesen Haushalt einstellen. Das ist einmal ein Prozent des Haushaltsvolumens. Wenn man die Diskussionen in den letzten Wochen betrachtet, musste man denken, da ginge es um Leben und Tod.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sozialraub!)

Aber es geht um wirklich wichtige Korrekturen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Der Haushaltsentwurf, den ich heute vorlege, muss zwangsläufig auf der übernommenen Struktur aufbauen. Mit den von uns vorgenommenen Korrekturen hat er ein Ausgabevolumen von 55,8 Milliarden €, gut 1 Milliarde € für den Politikwechsel für Kommunen, für Betreuung und Bildung, für ökologische Erneuerung. Das wird sich für uns alle in Zukunft auszahlen.

Ich habe schon davon gesprochen: 350 Millionen € stellen wir an Konsolidierungshilfen zusätzlich bereit, um unsere notleidenden Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Ich habe eben Hessen

zitiert. Sie sehen, es ist kein Problem, das nur Nordrhein-Westfalen hat, und dieser Bedarf – davon kann man sich in jeder Stadt, in jedem Ort ein Bild machen – ist drängend.

Mit den bereits mit dem Nachtrag 2010 angesetzten und etatisierten Mehrausgaben für das GFG 2010 in Höhe der 300 Millionen €, die wir den Gemeinden zurückgegeben haben, stehen sich die Gemeinden dann also 650 Millionen € besser als unter der alten Landesregierung.

Um 242 Millionen € stocken wir die Mittel für die frühkindliche Bildung auf: für eine qualitativ bessere und für eine gebührenfreie Betreuung im letzten Jahr vor der Einschulung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Für die geplante Abschaffung der Studiengebühren, die für das Jahr 2011 zunächst mit einem halben Betrag angesetzt ist, stehen dann 125 Millionen € zur Verfügung.

Bessere Bildung ist ein Markenzeichen von Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Damit das so wird, haben uns die Bürger im Mai 2010 auch gewählt.

(Zuruf von der CDU)

Es ist kein Zufall, dass der Einzelplan des Ministeriums für Schule und Weiterbildung mehr als 25 % des Gesamthaushalts ausmacht. Wer sich in der Opposition heute hinstellt und sich den Heiligenschein der Haushaltssanierung aufsetzt, der sollte so ehrlich sein und die Gründe für die zeitweise Abnahme der Neuverschuldung in den vergangenen Jahren, vor allen Dingen 2007/2008, nennen.

Die Senkung der Ausgaben war nämlich nicht der Grund.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn die hat es in den 20 Haushaltsjahren, die jetzt hinter uns liegen, in genau drei Fällen gegeben. Einer davon war das Jahr 2005/2006, weil Sie im Jahr 2005 den Haushalt aufgeblasen haben und im Jahr 2006 etwas dahinter zurückfielen. In allen anderen Fällen – in 17 von 20 Jahren – sind die Ausgaben in diesem Haushalt gestiegen.

Das hat auch Gründe: zum Beispiel die Tarifsteigerungen, von denen ich eben gesprochen habe, oder auch die Versorgungsausgaben. Der allergrößte Teil des Haushalts ist nicht direkt beeinflussbar. Wir haben 21,9 Milliarden € für Personal, also knapp 40 % der Gesamtausgaben. Davon entfallen allein auf die Kernbereiche Schule, innere Sicherheit, Justiz- und Finanzverwaltung rund 90 %. Das sind 90 % in Bereichen, in denen niemand ernsthaft eine Kürzung vorschlägt. Oder gibt es jemanden, der weniger Lehrer, weniger Polizisten, weniger Le-

bensmittelkontrolleure, weniger Personal in den Justizvollzugsanstalten will?

(Dennis Maelzer [SPD]: Dahinten sitzen sie!)

Damit sind zwangsläufig aber auch Folgen verbunden. Heute schon stellen die Pensionen mit 5,5 Milliarden € jeden zehnten Euro, den wir im Landeshaushalt ausgeben. Jedes Jahr kommen für Pensionen und Beihilfen rund 300 Millionen € hinzu. Im Jahr 2030 werden die Pensionen schon knappe 8 Milliarden € ausmachen, und zwar ohne Berücksichtigung von Besoldungserhöhungen.

Das Defizit im Landeshaushalt war und ist nicht nur eine Frage hoher Ausgaben, sondern auch eine mangelnder Einnahmen,

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

übrigens auch deshalb nicht, weil Nordrhein-Westfalen – das muss man noch einmal allen Zuhörerinnen und Zuhörern sagen – die niedrigsten Ausgaben pro Einwohner unter allen Bundesländern hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auf die Einwohnerzahl umgerechnet gibt Nordrhein-Westfalen mit diesem Haushalt 3.111 € pro Person aus. In Bayern sind es 3.392 €, in Hessen sind es 3.494 €, in Niedersachsen 3.141 €, in Baden-Württemberg 3.271 €. Bei den anderen sieht das nicht anders aus.

Das, meine Damen und Herren, macht die weitere Drosselung von Ausgaben bei uns noch schwieriger als anderswo. Wir sind bereits in einem Bereich angelangt, der – nimmt man die absoluten Zahlen Nordrhein-Westfalens mit mehr als einem Fünftel der deutschen Bevölkerung – nach draußen immer als riesig dargestellt wird. Bezieht man das aber auf jeden Einwohner, wird man feststellen: Das Ausgabeniveau dieses Haushalts liegt deutlich unter dem Niveau der anderen.

(Unruhe von der CDU – Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

– Ja, ja, das ist in den letzten fünf Jahren passiert. Vorher war das wesentlich höher. – Für das Protokoll möchte ich nur anmerken, dass das keine ernst gemeinte Äußerung war.

Das, meine Damen und Herren, macht also die weitere Drosselung von Ausgaben schwieriger als anderswo. Ich sagte es bereits. Trotzdem werden wir uns alle Ausgabenpositionen dezidiert vorknöpfen, um die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung zu durchleuchten und gegebenenfalls Aufgaben auch zur Disposition zu stellen.

Anders als es immer wieder suggeriert wird, hat Nordrhein-Westfalen auch nicht die höchsten Schulden, weder bezogen auf die Neuverschuldung noch auf den Schuldenstand. Nach den derzeitigen Erhebungen beträgt die Nettokreditemächtigung pro Einwohner in Nordrhein-Westfalen 405 €. In

Rheinland-Pfalz sind es 447 €, im Saarland 508 €. Von Ländern wie Bremen, Berlin und Schleswig-Holstein will ich gar nicht sprechen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Alles sozialdemokratisch regiert! – Widerspruch von der SPD)

– Saarland! Schleswig-Holstein! – Ich hoffe, Sie haben in diesen Ländern nach den nächsten Wahlen Anlass, dass wir das für eine wahre Aussage halten können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen würde ich gerne noch hinzufügen: Im Bund, den Sie ja immer als das Flaggschiff der Haushaltskonsolidierung bezeichnen, sind 16 % des Haushalts Kredite, 13 % sind es demgegenüber im nordrhein-westfälischen Haushalt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wenn Nordrhein-Westfalen im bundesweiten Vergleich bei den Pro-Kopf-Ausgaben gut dasteht, aber gleichzeitig zwischen den Einnahmen und den Ausgaben ein solches Defizit klafft, wie wir es haben, dann kann in den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwas nicht stimmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Feststellung ist schmerzhaft. Sie ist aber nicht rot oder grün, sie ist auch nicht schwarz oder gelb, sondern sie gilt für uns alle, nicht nur in Nordrhein-Westfalen. Wollen wir über die Schuldenbremse nicht nur reden, sondern sie wirklich erreichen, geht das nicht allein mit beherzten Sparanstrengungen; dazu gehört dann auch eine stabile Entwicklung der Einnahmen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb muss Landespolitik dafür sorgen, dass die Steuereinnahmen mit den Aufgaben Schritt halten und der Bund die Lasten trägt, die er den Länder und Kommunen verursacht, statt mit seiner eigenen Haushaltskonsolidierung weitere Löcher in unsere Haushalte zu reißen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Die Landesregierung wird ihren Beitrag dazu leisten: mit Initiativen im Bundesrat, mit einer vorsorgenden Politik, die Reparaturkosten in der Zukunft vermeidet.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da sind wir ja mal gespannt!)

Wir müssen heute die Weichen dafür stellen, dass morgen gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger ein gutes Einkommen haben und deshalb viele Steuern zahlen, anstatt ohne Ausbildung und ohne

Perspektive die sogenannten Pflichtaufgaben im Land und in den Gemeinden explodieren zu lassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Erträge einer solchen vorsorgenden Politik der Landesregierung können sich derzeit noch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung niederschlagen. Diese Finanzplanung sieht auf der Basis des Kabinettsbeschlusses vom 21. Dezember 2010 vor, dass die Neuverschuldung schrittweise auf 6,6 Milliarden € im Jahr 2014 zurückgeht. Die Verbesserungen auf der Steuereinnahmenseite wie auch auf der Ausgabenseite im Rahmen der Ergänzungsvorlage sind hierbei noch nicht eingerechnet. Auch in den vergangenen Jahren ist es so gewesen, dass die mittelfristige Finanzplanung auf dem Urentwurf eines Haushalts basiert und Verbesserungen in dieser mittelfristigen Finanzplanung noch keine Rolle spielen, obwohl man absehen kann, dass die Verbesserungen, die wir jetzt für das Jahr 2011 vorsehen, auch in den nächsten Jahren in dieser Größenordnung erwartet werden können.

Haushaltspolitik ist kein geeigneter Schauplatz für aufgeplusterte Gesten, schon gar nicht von Leuten, die in der Regierung selber keine gute Leistung geboten haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU: Reden Sie von sich?)

Ich finde es schon interessant, dass wir im Haushalts- und Finanzausschuss immer wieder über Listen sprechen, die viele kleine Einzeleinsparungen umfassen und als „Peanuts-Listen“ bezeichnet werden.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke)**

Ich zitiere noch einmal den Kölner Finanzwissenschaftler Thöne, der selbst gesagt hat: Haushalte, vor allen Dingen Länderhaushalte, ist viel Kleinklein. – Schaut man sich einmal die Einsparungen von 960 Millionen € im vergangenen Jahr an, die Sie als diese „plötzlich gefundene Milliarde ansehen“, muss man sich vergegenwärtigen, aus wie viel tausenden Haushaltstiteln dieser Betrag zusammengekommen ist. Genau darum geht es. Wir alle wissen doch, dass es nicht den einen großen Geldsack gibt, den man nur sehen und finden muss. Dann hätten die Vorgänger doch alle etwas völlig falsch gemacht. Es geht vielmehr darum, dass man sich jeden einzelnen Titel anguckt, Titel zur Disposition stellen muss, um sich dann zu entscheiden, was man sich leisten kann und was nicht. Aber auch richtige Einnahmen müssen hinzukommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dieser Aufgabe stellen wir uns ebenso wie der Herausforderung, nachfolgenden Generationen nur solche Lasten zuzumuten, von denen die, die nach uns kommen, auch etwas haben. Um das Bild von Herrn Laumann aufzugreifen, der gerne davon redet, dass diese Regierung unseren Kindern Schuldscheine in

den Tornister steckt. Abgesehen vom Begriff „Schuldschein“, der in jedem normalen Unternehmen „Kredit“ heißt, ist das eine Angelegenheit, zu der ich gern etwas sage.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

– Die Wortwahl „Schuldschein“ zeigt doch die Absicht, die dahintersteht und die diese Haushaltsdebatte mittlerweile seit einem halben Jahr begleitet.

(Beifall von der SPD)

Ich kann nur noch einmal sagen: Wir, meine Damen und Herren, haben die verdammte Pflicht, auch in der Finanzpolitik auf Nachhaltigkeit zu achten und die Aufgaben des Landes mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler so wirtschaftlich wie möglich zu erledigen. Aber wir haben eben auch diese Aufgaben zu erledigen. Sparsames Aufgaben-Erledigen heißt nicht sparen und alle Aufgaben vergessen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Am Ende messen uns die Menschen nämlich auch daran, ob wir die Aufgaben erledigt haben. Und das muss man sparsam machen.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Koste es, was es wolle!)

– Nein, nicht koste es, was es wolle. Es geht darum, dass man seine Aufgaben erledigt, dass man die Einnahmen dafür erzielt und dass man wirtschaftlich handelt. Aber wer Sparen als Drosseln, als Hähne-Zudrehen bezeichnet und schaut, ob die anderen möglicherweise die Kosten übernehmen, die man selber verursacht hat, der ist nicht jemand, der eine nachhaltige und langfristige solide Finanzpolitik macht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Um das Bild von Herrn Laumann noch einmal zu strapazieren, sage ich: Im Zweifel ist uns ein Kind mit einem kreditfinanzierten Tornister lieber als ein Kind ohne Tornister.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Damit wird auch noch einmal deutlich, dass wir allen Anlass haben, einmal über die Frage nachzudenken, was denn eigentlich Investitionen in die Zukunft sind. Ist das nur Beton? Ist das nur die Landebahn eines Flughafens? Ist das nur eine Autobahn oder ein Schienenstrang? Oder ist es nicht auch die Investition in die Köpfe, die dazu beiträgt, dass dieses Land morgen die Leistungsfähigkeit hat, sprudelnde Steuerquellen zu erschließen? Daher sollte man da nicht sofort mit Steuersenkungen kommen, sondern sagen: Damit werden die Investitionen in diese Generation und in die nächsten Generationen dann auch finanziert. – Ich danke Ihnen sehr.

(Langanhaltender lebhafter Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Wir treten damit in die Beratung ein. Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Laumann das Wort.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit oder ohne Tor-nister?)

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Ohne! – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Monaten redet die Landesregierung davon, dass der heutige Tag, Frau Ministerpräsidentin, Ihr großer Tag sein sollte – Ihr erster, wie Sie es in vielen Interviews genannt haben, Gestaltungshaushalt.

(Karl Schultheis [SPD]: Leisten Sie einmal Ihren Beitrag dazu!)

Es sollte Ihr schönster Tag nach der Vereidigung als Ministerpräsidentin werden.

Und was haben wir erlebt? Einen Finanzminister im Klein-Klein! Sie haben mehr gewirkt wie ein Buchhalter als ein Finanzminister des größten Bundeslandes mit einer klaren politischen Vision.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Besser als Ihr ehemaliger „ehrbarer Kaufmann“!)

Frau Kraft, ich sage voraus: Gleich werden Sie in diese Debatte gehen, weil Sie Ihren Finanzminister mal wieder aus der Kurve holen müssen.

(Heiterkeit von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Es ist aber so, dass die Menschen Ihre Finanzpolitik durchschaut haben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihre schon lange!)

Das Gerede von der neuen, präventiven Finanzpolitik ist mittlerweile im Land als Etikettenschwindel bekannt. Diese präventive Finanzpolitik ist nichts Neues. Es ist die alte bequeme rot-grüne Schuldenpolitik, die hier frech als neu und präventiv verkauft wird.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Diese Politik geht auf Kosten der politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsspielräume. Sie geht auf Kosten der nachfolgenden Generationen.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie wollen doch gar nicht gestalten!)

Sie geht auf Kosten der sozialen Gerechtigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Alle anderen Regierungen in Deutschland und Europa verabschieden sich von der alten Schuldenpolitik. Selbst die Griechen machen das.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt doch gar nicht! Das macht doch Ihre Bundesregierung!)

In Deutschland und Europa erklärt nur die nordrhein-westfälische Landesregierung das alte Schuldenmachen offen und selbstbewusst zum Regierungsprogramm. 160 Milliarden € an Schulden sieht Ihre mittelfristige Finanzplanung bis 2014 vor.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und Ihre 150!)

Frau Kraft, das sind 30 Milliarden € mehr als heute. Das sind 12 Milliarden € mehr, als Helmut Linssen in der schwersten Wirtschaftskrise veranschlagt hatte. Diese 30 Milliarden € müssen unsere Kinder und Kindeskinde abstottern. Das, was Sie hier planen, hat mit Nachhaltigkeit und Vorsorge nichts zu tun.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie wollten sich als Vertreterin einer neuen, nachhaltigen Finanzpolitik Ansehen erwerben. Mit diesem Ruf wollten Sie Ihren ersten politischen Gestaltungshaushalt einbringen. So hatten Sie es geplant.

Stattdessen tragen Sie mittlerweile den Titel „Schuldenkönigin“. Dieser Titel passt auch zu diesem Haushalt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

So hatten Sie den heutigen Tag nicht geplant, glaube ich. Aber so wird es wenigstens ein Tag, an dem die Wahrheit nicht unter die Räder kommt.

Ich komme zu dem zweiten Grund, warum die Landesregierung den heutigen Tag am liebsten aus dem politischen Kalender streichen würde. Die Regierung Rüttgers hatte unstreitig Erfolge bei der Haushaltskonsolidierung.

(Lachen von Rüdiger Sagel [LINKE] – Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist jetzt eine Lachnummer! 23 Milliarden € Schulden in fünf Jahren haben Sie gemacht, und das bei steigenden Steuereinnahmen!)

Die Regierung Rüttgers war nach Jahrzehnten die erste Regierung in Nordrhein-Westfalen, die den Mut zu einer neuen, nachhaltigen Finanzpolitik hatte.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie hat bewiesen, dass man gleichzeitig verantwortungsvoll sparen und vorbeugend politisch gestalten kann.

(Karl Schultheis [SPD]: Wo haben Sie denn gespart? Wo war das denn?)

Sie wissen durch viele Umfragen auch, dass diese Finanzpolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor ein hohes Ansehen genießt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben doch Wahrnehmungsstörungen!)



Wenn Sie eine nachhaltige Politikerin wären, Frau Kraft, dann hätten Sie im vergangenen Sommer angekündigt, dass Sie diese nachhaltige Haushaltspolitik Ihres Vorgängers fortsetzen wollen, dann hätten Sie nämlich schon mittlerweile die Kassenbücher für 2010 schließen können, dann hätten Sie den Haushaltsabschluss 2010 als Erfolg feiern können, dann wäre dem Land das peinliche Schauspiel einer Regierung erspart geblieben, die sich über gefundene Milliarden nicht freuen konnte. Aber Sie waren auch nicht klug, Frau Kraft, letzten Endes diesen Schritt zu gehen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihre Absicht war von Beginn an die Diskreditierung der Regierung Rüttgers, auch und gerade auf dem Gebiet der Haushaltspolitik.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie haben sich selbst diskreditiert!)

Sie wollten um jeden Preis der Regierung Rüttgers die absurde Neuverschuldung in die Schuhe schieben, die Sie als Startkapital für Ihren Politikwechsel letzten Endes haben wollten.

(Beifall von der CDU)

Sie wollten den Bürgerinnen und Bürgern weismachen, dass das finanzpolitische Ansehen der Regierung Rüttgers nicht etwa hart erarbeitet war, sondern nur durch Tricks und Täuschung erschlichen wurde.

(Karl Schultheis [SPD]: Genau so!)

Sie haben von Abschlussbilanz-Betrug gesprochen. Sie haben von toten Hühnern gesprochen, die Helmut Linssen angeblich über den Zaun geworfen hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber Ihre ganze Strategie der finanzpolitischen Diskreditierung der Regierung Rüttgers ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Es gibt die toten Hühner nicht, und es gibt keinen Abschlussbilanz-Betrug. Im Gegenteil: Gemessen an den Herausforderungen der schweren Wirtschafts- und Finanzkrise ist die haushaltspolitische Abschlussbilanz der Regierung Rüttgers, also der Haushaltsabschluss 2010, glänzend.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Eine Bilanzfälschung!)

Die maßlose Neuverschuldung, über die das Verfassungsgericht zu befinden hat, ist Ihre Neuverschuldung, Frau Kraft, und nicht unsere. Aus der für die Landesregierung nicht freundlichen Berichterstattung, was die Finanzpolitik angeht, in den letzten Wochen ist mir ein Artikel aus der „FAZ“ vom 27. Januar sehr im Gedächtnis geblieben. Ich zitiere:

„An Frau Krafts Finanzpolitik wird deutlich: Das rot-grüne Projekt ist der Versuch, die Wirklichkeit zu zermahlen.“

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie zitieren wenigstens im Gegensatz zu Ihrem Kollegen!)

Ich habe in der „FAZ“ noch nie ein solches vernichtendes Urteil gelesen wie über Ihre Finanzpolitik hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU – Rüdiger Sagel [LINKE]: Doch über Herrn Guttenberg!)

Ich füge hinzu: Eine Regierung, die die Wirklichkeit nicht mehr wahrnimmt, eine Regierung, die dabei ist, die Wirklichkeit zu zermahlen, hat keine Zukunft. Aber ich möchte auch darum bitten, dass man die Vergangenheit in dieser Frage nicht so unter die Räder kommen lässt, wie Sie es hier seit Wochen, was die Bilanz der Haushaltspolitik der schwarzgelben Regierung angeht, versuchen.

(Ministerin Barbara Steffens: Was?)

Deshalb ist es gut, dass Ihr Versuch misslungen ist, der Regierung Rüttgers die Schulden in die Schuhe zu schieben, die Sie machen wollen, die Schulden, die die Regierung Rüttgers nie machen wollte und im Übrigen auch nie gemacht hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Für Ihren Haushalt 2011 ist das ein Problem. Denn damit ist die Möglichkeit weggefallen, mit Bezug auf den Haushalt 2010 von einer Senkung der Neuverschuldung zu sprechen. Aber das ist jetzt Ihr Problem. Sie haben das selbst zu verantworten. In ihrer Regierungserklärung hat die Ministerpräsidentin einen neuen Stil des Regierens versprochen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich finde, es hat keinen Stil, wenn die Ministerpräsidentin heute einen seit Wochen gedruckten Haushalt einbringen lässt, von dem sie selbst seit Langem weiß, dass er Makulatur ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich finde, es hat keinen Stil, wenn Sie diesem Haushalt schon heute bei seiner Einbringung eine Ergänzung beilegen lassen, die ebenfalls Makulatur ist. Ich finde, es hat keinen Stil, wenn Sie heute bei der Einbringung des Haushaltes schon eine weitere Haushaltsergänzung für die Zeit nach dem 15. März ankündigen.

(Beifall von der CDU)

Was Sie hier dem Landtag als Haushaltsplan vorlegen, hat die Qualität von Altpapier, ist aber kein vernünftiger Stil gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber in diesem Land.

(Beifall von der CDU)

Ich finde es ist wichtig, dass wir erst in seriöse Haushaltsberatungen eintreten, wenn wir das Urteil am 15. März bekommen

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Arbeitsverweigerung!)

und wenn die daraus zu folgernden Konsequenzen für die Nachträge klar sind.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Warum Sie heute diesen Haushalt einbringen, das ist ganz klar. Sie wollen formal eine Haushaltsberatung eröffnen, weil Sie Angst haben, dass Sie ansonsten nicht mehr vor der Sommerpause zu einem verabschiedeten Haushalt kommen und die vorläufige Haushaltsführung fortsetzen müssen. Wenn Sie Stil hätten, dann hätten Sie mit dieser Haushaltsdebatte das Urteil aus Münster abgewartet. Ich glaube, das wäre auch nicht zu viel verlangt gewesen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Deswegen sage ich ganz klar: Meine Fraktion wird sich erst nach dem 15. März mit diesem Haushalt beschäftigen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ja Arbeitsverweigerung!)

Wir werden uns erst dann mit diesem Haushalt beschäftigen, wenn wir auch die aus dem 15. März folgenden Ergänzungsvorlagen haben, weil eine Haushaltsberatung der einzelnen Titel ansonsten wenig Sinn macht.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Arbeitsverweigerer!)

Ich glaube, dass es deswegen heute gar nicht möglich ist, diesen Haushalt ernsthaft zu beraten. Es kann heute nur darum gehen, sich mit der großen Richtung Ihrer Politik auseinanderzusetzen, die wahrscheinlich Ihren Widerhall in dem Haushalt, den Sie dann endgültig vorlegen werden, wiederfinden wird.

In der Regierungserklärung von Frau Kraft steht: „Man muss jetzt den Mut haben, in Vorbeugung, in Betreuung und in Bildung zu investieren.“ Am vergangenen Freitag haben Sie, Frau Kraft, das Dialogforum „Zukunft NRW“ im Internet gestartet. Darin laden Sie die Bürgerinnen und Bürger ein, Fragen zum Haushalt 2011 direkt an Sie persönlich zu richten.

In der Presseerklärung zum Dialogforum sagten Sie: Wir müssen endlich den Mut haben, gezielt in die Zukunft unserer Kinder zu investieren, statt mit immer höheren Ausgaben nur soziale Fehlentwicklungen zu reparieren. Das ist der Obersatz der neuen Landesregierung, der den Politikwechsel auf den Punkt bringen soll. „Man muss jetzt den Mut haben“ – das hört sich so an, als seien alle anderen Regierungen in Deutschland und Europa im Tiefschlaf.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von den Koalitionsfraktionen, kennen Sie jemanden, der nicht ge-

nau wie Sie für Vorbeugung, Betreuung und Bildung ist? Wo leben Sie eigentlich? Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung 8.400 neue Lehrerstellen geschaffen hat?

(Zurufe von der SPD: Oh! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Lehrer-Lüge!)

Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung die frühkindliche Bildung massiv gefördert hat? Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung die Hauptschulinitiative gestartet hat?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich dachte, Sie wollten sparen!)

Was glauben Sie, warum sich die Vorgängerregierung mit dem Werkstattjahr um die Jugendlichen gekümmert hat, die keine Lehrstelle finden konnten?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was glauben Sie, warum Sie abgewählt worden sind?)

Was glauben Sie, warum die Vorgängerregierung neue Fachhochschulen auf den Weg gebracht und den Hochschulen mehr Gestaltungsspielräume auch durch die Studiengebühren gegeben hat?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Fakt ist, dass die Regierung Rüttgers von 2005 bis 2010 5 Milliarden € mehr in die Bereiche Schule, Kindergarten und Vorbeugung gesteckt hat als die Regierung zwischen 2000 und 2005, die damals von Rot-Grün geführt worden ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ihr Politikwechsel besteht doch nicht darin, dass Sie jetzt mehr tun, sondern der liegt ganz woanders. Sie wollen für die Vorbeugung, Betreuung und Bildung Geld ausgeben, das Sie nicht haben. Sie wollen einen Freibrief für das Schuldenmachen ohne Rücksicht auf die Verfassung und das Gebot der Nachhaltigkeit. Das ist Ihr Politikwechsel. Damit stehen Sie alleine.

(Beifall von der CDU)

Zu fragen ist allerdings: Was sollen die teuren Symbolprojekte Ihrer Landesregierung: die Abschaffung der Studienbeiträge und das beitragsfreie Kindergartenjahr? Mit Vorbeugung, Betreuung und Bildung hat das auf jeden Fall nichts zu tun.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wenn die besserverdienenden oder wohlhabenden Familien bei Studiengebühren und Kindergartenbeiträgen entlastet werden

(Karl Schultheis [SPD]: Absoluter Quatsch!)

und der Landeshaushalt dadurch belastet wird, bringt das irgendetwas für die Bildung? Hat

irgendjemand außer den Besserverdienenden einen Vorteil davon?

(Beifall von der CDU – Dennis Maelzer [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Die Regierung will auf 400 Millionen € Einnahmen aus Studienbeiträgen und Kindergartenbeiträgen verzichten. Das sind Geschenke an diejenigen, die diese Beiträge stemmen können.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das Gegenteil ist der Fall! – Zuruf von der SPD: Wie bei den Hotels!)

Die sozial Schwächeren, die Familien und Kinder aus den sogenannten bildungsfernen Schichten haben davon nichts, außer dass sie diese Geschenke an die Besserverdienenden letzten Endes über Steuern mitbezahlen müssen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Karl Schultheis [SPD]: Unfug! Absoluter Unfug! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Völliger Quatsch!)

Eine Regierung, die so etwas macht und gleichzeitig noch über Steuererhöhungen nachdenkt, um das verschenkte Geld wieder reinzubekommen, ist plan- und konzeptlos.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Fraktion wird für diese Politik keine Stimme geben.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Von Ihrer Lobby werden wir das kassieren, Herr Laumann!)

Wir werden Alternativen aufzeigen, wie vorbeugende Bildung und Betreuung wirklich und nicht nur scheinbar weiter nach vorne gebracht werden kann.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Die politischen Gestaltungsspielräume, vor allem die sozial- und bildungspolitischen, werden maßgeblich von der Wirtschaftskraft Nordrhein-Westfalens beeinflusst. Wer nicht von wirtschaftlicher Vernunft redet, sollte bei sozialer Gerechtigkeit schweigen. Sie haben keine erkennbare und berechenbare Wirtschaftsorientierung und kein wirtschaftspolitisches Konzept. Ein klares Bekenntnis zum Industrieland Nordrhein-Westfalen fehlt. Die Wirtschaft hat in der Regierung Nordrhein-Westfalens keinen Gesprächspartner mehr. Sie wissen, dass die Stimmung in der Wirtschaft zu Ihrer Politik beim Nullpunkt angekommen ist.

(Karl Schultheis [SPD]: In welcher Kneipe waren Sie?)

Ich will noch einmal die bekannte Presse über Herrn Voigtsberger zitieren: Sie machen dem industriellen Kernland in Deutschland und Europa alles andere als Ehre. Ich will auf den entscheidenden Punkt hinweisen: Frau Kraft möchte einen Freibrief für Schulden, angeblich um vorbeugende Politik zu machen. Gleichzeitig fehlt ihrer Regierung eine kla-

re positive Wirtschaftsorientierung. Das ist der Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen, der unser Land zurückwerfen wird.

Ihr Kollege Olaf Scholz in Hamburg ist mit einem klaren Bekenntnis zu einer seriösen Finanzpolitik

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

und einem klaren Bekenntnis zur wirtschaftlichen Notwendigkeit zum Beispiel der Elbvertiefung in den Wahlkampf gezogen.

(Zurufe von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen ist die SPD aus sich heraus zu vergleichbaren klaren Bekenntnissen nicht mehr in der Lage,

(Beifall von der CDU und von der FDP)

weil sie der schwächere Koalitionspartner der Grünen ist und sich von den Enthaltungspolitikern der Linken abhängig gemacht hat.

(Beifall von der CDU)

Ein substanzielles wirtschaftspolitisches Konzept, das die Linken durchwinken und dem SPD und Grüne zustimmen, wird es nicht geben. Frau Kraft, das ist das kleine politische Einmaleins Ihrer Regierung.

Es gibt einige wirtschaftspolitische Aktivitäten der Landesregierung: den Windkrafterlass, den Entwurf zum Klimaschutzgesetz, die Verlängerung und Erhöhung des Wasserentnahmeentgeltes,

(Zuruf: Sehr gut!)

den Plan zur Einführung eines Kieseuros, den Plan zur Erhöhung der Grunderwerbssteuer, den Plan zur Verhinderung von Datteln. Wenn man das Klimaschutzgesetz genau liest, dann gibt es damit auch den Plan zur Beendigung der Braunkohlenverstromung in Nordrhein-Westfalen. Bei all diesen Aktivitäten führen die Grünen die Feder. Sie bestimmen die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen. Dabei führen sie die SPD – so habe ich den Eindruck – am Nasenring durchs ganze Land.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Laumann, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Yüksel würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen.

**Karl-Josef Laumann (CDU):** Nein, ich möchte jetzt im Zusammenhang vortragen.

(Karl Schultheis [SPD]: In welchem Zusammenhang? – Heiterkeit von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Tendenz ist klar: Herr Remmel will die Renaturierung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Wenn Sie das laufen lassen, Frau Kraft, dann läuft Ihnen die Industrie irgendwann davon. Dann können Sie alles vergessen, was Sie im Internet und bei Ihrer „TatKraft“-Tour über Vorbeugung, Bildung und Betreuung hören und erzählen.

Die CDU nimmt den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ernst. Aber darunter ist nicht der Schutz der Natur vor den Menschen zu verstehen. Darunter ist der Schutz der Natur für die Menschen zu verstehen. Wer die Natur vor den Menschen schützen will, der würde am liebsten einen riesigen Schutzzaun um die ganze Natur ziehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Mein Gott!)

Das ist das Ideal von Herrn Remmel. Er will ganz Nordrhein-Westfalen und sogar ganz Deutschland zum Naturschutzgebiet machen. Das ist im Übrigen nachzulesen in einer Rede, die der Minister gehalten hat.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wer den Schutz der Natur für die Menschen will, der will ganz etwas anderes. Er weiß, dass die Menschen die Natur durch Arbeit und Technik verändern müssen, damit sie zur Lebensgrundlage wird. Aber er will, dass die Natur immer nur so verändert wird, dass auch nachfolgende Generationen sie noch zur Lebensgrundlage machen können. Er will die Nutzung der Natur, aber das nachhaltig.

(Beifall von der CDU)

Dieses ist eindeutig die Position der CDU.

(Beifall von der CDU)

Wir akzeptieren nicht, dass jemand, der die Renaturierung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen will, die Wirtschaftspolitik unseres Landes bestimmt.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das ist keine Wirtschaftspolitik. Das ist in Wahrheit ein Morgenthau-Plan für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Frau Kraft, Sie sind wirtschaftspolitisch völlig konturlos. Sie haben die erfolgreichen Initiativen der Vorgängerregierung, die „Allianz pro Industrie und Nachhaltigkeit“ sowie den Dialog „Wirtschaft und Umwelt“, eingestellt. Seit Herbst vergangenen Jahres kündigen Sie eine gemeinsame Akzeptanzinitiative von Wirtschaft und Politik an. Passiert ist nichts. Sie tun nicht, was Sie sagen, und Sie sagen nicht, was Sie tun in Fragen der Wirtschaftspolitik.

Die Wirtschaft ist jetzt dabei, ohne Sie eine Initiative für den Industriestandort auf den Weg zu bringen. Sie knüpft dabei an die Pläne an, die in bewährter Zusammenarbeit mit der Vorgängerregierung ausgearbeitet worden sind.

Wenn die Landesregierung so weitermacht, haushaltspolitisch unseriös und wirtschaftspolitisch konzeptlos, dann wird es nötig sein, dass über die Frage, welche Richtung unser Land einschlägt, abgestimmt wird, und zwar nicht im Internet, sondern an den Wahlurnen unseres Landes. – Schönen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Laumann. – Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Herr Römer das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Das war ja gerade die Rede eines Fraktionsvorsitzenden, Herr Kollege Laumann, der sich in der Opposition offensichtlich gut eingerichtet hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Kleinkarierte Pepita ist dagegen großes Karo: Kleinkarierte, manchmal auch maßlose Kritik, rückwärts-gewandt, keine Perspektive für die Menschen. Ich habe darauf gewartet, dass Sie irgendwann einmal etwas nach vorne sagen würden. Herr Laumann, Ihr Kurs heißt ganz offensichtlich: Mit Volldampf in die Vergangenheit. – Davon haben die Menschen die Nase voll.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das, was Sie gerade an Mätzchen mit Blick auf die Haushaltsberatungen von sich gegeben haben, grenzt an Arbeitsverweigerung. Ich kann nur die Schlussfolgerung ziehen: Sie haben Angst davor, sich der politischen Auseinandersetzung über den richtigen Weg in Nordrhein-Westfalen zu stellen. Sie flüchten sich in juristische Auseinandersetzungen, warten auf irgendwelche Urteile und scheuen die Auseinandersetzung über den politisch richtigen Weg im Parlament und in den Ausschüssen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann will ich noch etwas zu Hamburg sagen. Ich wundere mich ja schon, dass Sie dieses Wahlergebnis Ihrer Partei in Hamburg ganz offensichtlich verdrängen, so wie Sie vieles verdrängen. Olaf Scholz, Herr Kollege Laumann, war ein Sozialdemokrat, bleibt ein Sozialdemokrat, wird Erster Bürgermeister in Hamburg, und das Wahlergebnis Ihrer Partei ist um mehr als die Hälfte geschrumpft, weil auch in Hamburg die Menschen begriffen haben: Mit der CDU in Hamburg ist kein Staat zu machen. – Das gilt auch in Nordrhein-Westfalen, Herr Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von Andreas Krautscheid [CDU])

Das war gerade schon erkennbar. Ihre Antworten für die Zukunft sind von gestern. Ihr Rezept, Herr Kollege Laumann – das haben Sie ja noch einmal eindrucksvoll dargestellt –, ist das Rezept der ge-

scheiterten Regierung Rüttgers. Sie müssen sich endlich, Herr Kollege Laumann, auch daran gewöhnen – das gilt für ganz lange Zeit, das wird eine ganz lange Strecke werden –: Die Regierung Rüttgers ist nicht mehr. „Privat vor Staat“ ist nicht mehr. Die Menschen hatten und haben die Nase voll von Ihrer falschen Politik. Die haben Sie abgewählt und wieder auf die Oppositionsbänke geschickt. Da gehören Sie auch hin. Ihre Rede war dafür ein weiterer Beleg.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir legen heute den ersten eigenen Haushalt der rot-grünen Regierungskoalition vor mit unseren Akzenten. Wir leiten – darauf hat der Finanzminister hingewiesen – die dringend notwendige Kurskorrektur ein. Wir setzen auf Vorsorge und Nachhaltigkeit. Wir setzen auf Zukunft. Deshalb investieren wir auch in die Zukunft bei den Kindern, bei den Familien, bei den Städten und Gemeinden und bei der Bildung.

So, meine Damen und Herren, kommt unser Land nach vorne. So bekommen die Menschen neue Perspektiven. So legen wir die Grundlagen für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und für ökologische Erneuerung. Das brauchen die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das wollen die Menschen auch in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Denn diese Politik für die Zukunft führt uns raus aus der immer noch nicht überwundenen Krise in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist eine vernünftige Weichenstellung. Diese Politik der rot-grünen Landesregierung unter der Führung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist eine Politik für die Menschen, damit es denen Schritt für Schritt besser geht. Das ist dann auch eine gute Politik für Nordrhein-Westfalen. Wir jedenfalls stellen die Menschen in den Mittelpunkt unseres Handelns, nicht den Markt, nicht diffuse Wirtschaftsinteressen, keine Konzerne und schon gar nicht die schwarz-gelbe Ideologie „Privat vor Staat“. Wir machen Politik für die Menschen, meine Damen und Herren. Um die geht es.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb fangen wir ganz vorne an, nämlich bei den Kindern. Deren Zukunftschancen sind die Grundlagen für unseren Wohlstand heute und morgen. Vorne bei den Kindern anzufangen und sie zu fördern, ist gut für das Land und für die Menschen. Es ist vor allen Dingen gut für das spätere wirtschaftliche Wachstum, das daraus resultieren wird.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ja, ich gebe es gerne zu: Wir legen einen zukunftsorientierten Haushalt in schwieriger Zeit vor. – Wir

haben den Mut zur Zukunft. Wir wissen, nach dem schlimmsten und tiefsten Absturz unserer Wirtschaft in der Geschichte unseres Landes geht es langsam wieder aufwärts. Die Konjunktur hat wieder angezogen. Das freut uns. Wir klopfen auch auf Holz, dass dies anhält und mehr Menschen wieder Arbeit bekommen. Die Menschen müssen Arbeit mit Perspektive und mit anständiger Bezahlung bekommen, damit sie auch von ihrem Arbeitseinkommen leben können und zwar richtig leben können. Das ist unser Ziel.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir Tariftreue und Mindestlöhne und kämpfen gegen die Auswüchse beim Leih- und Zeitarbeitsmarkt. Das ist unsere Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, die Produktionslücke, die durch den drastischen Absturz unserer Wirtschaft verursacht wurde, ist längst noch nicht geschlossen, schon gar nicht in allen Branchen. Unsere gesamte Wirtschaft ist längst noch nicht im Gleichgewicht. Da gibt es noch viel zu tun. Wir müssen uns noch kräftig ins Zeug legen und gemeinsam in die Zukunft investieren: Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Herr Kollege Laumann, diese Art sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit – ganz in der Tradition unseres Landes und in der Tradition von Johannes Rau – werden wir wieder mit Leben füllen. Es kommt in Nordrhein-Westfalen auf richtige sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit allen Beteiligten an, Herr Kollege Laumann. Das wird die Ministerpräsidentin in großer Verantwortung gemeinsam mit denjenigen, die in der Wirtschaft Verantwortung tragen, mit den Gewerkschaften, aber auch mit den Umweltverbänden in Nordrhein-Westfalen machen. Das ist unsere Allianz für die Zukunft. Das ist eine Allianz für nachhaltiges Wachstum, Herr Kollege Laumann, im Gegensatz zu Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Unser Haushalt hat eine klare Linie und eine Ausrichtung nach vorne. Er basiert für lange Zeit auf einem Dreiklang; der Finanzminister hat darauf hingewiesen: Zukunftsinvestitionen, Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen. Das ist der Weg für die Zukunft. Mit unseren Zukunftsinvestitionen für nachhaltige, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zu sorgen, sparen, wo es notwendig und vernünftig ist, und dafür zu sorgen, dass der Staat mit stetigen und auskömmlichen Einnahmen seiner Verantwortung für die Menschen nachkommen kann – das ist ganz entscheidend.

Herr Kollege Laumann, ich habe gerade ein bisschen gezuckt, als Sie sich über den Haushaltsentwurf hergemacht haben. Ich dachte immer, Sie stünden mit beiden Beinen fest auf dem Boden und mitten in der Wirklichkeit. Dass die Gebührenfreiheit

für das letzte Kindergartenjahr und die Abschaffung der Studiengebühren nur Besserverdienenden zugutekommen würden, sagen Sie. Kennen Sie eigentlich die Situation in Arbeitnehmerhaushalten, Herr Kollege Laumann? Wir werden jedenfalls nicht nachlassen, diese finanziellen Barrieren auf dem Weg der Bildungschancen für Kinder wegzuräumen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist ein vernünftiger Weg für die Zukunft, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin ganz erstaunt darüber, wie Sie Ihre Forderungen mit Ihrer Vorstellung vom Sparen in Einklang bringen wollen. In Ihrer Partei reden viele darüber und wollen inzwischen auch fordern, dass es ein verbindliches Vorschuljahr, ein verpflichtendes Lernjahr in Kombination von Kindergarten und Grundschule geben soll. Herr Kollege Laumann, lassen Sie sich doch einmal von denjenigen, die ein bisschen Ahnung davon haben, sagen, was dieser Spaß kostet. Es ist besser, wir steigen in die Gebührenfreiheit ein und machen vor allen Dingen das, was wir uns vorgenommen haben, nämlich Qualitätsverbesserung in den Kindertagesstätten. Das ist ganz entscheidend und hilft den Kindern – und nicht solche Spinnereien wie von Ihnen, die nur Geld kosten und nichts Neues bringen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich in diesem Parlament schon eine Reihe von Forderungen geleistet, für Sie sie keine Mehrheit bekommen haben. 90 Stimmen sind 90 Stimmen, die für Sie immer noch reichen. Ich stelle fest, mit Ihren Anträgen zum Gemeindefinanzierungsgesetz, zur Wohnraumförderung und zum Ausbau medizinischer Fakultäten bezogen auf den ländlichen Raum legen Sie insgesamt noch knapp eine halbe Milliarde Euro dazu. Herr Kollege Laumann, was soll es eigentlich, sich dann hier hinzustellen, um diesen Haushaltsplanentwurf für 2011 kleinkariert in der Weise zu kritisieren, wie Sie das hier gemacht haben?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will gerne noch einmal aufnehmen, welchen Weg Sie gegangen sind. Ich werde der positiven Bilanz, die Sie uns vorzulegen versucht haben, die Wirklichkeit entgegenstellen. Ja, Sie haben viel privatisiert und viele Risiken auf die Menschen verlagert – auch finanzielle Risiken. Sie haben mit der Einführung von Studiengebühren dafür gesorgt – ich wiederhole es noch einmal –, dass Hürden beim Zugang zu Bildung als öffentlichem Gut aufgebaut worden sind. Sie haben dafür gesorgt, dass Bildung immer mehr zu einer Ware geworden ist. Sie haben dafür gesorgt, dass immer mehr junge Menschen aus Angst vor späterer Verschuldung auf ein Studi-

um verzichten. Daran können Sie nicht vorbeisehen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Studiengebühren haben nichts, aber überhaupt nichts mit Chancengerechtigkeit zu tun. Das ist im Übrigen auch keine Maßnahme gegen den drohenden Fachkräftemangel. Deshalb können Sie ganz sicher sein: Wir werden diesen bildungspolitisch falschen und fatalen Schritt morgen revidieren. Wir werden dafür sorgen, dass der Zugang zum Studium keine Frage des Geldbeutels mehr ist, meine Damen und Herren. Das werden wir tun. Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sich über Ihre Bilanz im Zusammenhang mit frühkindlicher Bildung ausgelassen. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was in der Wirklichkeit angekommen ist.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Kollege Laumann, beim Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren hat Nordrhein-Westfalen rund 20.000 Plätze weniger, als das Land eigentlich haben sollte.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

20.000 Plätze weniger, Herr Kollege Laumann, als das Land eigentlich haben sollte! Die Regierung Rüttgers, Herr Kollege Laumann, hat ihren Beitrag zu den Investitionsmitteln nicht geleistet. Die Regierung Rüttgers hat Bundesmittel vereinbarungswidrig nicht weitergeleitet. Das ist Ihnen inzwischen auch ins Stammbuch geschrieben worden, auch gerichtlich, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD – Zustimmung von der LINKEN)

Das Land hat Aufgaben, ohne Mittel dafür zu hinterlegen, an die Kommunen übertragen. Das Land hat im Übrigen – das erleben wir jetzt bei den vielen Veranstaltungen mit den Erzieherinnen und Erziehern, mit den Trägerinnen und Trägern von Einrichtungen – die vorhandenen Plätze überhaupt nicht auskömmlich finanziert. Sie haben eine Finanzierungslücke hinterlassen, die wir reparieren müssen, Schritt für Schritt. Und wir werden das tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben den Kommunen fast 3 Milliarden € weggenommen, Mittel vorenthalten, Aufgaben übertragen, ohne die finanziellen Mittel dafür zu hinterlegen. Sie haben ihnen vor allen Dingen auch Mittel weggenommen, um Ihre eigene Landeskasse schönzumachen. Das, Herr Kollege Laumann, ist die Bilanz: Fast 3 Milliarden € Raubzug durch die kommunalen Kassen! Auch das werden wir nach

und nach reparieren. Wir brauchen nur ein bisschen Zeit dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben sich zum Wirtschaftsstand Nordrhein-Westfalen ausgelassen. Ich will Ihnen noch einmal sagen, was Sie uns mit Ihrem Privatisierungswahn, mit Ihrer Ideologie hinterlassen haben:

Sie haben uns eine Arbeitsschutzverwaltung hinterlassen, die ihrem gesetzlichen Auftrag, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den Gefahren am Arbeitsplatz zu bewahren, überhaupt nicht mehr nachkommen kann. Ihre eigene Verantwortung, Herr Kollege Laumann, in Ihrer Zeit als Minister! Auch das gehört mit zur Bilanz.

Sie haben die Versorgungsverwaltung so kommunalisiert, dass wir nun jedes Jahr 16,2 Millionen € mehr und dann auch noch eine Einmalzahlung von 6 Millionen € leisten müssen.

Sie haben die Umweltverwaltung so zersplittert, dass sie ihre Aufgaben kaum noch wirksam wahrnehmen kann. Denken Sie mal an Envio, an andere aktuell bekannt gewordene Firmen, die mit dem Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spielen konnten und gespielt haben, weil es zu wenig Kontrolle geben konnte, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben das Personal bei den Eichämtern so ausgedünnt, dass eine effektive Kontrolle der Unternehmen und des Handels – die beschweren sich darüber, Herr Kollege Laumann – überhaupt nicht mehr stattfinden kann, nicht mehr möglich ist. Das trifft dann auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Auch das müssen und werden wir reparieren, Schritt für Schritt, Herr Kollege Laumann. Das ist Ihre Hinterlassenschaft.

Dann sage ich Ihnen noch, was wir in unseren Gerichten vorfinden. Sie haben uns eine Justizverwaltung hinterlassen, in der wir ca. 350 Richter, knapp 100 Staatsanwälte, knapp 300 Stellen im gehobenen Dienst, Amtsanwälte, knapp 300 Stellen im mittleren Dienst, knapp 50 Stellen im einfachen Dienst zu wenig haben. 1.000 Stellen in unserer Gerichtsbarkeit, die nach dem Ende Ihrer Regierungszeit fehlen, Herr Kollege Laumann! Auch das gehört mit zu Ihrer Bilanz. Wir werden das nach und nach reparieren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Und dann will ich noch eines zu den Schulden sagen: 130 Milliarden €, Schuldenhöchststand in Nordrhein-Westfalen, haben Sie uns hinterlassen. 130 Milliarden €! Sie haben in den fünf Jahren Ihrer Regierungszeit 23,5 Milliarden € zu diesem Höchststand beigetragen,

(Christian Möbius [CDU]: Falsche Zahlen!)

in einer Zeit, wo Steuereinnahmen gesprudelt sind. So viel zu Ihrer nachhaltigen Haushaltspolitik, Herr Kollege Laumann! Davon lassen wir die Finger. Das machen wir nicht weiter, vor allen Dingen nicht kontinuierlich wie Sie.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Christian Möbius [CDU]: Falsche Zahlen!)

Ja, wir schlagen einen anderen Weg ein. Ich weiß, für diesen Weg, auch in schwierigen Haushaltszeiten in die Zukunft zu investieren, werden wir noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten haben. Ja, machen wir! Die Ministerpräsidentin vorneweg, die gesamte Landesregierung, die Fraktionen, wir stellen uns da, wo es notwendig ist, meine Damen und Herren, auch in den Wind, haben keine Angst vor der Auseinandersetzung. Im Gegensatz zu Ihnen! Herr Kollege Laumann, Sie – auch Sie persönlich – habe ich nie in Auseinandersetzungen, die notwendig sind, wenn es um die Frage der Akzeptanz für Industrie- und Infrastrukturmaßnahmen geht, im Umgang mit Bürgerinitiativen kennen gelernt. Ich habe das in meiner Oppositionszeit gemacht. Mir brauchen Sie das nicht zu erzählen. Ich hätte mir gewünscht, dass die Landesregierung dann auch Gesicht gezeigt hätte: bei Kraftwerksvorhaben, bei der CO-Pipeline und anderen Sachen.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Sich hier hinzustellen und mit dem Finger auf uns zu zeigen, selbst aber vor der Verantwortung weggelaufen zu sein, das ist nicht seriös. Lassen Sie das sein! Fassen Sie sich an die eigene Nase!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich mache Ihnen das sehr deutlich. Unser Ziel heißt: In Nordrhein-Westfalen bleibt zukünftig kein Kind mehr zurück. Dafür setzen wir mehr Geld – ja: mehr Geld! – für die Förderung unserer Kinder ein: vor der Schule, in der Schule und nach der Schule. Wir treiben – darauf können Sie bauen – den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren konsequent voran. Wir werden Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege Laumann, vom letzten Platz im Länderranking Schritt für Schritt nach vorn führen. Wir werden den Rechtsanspruch von Eltern ab dem Jahr 2013 erfüllen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich gebe das gerne zu: Wir werden dabei auch die Qualität in den Kindertagesstätten unseres Landes konsequent verbessern. Deshalb unterziehen wir das sogenannte Kinderbildungsgesetz einer Generalrevision. Wir beteiligen im Gegensatz zu Ihnen die Betroffenen in diesem Prozess: die Erzieherinnen und Erzieher, ihre Interessenvertretungen, die Eltern, die Trägerinnen und Träger von Einrichtungen, die Wohlfahrtsverbände und auch die Kommunen. Aber wir nehmen vor allen Dingen die Erzieherinnen und Erzieher mit, weil die in der täglichen

Praxis mit den Unzulänglichkeiten Ihres Gesetzes umgehen müssen. Denen sagen wir: Wir machen aus euch Beteiligte in diesem Prozess. – Und die sind dankbar und froh, sie kommen in Scharen zu diesen Veranstaltungen von Ministerin Ute Schäfer und von den Fraktionen, weil sie merken: Das ist endlich eine Politik, die bei den Menschen ansetzt und nicht bei irgendwelchen Interessen, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ja, wir haben eine andere Vorstellung von Fortschritt in unserem Land,

(Zuruf von der CDU: Ja, das stimmt!)

eine völlig andere Vorstellung als Sie. Unsere Vorstellung von Fortschritt heißt: Wir bekommen Fortschritt in Wirtschaft und Gesellschaft nur dann hin, wenn es auch sozialen Fortschritt für die Menschen gibt, damit sie ihn erfahren – das ist unser Fortschrittsbegriff. Und an den kommen Sie mit Ihrer rückwärtsgewandten Politik überhaupt nicht heran, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laumann, ganz selbstverständlich – da brauchen Sie keine Sorgen zu haben – werden wir in den Haushaltsberatungen auch das, was der Verfassungsgerichtshof angekündigt hat, nämlich am 15. März sein Urteil zu fällen, einbeziehen – ruhig, analysiert, gründlich aufgearbeitet und, wenn es nötig sein sollte, auch mit Vorschlägen versehen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Bis dahin sollten Sie sich aber nicht der Arbeit verweigern. Bis dahin sollten Sie mitmachen. Sie sollten endlich das tun, was Sie angekündigt haben; ich habe heute vergeblich darauf gewartet: Sie haben doch öffentlich angekündigt, einen Haushaltsentwurf 2011 vorlegen zu wollen, der die verfassungsmäßige Grenze der Investitionen nicht überschreitet. Dann kommen Sie doch endlich mal damit! Wo sind denn Ihre Sparvorschläge? Legen Sie die Alternativen auf den Tisch und lassen Sie uns darüber reden!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU)

Ja, der Finanzminister hat es eindrucksvoll dargestellt: Das, was wir in diesem Haushalt 2011 an Maßnahmen treffen, sind zukunftsorientierte Maßnahmen, die dafür sorgen werden, dass wir in Nordrhein-Westfalen nachhaltig konsolidieren und vor allen Dingen die Weichen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum stellen. Das ist der Punkt, wenn wir sagen: Wir wollen, dass kein Kind und kein Talent mehr zurückbleibt. Das ist unser Beitrag zum drohenden Fachkräftemangel, Herr Kollege Laumann. Damit werden wir die Weichen für eine vernünftige Zukunft stellen. Und dafür kriegen wir Unterstützung aus der Wirtschaft, vom Handwerk, vom

Mittelstand, von den Gewerkschaften – im Gegensatz zu Ihrer Politik, Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN –  
Zuruf von der CDU)

Lassen Sie uns doch einmal gemeinsam darüber reden! Lassen Sie uns darüber reden, ob der veraltete Investitionsbegriff noch einer ist, der in die Zukunft trägt. Alle, selbst die „Financial Times“, kommen doch inzwischen auf den Gedanken, zu sagen: Das sind Investitionen in die Zukunft, die sich auch wirtschaftlich rechnen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Herr Kollege Laumann, verlassen Sie doch endlich einmal Ihre Scheuklappenpolitik, verlassen Sie die ausgetretenen Gräben und gehen Sie mit uns in eine Debatte um die Zukunft dieses Landes! Das erwarte ich von Ihnen als Opposition.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir gehen in drei Schritten vor, das beweist dieser Haushalt. Erstens. Wir werden und wir müssen jetzt in die Zukunft der Menschen investieren. Herr Kollege Laumann, niemand hat doch Verständnis dafür, dass wir notwendigerweise viele Milliarden Euro, möglicherweise auch aus dem nordrhein-westfälischen Haushalt, zur Stabilisierung der Finanzmärkte und zur Rettung von Banken aufbringen können, aber dann, wenn es um die Zukunft der Kinder und ihre Bildungschancen geht, sagen, es sei kein Geld in der Kasse. – Das geht nicht, das ist eine falsche Politik, das können die Menschen nicht verstehen, und deshalb gehen wir diesen Weg auch nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir werden zweitens eine konsequente Aufgabenkritik vornehmen. Ihre Rasenmäher-Methode, über die Personalhaushalte zu fahren, hat doch nur zur Arbeitsverdichtung geführt. Genau hingucken, wo Aufgaben sind, auf die wir verzichten können, dann aber auch politisch darüber streiten, diskutieren und entscheiden, dass sie verzichtbar sind – das werden wir neben klarer Aufgabenkritik tun, das ist eine vernünftige Vorgehensweise. Dabei haben wir auch die Personalräte und die Gewerkschaften an unserer Seite, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Drittens. Wir werden uns im Bund und selbstverständlich auch mit unseren eigenen Möglichkeiten für Einnahmeverbesserungen einsetzen,

(Zuruf von der CDU: Mit neuen Steuern! –  
Gegenruf von Hans-Willi Körfges [SPD]:  
Zum Beispiel auch damit!)

weil wir doch alle erleben, was das heißt. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden wir in diesem Jahr knapp 39 Milliarden € Steuereinnahmen in Nord-



rhein-Westfalen zu verzeichnen haben – 38,8, vielleicht auch 38,7 oder 38,9 Milliarden €.

Das sind über 3 Milliarden € Steuereinnahmen weniger als im Jahr 2008. Und wir alle erleben doch, was es bedeutet, keine auskömmlichen Einnahmen zu haben, um die staatliche Verantwortung wahrnehmen zu können. Und deshalb wird das mit Blick auf 2013 gemacht und auch umgesetzt werden, weil die Menschen – das sage ich Ihnen noch einmal in aller Klarheit – die Nase von Schwarz-Gelb voll haben.

Wir werden auch dafür sorgen – auch schon vorher über den Bundesrat, wenn es uns mit Initiativen möglich sein wird, ebenso, wie in Berlin, wenn wir wieder in der Regierungsverantwortung sind –, dass es eine bessere Finanzausstattung für den Bund, aber auch für die Länder und vor allem für die Kommunen gibt. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung für die kommunalen Finanzen nachkommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Auch daran sollten wir endlich gemeinsam arbeiten. Nicht nur im nordrhein-westfälischen Landtag die Hand heben, Herr Kollege Laumann, wenn es um eine solche Entscheidung geht, sondern auch mit-helfen, das in Berlin durchzusetzen, egal, wer dort regiert! Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Unterstützung, sonst kommen sie nicht aus der Schuldenfalle heraus. Wir können im Land nicht allein unseren Beitrag leisten, wir brauchen eine gemeinsame Vorgehensweise. Dazu lade ich Sie ganz herzlich ein. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Römer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Fraktionsvorsitzende Reiner Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Laumann, einige Anmerkungen vorab zu Ihnen. Sie haben den Finanzminister mit einem Buchhalter verglichen. Aber ich muss Ihnen ehrlich sagen: Weite Teile Ihrer Aussagen, besonders zum Schluss, kamen mir vor wie die Rede eines Nebenerwerbslandwirts.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Damit will ich nichts gegen Buchhalter und Nebenerwerbslandwirte sagen, um das klarzustellen. Beides sind anständige Berufe; das hat damit nichts zu tun. Aber ich habe hier das erste Mal einen Beitrag zur Elbvertiefung gehört und habe mich schon gefragt: Was will uns Kollege Laumann mit der Elbvertiefung sagen? Was hat er damit vor? Dann haben Sie die Passagen zum Naturschutz über weite Stre-

cken abgelesen. Da habe ich gedacht: Die Überschrift ist „Serengeti darf nicht sterben“. – Das hat nichts mit der Realität in Nordrhein-Westfalen zu tun.

(Lachen und Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn wir uns bemühen – ich will mich beim Naturschutz auf einen Punkt beschränken –, in Ostwestfalen, in der Senne, einen zweiten Nationalpark hinzubekommen, der um ein Vielfaches – das sage ich als Aachener – wertvoller ist als der, den wir in der Eifel geschaffen haben, aufbauend auf konsensualen Beschlüssen des Landtags, und damit etwas für Generationen schaffen, bringen wir, nachdem die Engländer jetzt angekündigt haben, dass sie gehen – was viele von uns vermutet haben –, und zwar relativ schnell, etwas zustande, was auch infolge des langsam zurückgehenden Tourismus in den dortigen alten Kurorten wichtig ist. Ich kenne das selber noch aus meiner Zeit im Landesverband Lippe, wie in den Kurorten das Publikum langsam wegstirbt. Wir schaffen einen Nationalpark als Tourismusattraktion, als Attraktion dafür, dass dort in dem Fremdenverkehrsbereich langfristig etwas aufgebaut werden kann, und gleichzeitig schützen wir eine der wertvollsten Flächen, die wir in Nordrhein-Westfalen haben. Das hat nichts mit „Serengeti darf nicht sterben“ zu tun, sondern das ist ein ökonomisch und ökologisch absolut sinnvolles Projekt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Günter Garbrecht [SPD]: Sehr richtig!)

„Morgenthauplan für NRW“: Das Gegenteil von dem, was wir machen, ist hier skizziert worden.

Ich will dazu noch einiges anfügen. Sie haben immer nur ein Kraftwerk im Kopf: Datteln. Wir haben das Konsortium der Stadtwerke begleitet und unterstützen es jetzt bei der Aufgabe, die alten Verbindungen der Fernwärme von 1981 – Fernwärmeschiene Ruhr, Fernwärmeschiene Niederrhein – im Ruhrgebiet mit Kraftwärmekopplung, mit Fernwärmeversorgung in den Ballungszentren optimal zu ergänzen, weil das ökonomisch und ökologisch vernünftig ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da ist der Umweltminister sehr aktiv. Wir sind, um das auch mal ganz klar zu sagen, dabei, den Neubau von sechs modernen, großen Gaskraftwerken in Nordrhein-Westfalen intensiv zu begleiten, 3.400 Megawatt insgesamt, sechs Standorte, die wir als Ergänzung schnell regelbarer Kraftwerke dringend brauchen, um das, was sogar Ziel Ihrer Bundesregierung ist, 40% erneuerbarem Strom 2020, dann zu begleiten genau in den notwendigen Regel- und Lastpfaden. Sechs große Blöcke, 3.400 MW, all das wird vorangetrieben und bearbeitet. Das ist nicht

Morgenthau, das sind zukunftsfähige Kraftwerke in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gleichzeitig haben wir sechs weitere Kohleblöcke, die im Bau sind. Das mag dem Einzelnen an der einen oder anderen Stelle nicht passen, sie sind im Bau. Ein Standort, an dessen Planungsmurks Sie hauptverantwortlich mit schuld sind, wird beklagt, ist vor Gericht. An der Frage hängen Sie sich immer auf, und alles andere blenden Sie aus. Das hat mit der Realität hier nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die ganze Debatte findet vor dem Hintergrund statt, dass es in Nordrhein-Westfalen mit der Wahl letztes Jahr im Mai tatsächlich einen Politikwechsel gibt. Der Politikwechsel umfasst viele Bereiche; ich will und kann sie nicht alle aufzählen und will mich deswegen auf ein paar Punkte konzentrieren. Er umfasst sehr stark den Bildungsbereich. Er umfasst den Bereich der demokratischen Teilhabe; zu dem in diesen Tagen ein Gesetz in der Diskussion ist. Er umfasst das Mitbestimmungsgesetz und vieles andere. Er umfasst aber auch vier Punkte, an denen deutlich wird – das hat mit dem Haushalt zu tun –, dass das Mantra der alten Landesregierung vorbei ist: Das Mantra „Privat vor Staat“ ist vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist erkannt worden, dass das, gerade von der FDP immer vorgebracht, nicht trägt.

Das FDP-Mantra „Steuersenkung um jeden Preis“ ist vorbei, weil es eine Politik zulasten des Landes ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und es ist vorbei mit der organisierten Kommunalfeindlichkeit aus der Landesregierung sowohl in Bezug auf die Bereicherung des Landes zulasten der Kommunen als auch in Bezug auf die von der FDP immer ausgeprägt vorgetragenen Aversionen gegen Stadtwerke. All das ist mit der neuen Landesregierung Geschichte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zu den Stadtwerken haben wir das entsprechende Gesetz schon eingebracht. Das war das erste, was wir eingebracht haben, weil wir es vorher versprochen hatten.

**(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)**

Es ist final beschlossen; es gilt jetzt. Damit haben wir den Stadtwerken tatsächlich den Raum im Wettbewerb mit den großen Energieversorgern geschaffen, statt sie abzuwürgen, wie es das strategische Ziel der FDP war.

Die Bereicherung zulasten der Kommunen: Kollege Römer hat eben von 3 Milliarden € gesprochen. Wir haben es an vielen Stellen erlebt. Zwei Verfas-

sungsgerichtsverfahren hat die alte Landesregierung verloren, weil sie bei ihrem Konsolidierungskurs, den sie machen wollte, die Kommunen in ihrer Notsituation immer weiter heruntergestoßen hat, bis sie nicht mehr handlungsfähig waren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Natürlich haben wir in dem Verfassungsgerichtsverfahren zwei Positionen, die genau darauf zurückzuführen sind und Ihre politische Erblast sind. Das sind zum einen die 370 Millionen KiFöG, bei denen das Gericht geurteilt hat, dass Sie gegen das Konnexitätsgebot verstoßen haben und den Kommunen die Summe zusteht. Wir haben sie in eine Rücklage eingestellt. Es mag sein – weil wir das Gesetz, um den Betrag auszuzahlen, noch nicht gemacht haben –, dass es formale Probleme gibt. Aber nichtsdestotrotz ist das, was aus dem KiFöG-Konnexitätsurteil folgt, Ihre Erblast und muss deswegen richtigerweise auch bei Ihnen eingestellt werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Der gleiche Punkt ist der Einheitslastenausgleich. Auch da sind 375 Millionen in die Rücklage eingestellt. Ein Gerichtsurteil haben Sie sich in der Angelegenheit vom Verfassungsgericht schon eingefangen, und die zweite Klage läuft doch. 97 Kommunen sind gegen das, was Sie 2010 angestellt haben, vor Gericht gezogen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die wieder gewinnen, ist aus unserer Sicht sehr hoch. Deswegen haben wir die Rücklage eingestellt. Auch da gibt es möglicherweise das Problem, dass das entsprechende Gesetz noch nicht da ist. Trotzdem ist es ein Teil Ihrer Altlasten und nichts, was wir aus Freude machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu dem Mantra von den Steuersenkungen um jeden Preis will ich ganz klar sagen: Einer der ganz erfolgreichen Punkte ist doch, dass nach dem Mai 2010 diese Politik im Bundesrat keine Mehrheit mehr hat. Und diese Mehrheit wird sie Woche für Woche weiter verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich bin jetzt im elften Jahr im Landtag. Ich habe bislang noch kein Gesetz erlebt, mit dem der Bund die Länder so schlimm belastet hat wie mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das Sie Anfang des vergangenen Jahres verabschiedet haben, mit einer Belastung in Höhe von jährlich 880 Millionen € für Nordrhein-Westfalen. Begünstigte waren Mövenpick und andere im Hinblick auf die Hoteliersteuern, die – als ein Hauptmotiv – reichlich an die FDP gespendet haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Quatsch!)

Sie tun ja immer so, als würde man das alles wegsparen können. Um es auf den Punkt zu bringen: Diese 880 Millionen €, die Sie leichtfertig weggege-

ben haben, gegen die Peter Harry Carstensen und andere CDU-Ministerpräsidenten erst einen harten Widerstand geleistet haben, kosten uns, wenn wir dieses Geld einsparen wollten, 17.000 Stellen. 17.000 – das ist die gesamte Justiz in Nordrhein-Westfalen. Dass das nicht geht, weiß jeder, auch wenn man manchmal denkt, die eine oder andere Stelle wäre über.

Diese Landesregierung – das findet sich auch herausgehoben im neuen Haushalt – verfolgt in drei Bereichen neue Ziele. Der erste Schwerpunkt ist, die Kommunen in der dramatischen Notlage zu unterstützen. Das ist etwas ganz anderes als die zynische Politik, die die FDP lange betrieben hat. Innenminister Ingo Wolf, dem ich persönlich – bei aller Auseinandersetzung muss das sein – für den weiteren beruflichen Lebensweg in Berlin alles Gute wünsche, war der kommunalfeindlichste Innenminister, den wir jemals in Nordrhein-Westfalen hatten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die zynische Haltung, man müsse die Kommunen zum Sparen zwingen, ist, als wenn ich jemandem, der am Ertrinken ist, sage, er müsse das Schwimmen lernen, anstatt ihm zu helfen. Dieser Zynismus hat hier immer geherrscht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte aber auch etwas Positives sagen. Vor wenigen Monaten haben wir, CDU, SPD und Grüne, einen gemeinsamen Antrag gestellt in der Erkenntnis, dass die Kommunen keine Chance haben, wenn nicht der Bund 50 % der Soziallasten – bisher waren es 25 % – übernimmt. Die Kommunen können alles wegsparen, sie haben aufgrund der dramatisch gestiegenen Soziallasten überhaupt keine Chance, wieder hochzukommen, wenn sich nicht der Bund dieser Realität stellt. Das haben wir zusammen beschlossen.

Ich persönlich fand es sehr interessant, dass Herr Laumann genau in dieser Debatte einige bemerkenswerte Sätze gesagt hat. Er hat gesagt: Wenn die Gesellschaft immer mehr Aufgaben auf den Staat verlagert, weil sie damit nicht klarkommt, dann kann der Staat nicht mit weniger Geld auskommen. – Das ist für jeden von uns klar. Das war auch die klare Ansage: Mehr Geld kann nicht weitere Steuersenkungen heißen. Das war die Trennung von „Privat und Staat“. Da haben Sie richtigerweise einen inhaltlichen Schnitt gemacht.

Ich kann nur immer wieder sagen: Wir alle müssen uns zusammen aufstellen. Auch wenn drei Fraktionen hier der Meinung sind, dass das in Berlin so passieren muss. Wir alle müssen dafür kämpfen, dass die Berliner das auch machen, weil die Berliner meinen, dass das Geld, das sie haben, ihr Geld ist. Wir werden auf allen Parteitag für Mehrheiten sorgen müssen, damit im Bund tatsächlich etwas passiert.

Das zweite wichtige Ziel neben dem, die Kommunen zu unterstützen, ist – das hat auch der Kollege Römer eben gesagt –: Wir wollen kein Kind mehr zurücklassen. Wir wollen mehr in Bildung und Ausbildung investieren. Das ganz langfristige Ziel – das bekommen wir nicht kurzfristig hin – ist: Die Ausbildung der Kinder, von der Kita bis zum Studium, bis zur Berufsausbildung, darf nicht mehr vom Geldbeutel, vom sozialen Status der Eltern abhängig sein.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Es muss eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft sein. Das ganz langfristige Ziel ist also, die Ausbildung von Kindern gebührenfrei zu machen.

Ich möchte Ihnen das anhand eines anschaulichen Beispiels erläutern. Frau Löhrmann, Frau Beer und ich waren in Finnland und haben uns Schulen angesehen, beispielsweise eine Schule in Helsinki, wo es eine nette kleine Kantine gab, in der die Kinder Mittag essen konnten. Ich habe gefragt, wie die Bezahlung des Essens erfolgt, ob die Eltern derjenigen Kinder, die mehr Geld verdienen, etwas mehr zahlen und die Kinder der ärmeren Leute das Essen umsonst bekommen. Die Schulleiterin hat mich ganz stolz angesehen und gesagt: Wir haben seit 1950 ein Gesetz, wonach jedes Kind, das hier in die Schule geht, ein kostenloses gesundes Mittagessen bekommt. Ein Nachsatz lautete: Und die Kinder, die zu Hause morgens kein Frühstück bekommen, können hier ein Butterbrot erhalten. Daraufhin habe ich mich für die Schule, in der meine Kinder sind, geschämt, weil wir das hier nicht hinbekommen.

Ein Ziel ist also – das bekommen wir nicht kurzfristig hin; das funktioniert nicht in ein paar Jahren, aber an dem Ziel müssen wir arbeiten – , dass ein Kind, dessen Eltern arbeitslos sind, sich nicht schämen muss – ich weiß selber, wie es ist, wenn man zu Hause nicht sagt, dass man einen Malkasten braucht –, sondern dass jedes Kind eine Ausbildung und damit die Chance im Leben bekommt, die es haben soll.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Dahinter steht nicht nur ein sozialpolitisches, sondern auch ein ökonomisches Interesse unseres Landes, nämlich alle Talente zu nutzen, die wir haben, um es ganz klar zu sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir machen nun erste Aufschläge. Diese können wir nicht unendlich machen. Niemand von uns redet von einer grenzenlosen Verschuldung. Wir wissen genau, dass wir alles das, was wir uns wünschen und notwendig wäre, nicht so schnell hinbekommen. Aber wir machen erste Aufschläge. Und ein

erster Aufschlag ist die Abschaffung der Studiengebühren.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Ich weiß doch, wovon ich rede. Es gibt drei Modelle. Die FDP hat immer die Meinung vertreten, Bildung müsse etwas wert sein, müsse auch etwas kosten. Dabei hat sie ein bestimmtes Klientel und eine Selektion der Gesellschaft im Auge, nach der nur bestimmte Leute in der Gesellschaft eine Chance haben sollen. Andere sollen in einer Dienstleistungsgesellschaft etwas anderes machen.

(Ralf Witzel [FDP]: Unverschämte!)

– Ja, Sie haben so viele Unverschämtheiten in die Debatten gebracht. Ich bringe es jetzt einmal auf den Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Das ist nicht unser Modell.

Daneben gab es das Modell der nachgelagerten Studiengebühren.

Beide Modelle führen dazu, dass Kinder aus ärmeren Familien diese Chance nicht haben. Das gilt aber nicht nur für Kinder aus ärmeren Familien, sondern auch für Kinder aus Familien, die nicht in der Sozialhilfe sind, die aber Angst davor haben, in die Verschuldung, in Belastung hineinzukommen, und sich deswegen nicht einbringen. Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Potenziale, die Chancen, die in diesen Familien liegen, genutzt werden können.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Herr Kollege Laumann, Sie haben gesagt, wir würden das nur für die Kinder von Millionären machen.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Doch, das haben Sie eben gesagt. Ganz bestimmt. Ich glaube nicht, dass Sie das so meinen, aber ich spreche Sie aufgrund Ihres persönlichen Referenten an, den ich sehr schätze. Ich erinnere mich an eine Debatte mit ihm. Ihre Mitarbeiter werden zwar nicht schlecht bezahlt, aber sie sind keine Millionäre. Er war wissenschaftlicher Referent, gehörte zur mittleren Einkommensschicht und hat gesagt: Ich habe drei Kinder im Studium und muss immer noch 1.000 € für jedes Kind oben drauflegen. Das kann man nicht mehr durchhalten.

(Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

Auch über diese Leute reden wir an der Stelle.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN -Zuruf von Serdar Yüksel [SPD])

Das sind auch die Leute, deren Kinder eine Chance haben sollen. Es ist nicht nur eine soziale Wohltat; das sage ich ganz klar. Uns droht ein Fachkräftemangel; das wissen wir. Wir haben erkennbare soziale Barrieren, die die Aufnahme eines Studiums erschweren. Von 100 Akademikerkindern studieren 71, während von 100 Nichtakademikerkindern nur 24 studieren. Das zeigt völlig klar, was auch ein wesentlicher Grund ist.

Wir haben eine Studienanfängerquote in Höhe von 36 % eines Jahrgangs der Jugendlichen. Die OECD hat 2008 33 Staaten untersucht. Dabei kam sie auf einen Durchschnitt von 57 % Studienanfänger pro Jahrgang. Europaweit liegt der Schnitt bei 55 %. Wir liegen auf Platz 29 in dieser Rangliste der 33 Länder. Dadurch ist völlig klar, dass wir zu wenige Jugendliche in die Hochschulen bekommen. Vor dem Hintergrund drohenden Fachkräftemangels wird das noch deutlicher.

Ich nenne Norwegen und Finnland als kleine europäische Länder mit Quoten über 70 %. Mit Blick darauf muss es unser Ziel sein, die Erhöhung des Studierendenteils hinzubekommen. Daraus generieren sich auch positive wirtschaftliche Effekte. Denn die Menschen mit Hochschulabschlüssen haben ein geringeres Risiko, arbeitslos zu werden. Sie sorgen für mehr wirtschaftliche Vitalität und stellen eine bessere wirtschaftliche Prosperität her. Das muss unser Ziel sein. Das ist kein Geschenk.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Weil es immer kritisiert wird, will ich das beitragsfreie Kindergartenjahr ansprechen. Dabei wird öfter argumentiert, es gehe nicht nur um diejenigen, die arbeitslos oder auf Sozialhilfe angewiesen, die von Gebühren befreit sind. Wenn man sich anschaut, welche Eltern welche Stundenkontingente buchen, kann man feststellen: Die Schicht, die darüber liegt, die kein hohes Einkommen hat und die für ihre Kinder etwas Gutes tun will, bucht 25 Stunden, weil sie sich mehr nicht erlauben kann, aber den Kindern das geben will, was sie sich gerade noch leisten kann. Sie kann nicht mehr als 25 Stunden zahlen, weil sie ein Einkommen hat, das knapp über der Grenze liegt.

Es kann nicht unser Ziel sein, dass diese Kinder keine Chance auf Ausbildung und Bildung haben. Wir wissen, wie wichtig für alle die Betreuung von unter Dreijährigen oder die Betreuung im Kindergarten ist. Alle sollen diese Chance haben.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Gunhild Böth [LINKE])

Auch das ist eine Qualitätsverbesserung; das sage ich ganz klar. Denn mit einer konstanteren Auslastung der Kindertagesstätten wird auch das Angebot besser. Deswegen machen wir es – und nicht aus verbohrt ideologischen Gründen.

Bei vielen weiteren Notwendigkeiten können wir auch eine Kosten-Nutzen-Bilanz herstellen. Wir brauchen qualifizierte Ausbildung statt zermürbender Warteschleifen. Es nützt nichts, Leute in Warteschleifen müde zu machen, denn sie sind hinterher immer noch nicht fitter für den Arbeitsmarkt. Unter Umständen ist es sinnvoller, Geld in die Hand zu nehmen, um diesen Leuten eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen – das ist auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels zu sehen –, damit sie am wirtschaftlichen Leben teilnehmen können, anstatt in eine Endlosschleife staatlicher Transferleistungen einzutreten.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich will mit den Kosten der Inobhutnahme einen weiteren Punkt ansprechen. Das betrifft Kinder, die von Familien weggehen müssen, weil die Familien nicht mehr mit ihnen klarkommen: 45.000 Fälle in Nordrhein-Westfalen, 1,15 Milliarden € Kosten. Eltern sagen: Ich komme mit dem Kind nicht mehr klar. Nehmt es in ein Heim oder gebt es in eine andere Familie.

Dieser Bereich wächst am stärksten und verursacht den Kommunen, abgesehen von den Kindergärten, die meisten Kosten. An der Stelle Geld in die Hand zu nehmen und dafür zu sorgen, dass das nicht passiert, ist auch eine Maßnahme, bei der wir Geld investieren, um die ansonsten notwendigen Reparaturen zu reduzieren.

Wir haben in diesem Bereich eine Steigerung von 20 %. Ich nenne Ihnen das Gegenbeispiel einer Kommune in NRW; wir haben es heute Morgen noch einmal recherchiert. Vertreter des Jugendamtes der Stadt Dormagen machen Hausbesuche bei den Eltern Neugeborener und erläutern das Präventionsprogramm zur Vermeidung von Kinderarmut. Damit haben sie 2006 begonnen und seitdem zum Beispiel auf Sprachförderung, Familienhilfen und finanzielle Hilfen für arme Familien zur Wahrnehmung von Förderangeboten für die Kinder hingewiesen. Seit fünf Jahren verfährt man dort so in der Praxis; nun sieht man folgende Ergebnisse:

Erstens. Weniger Kinder müssen in Pflegefamilien. Das heißt, Kosten für die Inobhutnahme werden vermieden. Das ist das Teuerste.

Zweitens. 25 % weniger Kinder müssen die Förderschule besuchen. Auch das ist ein gutes Ergebnis.

Drittens. Die Grundschulen melden eine verbesserte Kompetenz bei den Erstklässlern aus sozial schwächeren Milieus.

Viertens. Es gibt einen Rückgang der Inobhutnahmen entgegen dem Bundestrend, der unablässig steigt.

Die gesamten Ausgaben für Hilfen zur Erziehung sind dort in fünf Jahren um 10 % gestiegen, während sie in Nordrhein-Westfalen im Schnitt um 30 %

gestiegen sind. Das ist präventive Investition, um langfristige Folgeschäden zu vermeiden und den Kindern zu helfen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Die Landesregierung hat bei Prognos eine Untersuchung in Auftrag gegeben, damit wir optimal prüfen können, wo sich solche Maßnahmen am besten rechnen. Denn wir wollen das Geld nicht rauswerfen, sondern genau wissen, wo wir es am besten einsetzen. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse der Studie. Dann werden wir das weiter diskutieren und es in den nächsten Jahren zu nutzen versuchen. Das ist der richtige Weg im Interesse der Menschen in unserem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich sage ganz klar: Was wir machen müssen, ist kein Freibrief für Verschuldung. Das machen wir nicht. Wir wissen, dass Einsparungen notwendig sind.

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Wo denn?)

Wir wissen aber auch, dass Ihre pauschale Personalkürzung von 2 %, dieser Unfug, den Sie gemacht haben, genau dazu geführt hat – ich bringe es auf den Punkt –, dass die technischen Dienste bei den Regierungspräsidenten nicht mehr in der Lage waren, gefährliche emittierende Betriebe zu kontrollieren.

Die Transformatorenfirma Envio in Dortmund hat ihre Mitarbeiter lebensgefährlich verletzt. Dort gibt es Leute mit einem 25.000-fach höheren PCB-Wert im Blut. Sogar eine schwangere Frau – das konnten wir neulich in „Westpol“ sehen – hat erhöhte Werte. Das Zeug ist so gefährlich, und wir konnten nicht mehr kontrollieren, was da passiert. Das war ein Teil Ihrer Personalpolitik.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Zuruf von der FDP: Das ist bei Ihnen alles nicht passiert!)

Unser Landtagspräsident Uhlenberg und auch Regierungspräsident Diegel haben sich an die alte Landesregierung gewandt und sie gewarnt, dass sie nicht mehr kontrollieren können. – Das war Ihre Rasenmäherpolitik.

Sie haben per Saldo doch gar keine Stellen eingespart; das müssen Sie doch ehrlich sagen. Was Sie dort gespart haben, haben Sie in den Bildungsbereich gegeben. Wir wissen alle: Bei den Dimensionen, vor denen wir stehen, werden wir die Haushaltsprobleme nicht über die Ausdünnung des Personals lösen können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In den Bereichen, die ich eben geschildert habe, braucht man Menschen, die sich um andere kümmern. Insofern müssen wir schauen, was in den Strukturen möglich ist. Dabei ist Personalabbau

nicht tabu. Aber die Position, wir könnten bei den 170.000 Lehrerstellen oder bei den 45.000 Stellen für Polizisten nennenswert abbauen, ist eine Illusion. Diejenigen, die sich damit beschäftigen, wissen genau, dass das nicht geht.

Trotzdem ist es notwendig, die Strukturen zu untersuchen, zu prüfen, zu optimieren und einzusparen, wo wir es können. Der Aufgabe werden wir uns auch stellen. Wir haben gestern Abend noch im Koalitionsausschuss intensiv darüber geredet. Dann wird man die Ergebnisse Punkt für Punkt umsetzen.

(Zuruf von Andreas Krautscheid und von Olaf Lehne [CDU])

Wir müssen die Einnahmen auf beiden Ebenen verbessern; das sage ich ganz klar. Wir müssen auf Landesebene schauen, wo wir Einnahmen generieren können. Das müssen wir auch anpacken, um die Verschuldung zu reduzieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei sage ich – das hat Kollege Römer eben auch angesprochen –: Ohne eine Änderung beim Bund werden wir – sowohl was die Kommunen angeht, als auch was das Land angeht – keine Chance haben. Darum müssen wir auch kämpfen und Mehrheiten herstellen.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Wir halten keine weiteren Belastungen durch den Bund mehr aus. Die Steuerentlastungspolitik des Bundes der letzten Jahre kostet das Land Nordrhein-Westfalen auf Dauer 2 Milliarden € pro Jahr.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Genau so ist es! – Zuruf von Sören Link [SPD])

Wenn wir darüber reden, wo die Verschuldungsgrenzen liegen, wissen wir auch, wo wir stünden, wenn das nicht passiert wäre. Insofern haben wir keine Luft, an der Stelle noch mehr zuzulassen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Herr Kollege Laumann, Sie haben angekündigt, einen alternativen Haushalt für das Jahr 2011 zu liefern, der mit einer maximalen Verschuldung von 3,8 Milliarden € auskommt. Das ist ambitioniert, denn das heißt gegenüber dem vorliegenden Haushaltsentwurf, dass Sie Kürzungsvorschläge in Höhe von 3,3 Milliarden € liefern müssen. Selbst wenn ich Ihnen zugestehe, dass wir in den Haushaltsentwurf Projekte eingestellt haben – die wir auch vertreten –, die Sie nicht wollen wie etwa die Befreiung von den Studiengebühren, das, was wir bei den Kindern machen, und die Entlastung der Kommunen, selbst wenn Sie das abziehen, müssen Sie Einsparvorschläge von über 2 Milliarden € liefern, um diese 3,8 Milliarden € zu erreichen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, dann wird es konkret: Über 2 Milliarden € entsprechen über 40.000 Stellen. Ich bin wirklich gespannt. Was Sie eben gemacht haben, war Arbeitsverweigerung. Sie haben gesagt: Bevor das Verfassungsgerichtsurteil nicht da ist, können wir gar nicht darüber debattieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Solange will er nicht darüber debattieren!)

– Er will nicht debattieren. Ich könnte auch sagen: Wir haben demnächst zwei sitzungsfreie Wochen, und danach kommt das Urteil.

Aber Ihre Arbeitsnotwendigkeit wird sein, diese mehr als 2 Milliarden € in ganz konkreten Einsparvorschlägen auf der Grundlage des vorgelegten Haushaltsentwurfs zu liefern. Das wird eine spannende Debatte. Ich freue mich, das mit Ihnen kontrovers auszutragen. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. – Für die FDP-Fraktion spricht nun deren Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Papke.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Finanzminister, was Sie dem Hohen Haus heute mit Ihrer Einbringungsrede zum Landeshaushalt 2011 wieder einmal geboten haben, macht einen fast sprachlos.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das wäre schön!)

Ich habe ein paar Sätze notiert – ich zitiere den Finanzminister –:

Vorbeugung jetzt anstelle von Reparaturkosten in der Zukunft: Das ist die intelligente Form der Schuldenbremse, weil wir so die Ausgaben nachhaltig senken.

Herr Finanzminister, haben Sie einen Blick in Ihren Haushalt und in die mittelfristige Finanzplanung geworfen?

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wenn Sie zustimmend nicken, kann ich Ihnen nur sagen: Sie betreiben ganz bewusst die Sinnentleerung von Sprache, wenn Sie mit solchen Überschriften das begleiten, was Sie dem Parlament vorgelegt haben.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie sind munter unterwegs in dieselbe Richtung. Ich lese heute in Ihrem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“ – ich darf wiederum zitieren –: „Keiner bezweifelt, dass unsere

Politik sich rechnen wird.“ Frau Ministerpräsidentin, alle bezweifeln, dass sich Ihre Politik rechnen wird.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wie kommen Sie auf diese Idee? Das erinnert mich mit Verlaub ein bisschen an den Geisterfahrer, der sich darüber wundert, dass so viele auf der falschen Fahrbahn fahren. Das ist die Mentalität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Im Übrigen darf ich Ihnen auch noch sagen: Ich finde es sehr unangemessen, dass Sie in Ihrem Interview die Sensibilität des Verfassungsgerichts bei der Beachtung der Gewaltenteilung anmahnen.

(Christian Möbius [CDU]: Das ist der Hammer!)

Das Verfassungsgericht, das höchste Gericht unseres Landes, braucht von der Landesregierung keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Gewaltenteilung.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Das steht Ihnen nicht zu.

Es wäre überhaupt angemessen gewesen, wenn die Landesregierung mit der Einbringung des Haushaltes bis nach dem 15. März gewartet hätte.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Bis Weihnachten oder bis wann?)

Doch einmal mehr hat sie es – das passt sich in die Vorgehensweise gegenüber den Verfassungsrichtern ein, die wir in den letzten Monaten erlebt haben – am nötigen Respekt vor dem Verfassungsgericht missen lassen. Herr Finanzminister, Sie haben das höchste Gericht unseres Landes ein weiteres Mal brüskiert.

Die Strategie, die sich hinter dem Hauruckverfahren bei der Haushaltsberatung verbirgt, ist klar ersichtlich: Die Landesregierung will den Haushalt 2011 unter Volldampf durchziehen, um ein aus ihrer Sicht leidiges und brandgefährliches Thema möglichst schnell parlamentarisch abzuräumen. Das ist die politische Strategie, die hinter diesem Hauruckverfahren steht.

Aber, Frau Ministerpräsidentin, auch der Kapitän der „Titanic“ war mit Volldampf unterwegs, als er auf den Eisberg fuhr.

(Beifall von der FDP)

Das Ende vom Lied war, dass das Schiff mit Mann und Maus untergegangen ist. Das ist eine Torchlusspanik Ihrer Regierung, die Sie mit diesem Parforceritt in der Haushaltspolitik unter Beweis stellen.

Im Übrigen ist es eine Unverschämtheit gegenüber dem Parlament, hier einen Beratungsplan vorzuschlagen, mit dem die selbstverständlichen, in Jahrzehnten respektierten Beratungsrechte des Parla-

ments beim Landeshaushalt schlichtweg überrollt werden sollen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuruf von der SPD)

– Schauen Sie sich das mal an. Die vorläufige Zeitplanung, die dem Parlament vorgelegt worden ist, ist ohne eine ganze Reihe von Sondersitzungen überhaupt nicht einzuhalten. Mit der regulären Ausschussberatung könnte das Parlament Ihren Haushaltsentwurf nicht begleiten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ihre Obfrau hat dem Verfahren komischerweise aber zugestimmt!)

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Auch das werden wir nicht mit uns machen lassen.

Ich darf im Übrigen darauf hinweisen: Wir werden im Mai die nächste Steuerschätzung bekommen. Im letzten Jahr lagen die Ergebnisse der regionalisierten Steuerschätzung für Nordrhein-Westfalen erst am 21. Mai vor. Schon am 19. Mai wollen Sie aber den Haushalt in 3. Lesung verabschieden.

(Zuruf von der FDP: Warum wohl?)

Das zeigt einmal mehr, wie absurd das gesamte Verfahren ist. Je nachdem, was die Steuerschätzung konkret erbringt,

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

können Sie gewissermaßen auf der Zielgeraden der Haushaltsberatung gleich wieder die nächste Ergänzungsvorlage einbringen, Herr Finanzminister.

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

– Ja, wissen Sie, das ist keine seriöse Form der Haushaltsberatung. Herr Finanzminister, wir machen das hier normalerweise anders.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Nein, so haben wir das nie gemacht, Frau Ministerpräsidentin. Aus Sicht des Parlaments kann ich Ihnen sagen: Wir bestehen darauf, dass den Abgeordneten des Landtags Nordrhein-Westfalen die nötige Zeit eingeräumt wird, um in der fachlichen Intensität, die angemessen ist, diesen Haushalt zu begleiten.

(Beifall von der FDP –Vereinzelt Beifall von der CDU)

Zu dem Wirrwarr in der Haushaltspolitik passt außerdem, dass Sie, Herr Finanzminister, am Montag noch eine mittelfristige Finanzplanung haben verteilen lassen, die schon wieder obsolet war. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung stehen nämlich immer noch die 7,8 Milliarden €, von denen Sie ja inzwischen abgewichen sind.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Mein Gott! Das kann doch nicht wahr sein!)

Ihre Vorlagen sind schon Makulatur, wenn sie aus der Druckmaschine laufen. Meine Damen und Herren, noch nie hat ein Finanzminister ein derartiges Chaos in der Haushaltspolitik des Landes angerichtet wie Sie, Herr Minister Walter-Borjans.

(Beifall von der FDP)

Jetzt komme ich – das ist ganz wesentlich in der Debatte heute – mal zur mittelfristigen Finanzplanung. Diese mittelfristige Finanzplanung bis 2014, die Sie vorgelegt haben, sieht vor, dass es in 2014 immer noch 6,6 Milliarden € neue Schulden geben wird.

(Mehrhad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wie im letzten Jahr auch!)

Das heißt, damit überschreiten Sie nicht nur in diesem Jahr die in der Landesverfassung enthaltene Kreditgrenze, sondern laufen schnurstracks in einen Bruch des Grundgesetzes hinein. Denn im neuen Artikel 109 des Grundgesetzes heißt es in Satz 3:

Die Haushalte der Länder sind so aufzustellen, dass im Haushaltsjahr 2020 die Vorgabe aus Artikel 109 Abs. 3 – also: Verbot der Einnahmen aus Krediten – erfüllt wird.

Wie Sie es schaffen wollen, bis 2020 einen Landeshaushalt – das ist die Vorgabe des Grundgesetzes! – ohne neue Kredite vorzulegen, wenn Sie 2014 noch 6,6 Milliarden € Schulden aufnehmen, das müssen Sie, Herr Finanzminister, uns hier bitte einmal erklären.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Darauf hat das Parlament, darauf hat auch die Öffentlichkeit ein Anrecht.

Sie werden es uns nicht erklären. Denn die Wahrheit ist: Sie pfeifen auf das Verschuldungsverbot des Grundgesetzes. Sie planen eiskalt den nächsten systematischen Verfassungsbruch für die nächsten Haushaltsjahre bis 2014 und darüber hinaus.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Eiskalte Planung!)

Das ist die Realität.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Noch nie hat eine Landesregierung die Verfassung unseres Landes und das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland so eiskalt ignoriert wie Ihre Landesregierung das in der Haushaltspolitik macht, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Sie müssten eigentlich jedes Jahr mindestens 700 Millionen € einsparen, um die Neuverschuldung bis 2020 auf null herunterzufahren. Dann lägen Sie in 2014 bei 4,3 Milliarden €. Das wäre schon nicht sonderlich ambitioniert – wahrlich nicht –, aber selbst das nehmen Sie sich nicht einmal vor. Sie verabschieden sich regierungsamtlich von der

Haushaltskonsolidierung und machen aus Ihrer Verschuldungsorgie noch eine Staatsphilosophie, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das ist die traurige Realität.

Aber ich sage Ihnen: Wenn das Vertrauen der Menschen verloren geht, dass eine Regierung mit Ihrem Steuergeld sorgfältig wirtschaftet, dann ist eine solche Regierung bald am Ende. Das werden Sie noch zu spüren bekommen. In eine solche Regierung haben die Menschen kein Vertrauen.

Wir sehen in dem neuen Haushaltsentwurf und eben auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung auch nur einen Ansatz dafür, dass Sie bereit wären, von Ihrer sogenannten Präventionspolitik abzuweichen. Ihre Botschaft, Frau Ministerpräsidentin, lautet nach wie vor: Die Schulden von heute sind die Einnahmen von morgen. Man muss heute nur genug Geld ausgeben, dann tilgen sich die Schulden morgen gewissermaßen von selbst.

(Ralf Witzel [FDP]: Wie im Märchen!)

Ihre bizarre Strategie hat Ihnen nun wirklich bundesweit nach nur einem Dreivierteljahr Ihrer Amtszeit den Ruf einer nationalen Schuldenkönigin eingebracht, und, Frau Ministerpräsidentin, diesen Ruf haben Sie sich nun wirklich redlich verdient.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auf eine solche Idee, Verschuldungspolitik zum Prinzip der eigenen Regierung zu erheben, ist vor Ihnen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen – wirklich noch niemand gekommen, Frau Ministerpräsidentin. Ich garantiere Ihnen, dieser Feldversuch zulasten unseres Landes und zulasten unserer Landesfinanzen wird danebengehen. Ich hoffe sehr, dass Sie die letzte Ministerpräsidentin/der letzte Ministerpräsident sind, die/der auf die Idee gekommen ist, eine solche Verschuldungspolitik zu organisieren.

(Beifall von der FDP)

Es ist doch, meine Damen und Herren, eine Milchmädchenrechnung zu glauben, man könne komplexe soziale Probleme mit komplexen sozialen Ursachen gewissermaßen mit immer höheren Staatsschulden einfach hinwegspülen – das ist ja das, was Sie sagen –, als lösten sich alle sozialen Probleme, die wir haben und an denen wir arbeiten müssen, gewissermaßen in nichts auf, wenn man nur genügend schuldenfinanzierte Milliarden in diese Bereiche hineinpumpt. – So funktioniert Politik doch nicht. Dafür sind die Probleme viel zu komplex.

Sie beklagen etwa die steigenden Ausgaben für den Jugendstrafvollzug und erklären das mit der Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, weil in Nothauskommunen im Ruhrgebiet Schwimmbäder und Büchereien geschlossen werden müssen. Ihr Rezept lautet: Man muss den Kommunen nur genug



Geld geben, dann brauchen wir auch keine Strafvollzugsanstalten mehr.

So etwas haben wir bisher immer nur von den Linken und von Herrn Sagel gehört, Frau Ministerpräsidentin. Ich glaube, das ist einer Regierung unangemessen.

Das gilt natürlich auch für die Abschaffung der Studienbeiträge, die diese Woche ebenfalls auf der Agenda steht und die die Vertreter der Koalitionsfraktionen hier gerade noch einmal untermauert haben. Jeder weiß doch, dass 249 Millionen € nicht ausreichen werden. Das weiß sogar Herr Sagel. Und das will schon etwas heißen.

Im Wintersemester 2009/2010 gab es 502.279 Studierende und 77.600 Studienanfänger. Im Wintersemester 2010/2011 sind es bereits fast 519.000 Studierende und mehr als 88.000 Studienanfänger. Dennoch prügeln Sie die Abschaffung der Studienbeiträge durch, zulasten der Hochschulen, zulasten der Lehre, zulasten der Studierenden in Nordrhein-Westfalen.

Das, was Sie zur Begleitung organisieren, ist schon bemerkenswert. Ich habe gesehen, dass die SPD-Fraktion schon bald zu einer Fete zur Abschaffung der Studienbeiträge einlädt.

(Zuruf von der SPD: Na klar!)

Ich darf zitieren: Für Getränke, Live-Musik und Lichteffekte, so schreibt Herr Römer, haben wir selbstverständlich gesorgt.

(Lachen von der FDP)

Für Getränke, Live-Musik und Lichteffekte! – Herr Kollege Römer, das reicht nicht aus, um ein Land in eine gute Zukunft zu führen. Das reicht auch nicht aus, um der Verantwortung gegenüber unseren Studierenden gerecht zu werden.

(Beifall von der FDP)

Lichteffekte, Live-Musik und Gratisgetränke reichen nicht aus!

Sie werden eine Mehrheit für die Abschaffung der Studienbeiträge bekommen. Natürlich bekommen Sie diese Mehrheit. Sie werden auch eine Mehrheit für den Haushalt 2011 bekommen. Herr Walter-Borjans kann in den Haushalt hineinschreiben, was er will. Die Linken werden zustimmen. Das ist doch völlig klar.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Da irren Sie sich, Herr Papke. Er kann nicht hineinschreiben, was er will!)

Herr Sagel hat zu den Studienbeiträgen im HFA noch einmal dargelegt, dass dieses Gesetz schlecht sei. Ich darf Herrn Sagel zitieren: Die Lehre wird sich real verschlechtern! – Gleichzeitig haben die Linken zugestimmt.

(Lachen von der FDP)

Herr Kollege Zimmermann, weil Sie neu sind, darf ich es Ihnen vielleicht noch einmal sagen:

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie haben das nicht verstanden!)

Sie üben das Abstimmungsverhalten im Parlament einer pluralistischen Demokratie noch ein. In einem Parlament wie dem Landtag Nordrhein-Westfalen muss man nicht immer mit der Regierung stimmen. Es ist zulässig, dass man – wenn man einer anderen Auffassung ist – auch gegen die Regierung stimmt. Hier darf man anderer Meinung sein.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Das haben wir schon getan! Sie merken es nicht!)

Deshalb habe ich die herzliche Bitte, endlich mit diesem pseudo-revolutionären Kasperletheater aufzuhören.

(Beifall von der FDP)

Die Wahrheit ist doch: Sie sind kusch, winken alles durch, was Ihnen die Landesregierung vorsetzt, ob es die Studienbeiträge, der Haushalt 2011 ist, was auch immer. Sie pumpen sich auf, machen Ihre Zweifel öffentlich. Hinterher enthalten Sie sich oder stimmen zu. Gelegentlich machen Sie auch beides parallel, Herr Kollege Zimmermann. Diese Show, die Sie hier veranstalten, hat, glaube ich, mittlerweile ihren Reiz verloren.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir fordern Konsolidierungspolitik ein.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dazu haben Sie fünf Jahre lang Zeit gehabt!)

Die Ministerpräsidentin behauptet immer wieder, Konsolidierung sei in der Vergangenheit nicht erfolgreich gewesen, könne es auch gar nicht. Für meine Fraktion sage ich hier noch einmal: Wir haben unter Beweis gestellt, dass Konsolidierungspolitik in Nordrhein-Westfalen erfolgreich sein kann. Natürlich haben wir das!

(Beifall von der FDP – Lachen von der LINKEN)

Oder wie würden Sie es sonst bezeichnen, wenn wir von 2005 bis 2008 die Nettokreditaufnahme von 6,6 Milliarden € auf 1,1 Milliarden € gesenkt haben? Ist das keine Konsolidierung?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das sind neue Schulden!)

Ja, Herr Finanzminister, wir haben Unterstützung durch die konjunkturelle Belebung und erhebliche Steuermehreinnahmen gehabt. Diese Unterstützung haben Sie jetzt aber doch auch!

(Beifall von der FDP)

Schütteln Sie doch nicht den Kopf. Sie befinden sich doch in einer vergleichbaren Situation. Der Unterschied: Wir haben die gute Konjunktur zur Konsolidierung genutzt. Sie pfeifen auf die gute Konjunktur

und machen stattdessen immer höhere Schulden. Das ist nicht legitimierbar und nicht darstellbar, Herr Finanzminister.

Frau Ministerpräsidentin hat immer wieder behauptet, wir hätten doch gar keinen Stellenabbau betrieben, sondern lediglich 2.000 Stellen eingespart.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: 2.417 exakt!)

– Das ist falsch. Wir haben 14.337 Stellen in der allgemeinen Landesverwaltung eingespart.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach so?)

– In der Tat. Wir haben mehr als 8.000 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer eingestellt, Frau Ministerpräsidentin. Doch, das haben wir.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ich verbitte mir Ihren Zuruf, das wäre auch gelogen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ist es auch!)

Sparen Sie sich solche Begriffe, die zudem unparlamentarisch sind. Ich leite Ihnen gerne noch einmal den Lehrerstellenhaushalt 2010 zu. Sie werden erkennen, dass wir mehr als 8.000 zusätzliche Lehrerstellen in unserem letzten Haushalt hatten, Frau Ministerpräsidentin. Bezeichnen Sie so etwas nicht als „Lüge“. Das wäre wiederum eine Lüge. Kommen Sie jetzt nicht mit dem Spruch, Lehrerstellen sind keine Lehrer. Gerade haben Sie bestritten, dass wir 8.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Jetzt sagen Sie: Lehrerstellen, ja, aber keine Lehrer!

Wissen Sie, weshalb wir nicht alle Stellen sofort besetzen konnten? – Weil wir so viele zusätzliche Lehrer eingestellt haben, dass der Markt leergefegt war. Unter Ihrer rot-grünen Vorgängerregierung hat doch niemand mehr auf Lehramt studiert, weil die jungen Menschen überhaupt keine Perspektive mehr hatten.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Soweit ganz konkret zu der Frage, wo man sparen kann. Der Personalabbau in der allgemeinen Landesverwaltung müsste weitergehen, meine Damen und Herren, natürlich. Dann könnte man in dieser Wahlperiode 12.000 Stellen einsparen. Wir hatten über 14.000 Stellen eingespart. So ehrgeizige Ziele will ich von Ihnen gar nicht verlangen. Würde man 12.000 Stellen einsparen, würde das zu einer Einsparung von 600 Millionen € führen. Sagen Sie also nicht, es gäbe keine Sparmöglichkeiten mehr.

Sie wollen nicht einsparen. Sie wollen sich dieser Aufgabe nicht unterziehen. Das ist Realität.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin, eine solche Totalverweigerung gegenüber jedweder Haushaltskonsolidierung führt unser Land in den Staatsbankrott. Sie sind auf dem Weg, die Finanzen unseres Landes so zu zerrütten, dass es möglicherweise Generationen dauern

wird, bis die Scherben, die Sie in Nordrhein-Westfalen aufhäufen, bereinigt sind. Das ist die große Sorge, die wir haben, wenn wir Ihre verantwortungslose Verschuldungspolitik zu bewerten haben.

(Beifall von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Da kriegen wir richtig Angst!)

Bemerkenswert ist ja: Der Finanzminister hat unter dem Damoklesschwert des VGH doch kalte Füße bekommen – zum einen, als er seine berühmten 1,3 Milliarden €, die er eigentlich noch länger verstecken wollte, unter der Bettkante hervorgezogen hat, um das Verfassungsgericht zu besänftigen, und zum anderen, als er justament am 15. Februar, also am Tag der Verhandlung vor dem Verfassungsgericht, der Öffentlichkeit mitgeteilt hat, die Landesregierung plane Einsparungen von 222 Millionen €.

Ein bisschen Sparminister Walter-Borjans wollten Sie dann doch noch sein; nur ein klein wenig; aber ein bisschen sparen könne auch nicht schaden, haben Sie sich gedacht.

Tatsache ist: Von diesen 222 Millionen € werden nur rund 600.000 € wirklich eingespart. Der Rest sind Verschiebungen in die Zukunft und Anpassungen an einen verringerten Bedarf.

Wir werden im weiteren Beratungsverlauf auch noch herausarbeiten, wo von SPD und Grünen ordentlich etwas draufgelegt wird. Manche grüne Spielwiese, mit der wir uns intensiv auseinandergesetzt haben, als wir bis 2005 Opposition waren,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie sind wieder Opposition!)

sprießt sofort wieder. Beispielsweise hätte ich darauf wetten können, dass bei der ersten Gelegenheit die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen von den Grünen wieder einen ordentlichen Schluck aus der Pulle bekommt. Diese Wette hätte ich gewonnen: 2 Millionen € mehr für die Stiftung Umwelt und Entwicklung. Die alten Spielwiesen werden jetzt also gnadenlos – völlig egal, wie die allgemeine Haushaltslage aussieht – wieder bedient.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Kindergärten sind Spielwiesen! Sehr richtig!)

Dazu gehört auch, dass Sie 12 Millionen € weniger für den Bau von Landesstraßen ausgeben wollen, aber die Mittel für den Ausbau von Radwegen an Landesstraßen um 140 % erhöhen. Das glaubt man eigentlich gar nicht, wenn man die Verkehrliche Situation in Nordrhein-Westfalen kennt und weiß, wie viele Hunderttausend Mitbürgerinnen und Mitbürger seit Jahren und Jahrzehnten darauf warten, dass endlich Umgehungsstraßen realisiert werden, die die Verstopfung und die Verpestung von Innenstädten beheben können.

Trotzdem sorgen die Grünen jetzt dafür, wie wir es schon bis 2005 erlebt haben, dass die Mittel gezielt

verknüpft werden. Die Autofahrer, die demnächst auf alten, maroden Landesstraßen im Stau stehen, haben wenigstens einen guten Ausblick auf die Baumaßnahmen neben der Landesstraße; denn dort werden dann die neuesten, modernsten und breitesten Radwege der ganzen Republik gebaut. Das ist die Verkehrspolitik der neuen Landesregierung!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, ich muss doch noch auf Ihre Initiative „TatKraft“ eingehen. Vorausschicken will ich, dass wir in Bezug darauf, wie Sie als Ministerpräsidentin Ihren Repräsentationspflichten nachkommen, keine Erbsenzählerei betreiben werden. Wir fangen auch nicht ohne Not eine Debatte über Imagekampagnen von Ministerpräsidenten an. Nach dem, was Sie vor fünf Jahren hier veranstaltet haben, müssen Sie sich aber natürlich schon gefallen lassen, dass Sie auch an den eigenen Maßstäben gemessen werden. Da sind wir uns wohl alle einig. Wer eine so harte, zum Teil ehrabschneidende Kampagne gegen die damalige Regierung gefahren hat wie Sie,

(Beifall von der FDP und von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Papkes Märchenstunde! Das darf nicht wahr sein!)

der ist auch nicht im Stadium der Unschuld, meine Damen und Herren.

Im Rahmen dieser Haushaltsdebatte will ich dann doch auf einen Punkt hinweisen. Sie haben über Tage den Eindruck verbreitet, die Regierung spare bei sich selbst. Ich habe das mit Interesse verfolgt. In einer Presseerklärung der Landesregierung hieß es: „So verzichten die Ministerpräsidentin und alle Ministerinnen und Minister auf ein Drittel ihrer Verfügungsfonds.“ Da habe ich gedacht: Alle Achtung! Das ist einmal eine Maßnahme. Die fangen mit dem Sparen bei sich selber an.

Dann ging es weiter: Die Ministerpräsidentin spart bei Konzerten. Ich zitiere: „NRW-Ministerpräsidentin ... will ... bei den Repräsentationsausgaben der Landesregierung sparen.“ Das Sommerkonzert wird gestrichen. – Das finde ich eigentlich schade. Es war eine musikalisch sehr ...

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Nicht jedes Jahr! Sie müssen schon richtig vorlesen!)

– Dann wird es eben nur alle zwei Jahre stattfinden. – Frau Ministerpräsidentin, Sie haben jedenfalls die Botschaft gesetzt, dass Sie bei den Repräsentationsausgaben sparen.

Nachdem die CDU auf die erhöhten Mittel im Haushalt der Staatskanzlei für Ihre „TatKraft“-Kampagne hingewiesen hatte, habe ich gelesen – das wollte ich zuerst gar nicht glauben –, dass Ihr Regierungssprecher darlegt, die „TatKraft“-Kampagne koste pro Tag nicht, wie von der CDU behauptet, 40.000 €,

sondern nur 20.000 €. So Ihr Regierungssprecher! Daraufhin habe ich die Einladung für Ihre „TatKraft“-Kampagne am 16. März 2011 zur Hand genommen, die ich freundlicherweise auch bekommen habe.

(Minister Ralf Jäger: Dann gehen Sie mal hin! Das lohnt sich!)

Nach Auskunft der Landesregierung sprechen wir hier also über eine Maßnahme, die den Steuerzahler 20.000 € kosten soll. Ich darf das Programm einmal vorlesen:

- 19:00 Uhr Grußwort der Oberbürgermeisterin
- 19:10 Uhr Gespräch mit Ministerpräsidentin Kraft über ihren „TatKraft“-Tag mit einem Familienberater
- Im Anschluss ist ein kleiner Empfang im Festsaal der Stadthalle Mülheim an der Ruhr vorgesehen.

Sie berichten über Ihr Gespräch mit einem Familienberater, und das kostet die Steuerzahler 20.000 €, Frau Ministerpräsidentin?

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zuerst von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Minister Ralf Jäger: Dann gehen Sie doch mal hin!)

Das scheint ja das teuerste Gespräch mit einem Familientherapeuten in der gesamten Landesgeschichte zu werden!

(Heiterkeit und Beifall von der FDP und von der CDU)

Ich habe auch vor, mir das eventuell einmal anzuschauen, wenn es terminlich passt, weil mich interessiert, wie Sie mit den knappen Mitteln der Steuerzahler angemessen umgehen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wer die Vorgängerregierung so massiv attackiert hat, wie Sie das beim Thema „Verfügungsmittel/Repräsentationsaufgaben“ über Monate gemacht haben, der muss sich, bitte schön, die Frage gefallen lassen, weshalb Ihre Sitzung mit einem Familienberater in der Stadthalle Mülheim 20.000 € kosten muss.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Peinlich!)

Das ist doch wohl eine sehr legitime Frage.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Aber Sie haben ja gleich Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen.

Zum Schluss will ich noch einmal auf die Steuererhöhungen zu sprechen kommen, die von den Vertretern der Koalition hier lautstark eingefordert worden sind – immer mit Blick auf den Bund: Die müssen endlich tätig werden!

Herr Kollege Priggen, ich war überrascht, dass Sie nichts zu Ihrer eigenen Initiative gesagt haben; denn wir haben letzte Woche mit Erstaunen zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sie urplötzlich für eine massive Erhöhung der Grunderwerbsteuer trommeln. Davon ist heute in der Debatte aber noch gar nicht die Rede gewesen.

(Zurufe von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Ja, das kommt noch. Aber das muss doch auch in die Haushaltsberatungen eingepasst werden.

Wir sind schon der Auffassung: Wenn es um die Frage der Einnahmeverbesserung geht, können sich die Vertreter der Koalitionsfraktionen nicht hierhin stellen und sagen, die Bundesregierung in Berlin müsse einmal die Steuern erhöhen. Vielmehr müssen Sie dem Parlament dann bitte auch Rechenschaft darüber ablegen, was Ihre Regierung in der Steuererhöhungspolitik plant, Frau Ministerpräsidentin. Das gehört doch in die Debatte.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das können Sie ja gleich noch nachtragen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Wir waren auch überrascht, weil der Finanzminister auf die Frage meiner Kollegin Freimuth vor wenigen Wochen noch ausdrücklich erklärt hat, die Regierung plane nicht die Erhöhung der Grunderwerbsteuer.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das steht zurzeit nicht zur Debatte!)

– Ach so. „Das steht zurzeit nicht zur Debatte“, heißt: Vier Wochen später kommt dann die Erhöhung der Steuer.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das ist eine andere Debatte! Die müssen wir noch führen!)

– Ja, ich bin noch nicht so richtig drin in der feinsinnigen Dialektik der Präsentation Ihrer Regierungspolitik.

(Beifall von der FDP)

Ich darf noch einmal Ihren Zuruf zusammenfassen, Frau Ministerpräsidentin. Wenn Ihre Regierung sagt, zurzeit steht eine Steuererhöhung nicht zur Debatte, kann das bedeuten, dass drei Wochen später die Steuererhöhung vor der Tür steht. Das ist ein klares Ergebnis dieser Debatte. Da können sich die Bürgerinnen und Bürger ja noch auf einiges gefasst machen – wie auch in anderen Bereichen.

Wir müssen und werden uns kritisch mit der geplanten Erhöhung der Wassersteuer um bis zu 67 % pro Kubikmeter auseinandersetzen. Wir werden uns auseinandersetzen mit der geplanten Erhöhung der fiktiven Hebesätze für die Grundsteuer A, die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer im GFG.

Das wird – mein Kollege Engel wird dazu nachher noch Stellung beziehen – zu einer massiven steuerlichen Mehrbelastung des Mittelstandes und der Mittelschicht in unseren Städten und Gemeinden führen, meine Damen und Herren.

Hier drücken Sie den Kommunen, die sich bisher bemüht haben, sorgsam zu wirtschaften, mit Gewalt Steuererhöhungen auf.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wenn Sie nämlich unter den fiktiven Hebesätzen bleiben, werden sie durch geringere Zuweisungen des Landes bestraft. Es ist ein Skandal, eine solche Steuererhöhungspolitik auf breiter Front durchzudrücken, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das werden wir auch nicht durchgehen lassen – genauso wenig wie diese Kiessteuer. „Rheinische Post“: Rot-Grün bedroht Kieswerke.

Ich möchte jetzt nicht noch auf das Klimaschutzgesetz eingehen. Damit werden wir uns noch intensiv zu befassen haben. Wie man hört, hat sich auch die Landesregierung noch nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigt. Vielleicht werden Sie ja, Herr Wirtschaftsminister Voigtsberger, die Öffentlichkeit in blankes Erstaunen versetzen, indem Sie beim Thema Klimaschutzgesetz den Grünen mal mutig in den Arm fallen.

Sie könnten einen richtigen Überraschungscoup landen, wenn Sie schon bei der Kabinettsbesetzung, bevor ein gemeinsamer Entwurf das Licht der Welt erblickt, deutlich machen würden, dass Sie zum ersten Mal in Ihrer Amtszeit doch für die Interessen der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu kämpfen bereit sind.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist letztlich noch nicht beratungsfähig, weil jeder weiß: Nach dem 15. März werden wir neue Vorgaben für die Haushaltspolitik aus Münster zu erwarten haben.

(Zuruf von Hans-Willi Körfges [SPD])

Aus Sicht der Parlaments wäre es auch richtig gewesen, das Urteil abzuwarten, damit wir als Haushaltsgesetzgeber – das sind wir als Parlament – Orientierungen, zukünftige Weisungen des Verfassungsgerichtes – von denen wir nicht wissen, ob sie kommen; es ist aber auch nicht auszuschließen, dass sie kommen – in die weitere Beratung mitnehmen könnten.

Die Haushaltspolitik, meine Damen und Herren, dieser Landesregierung ist ein Fass ohne Boden. Sie entbehrt jedweder Struktur, jedweder Strategie.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Dieser Landeshaushaltsentwurf 2011 ist ein weiteres Dokument des Scheiterns Ihrer Landesregierung, Frau Ministerpräsidentin. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Beuermann.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Besucher und Besucherinnen auf der Tribüne! Die Linke in Nordrhein-Westfalen steht für soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder und der Menschen in unserem Land.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen sehr hohe laufende Ausgaben und schieben große Schuldenberge vor uns her. Diese resultieren aus der verfehlten Steuersenkungspolitik auf Bundesebene, aber auch hier im Lande durch den unverantwortlichen Schuldenaufbau von Schwarz-Gelb in der vergangenen Legislaturperiode.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie haben den Schuldenstand in nur fünf Jahren um 23 Milliarden € auf insgesamt 130 Milliarden € hochgetrieben – eine wahrhaft haushaltspolitische Meisterleistung, muss ich wirklich sagen. Dafür haben Sie die Quittung vom Wähler und von den Wählerinnen bekommen.

Diese Meisterleistung, die Sie da in einer einzigen Legislaturperiode abgeliefert haben, ist vor allem auch vor einem anderen Hintergrund bemerkenswert. Sie würden lieber heute als morgen eine Schuldenbremse mit null Verschuldung hier in Nordrhein-Westfalen einführen. Und da Sie das nicht hinkriegen, versuchen Sie, über das Landesverfassungsgericht eine Schuldenbremse durch die Hintertür durchzusetzen. Ihre Wandlung vom Saulus zum Paulus ist ganz und gar nicht glaubwürdig und auch nicht an der Sache orientiert. Sie spielen hier das Unschuldslamm – heute Schuldenbremse –, gestern waren Sie noch der Schuldenmacher. Wer soll Ihnen das eigentlich abnehmen?

(Beifall von der LINKEN)

Die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen ganz gewiss nicht.

Ich will mich dem aktuellen Haushaltsentwurf zuwenden. Der nun von der SPD/Grünen-Minderheitsregierung vorgelegte Haushaltsentwurf und die Ergänzungsvorlage scheinen nicht nur Ausdruck eines bloßen Regierungswechsels zu sein. Wir erkennen

und anerkennen durchaus eine grundsätzliche politische Kurskorrektur in Richtung der Prinzipien Vorsorge und Nachhaltigkeit.

Offenbar ist mit dem Haushalt 2011 endlich einmal eine Anerkennung des Tatbestandes verbunden, dass sich Zukunftsinvestitionen in gesellschaftlich sinnvolle Projekte nicht immer innerhalb eines Kalenderjahres bzw. eines Haushaltsjahres rechnen und auch nicht immer aus der Portokasse finanzieren lassen.

Auch wenn auf den ersten Blick zunächst nur zarte Pflänzchen sichtbar sind: In diesem Punkt der Vorsorgeorientierung und Nachhaltigkeit sehen wir eine Schnittmenge mit unserer Politik, mit einer linken Politik.

Man kann einen Haushalt finanzpolitisch nicht nur kurzfristig auf Sicht fahren, sondern wir haben vor allem die Pflicht, über den Tellerrand hinauszuschauen. Man kann nicht alles gleichsam aus dem Stand finanzieren und freudig auf eine Liquiditätskasse zurückgreifen. Das ist angesichts der Steuerpolitik in ganz Deutschland nicht die finanzpolitische Realität, schon gar nicht in Nordrhein-Westfalen. Wenn wir den Staat, die Landesregierung und auch uns als Parlament insgesamt als aktiv handelnden Teil im Gesamtgefüge einer Wirtschafts- und Finanzpolitik verstehen, dann müssen wir auch die mittelfristigen Wirkungen von Ausgaben und Investitionen ins Augenmerk nehmen.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Wir als Linke verstehen darunter zum Beispiel Investitionen und Ausgaben in die Bildung der nachwachsenden Generationen und damit in Bildung für alle ohne Gebühren oder Beiträge,

(Beifall von der LINKEN)

Gebührenfreiheit von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung, in die Bereitstellung von bezahlbarem und gutem Wohnraum, in die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch eine verbesserte Finanzausstattung, in den öffentlichen Nahverkehr mit günstigen Tickets für wenig und normal verdienende Menschen sowie nicht erwerbstätige Menschen wie zum Beispiel Hartz-IV-Betroffene – wir verstehen darunter die Teilhabe aller Menschen am sozialen Leben –,

(Beifall von der LINKEN)

in eine Verbesserung der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge. Die konkreten Investitionen von heute sind im Ergebnis der gesellschaftliche Reichtum von morgen und von uns allen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir sprechen von notwendigen Ausgaben für die Zukunftsvorsorge, die sich mittelfristig selbst finanzieren wird. Hier, meine Damen und Herren, gibt es eine gemeinsame Schnittmenge mit der Minder-

heitsregierung von SPD und Grünen. Wir Linke sehen den Staat in einer aktiv handelnden Rolle, der durch Interventionen nachteilige wirtschaftliche Entwicklungen ausgleicht bzw. korrigiert.

(Beifall von der LINKEN)

Wir teilen nicht die Auffassung der neoliberalen Vertreter, die den Staat am liebsten in der Nachwächterrolle sehen wollen und ihn nur als unproduktiven Sektor und als Kostgänger der Privatwirtschaft betrachten.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke werden den gerade vorgelegten Haushaltsentwurf noch im Einzelnen zu prüfen und zu bewerten haben. Hier steht im Vordergrund, inwieweit die Einzelpläne tatsächlich dem hohen und verkündeten Anspruch einer Neuausrichtung der Politik standhalten. SPD und Grüne müssen sich an ihren eigenen Wahlversprechen messen lassen.

Bekanntermaßen haben wir dazu dezidierte Vorstellungen. Meine Damen und Herren, wir werden im Rahmen der Haushaltsberatungen sehr konkrete Projekte von unserer Seite benennen. Wir werden unsere Projektlisten inklusive Gegenfinanzierungsvorschlägen einbringen. Wir erwarten in diesem Zusammenhang von der Minderheitsregierung eine ernsthafte und seriöse Auseinandersetzung mit den Vorschlägen der Linken und werden unser Verhalten zum Haushalt 2011 schlussendlich von der Berücksichtigung unserer Vorschläge abhängig machen.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden Sie, Frau Ministerpräsidentin Kraft, beim Wort nehmen und prüfen, ob Ihren Worten auch Taten folgen.

(Armin Laschet [CDU]: Kampfansage!)

– Wir werden es sehen!

Sie, Frau Kraft, haben in der Öffentlichkeit – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin – für eine Abkehr von der Kurzfristigkeit des Denkens plädiert. Sie wollen sich den langfristigen Herausforderungen stellen. Das wollen Sie mit einer neuen Finanzpolitik bis zuweilen einer präventiven Finanz- und Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen anpacken. Da liegen wir tendenziell eher näher beieinander als auseinander; denn eine wirklich nachhaltige Finanzpolitik muss die passive und aktive Zukunftsvorsorge gleichermaßen im Auge behalten.

Entscheidend für uns Linke ist aber, ob der von Ihnen geäußerte Anspruch, Frau Ministerpräsidentin, dann auch der Wirklichkeit entspricht. Dabei kommt es nicht immer auf den letzten Euro an, der für bestimmte Maßnahmen zur Verfügung gestellt wird. Es kommt darauf an, ob mit Ihnen und Ihrer Minderheitsregierung ein tatsächlicher Politikwechsel,

der sicherlich von uns allen gewollt ist, auch glaubwürdig vollzogen werden kann und wird.

(Beifall von der LINKEN)

Dieser Politikwechsel muss für die Kinder, für die betroffenen Menschen, für die Studentinnen und Studenten, aber auch ganz konkret in Alltagssituationen erfahrbar sein. Sie müssen sich mit dem Gedanken vertraut machen, dass sich die Linke dabei mit ihren eigenständigen Vorstellungen und Vorschlägen als Korrektiv versteht und auch wiederfinden will.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte an dieser Stelle noch auf einige grundsätzliche Fragestellungen zu sprechen kommen: Die Linke steht zu ihrer finanzpolitischen Verantwortung und sieht auch im Haushalt 2011 Einsparpotenziale. Gleichzeitig lassen wir Linke uns aber die Handlungs- und Gestaltungsspielräume nicht aus der Hand nehmen. Die öffentlichen Haushalte der Länder sind generell strukturell unterfinanziert. Hier ist nur mittelfristig eine Veränderung durch eine gerechtere Steuerpolitik der Bundesregierung und eine gleichzeitige Einnahmeverbesserung auf allen Ebenen möglich.

(Beifall von der LINKEN)

In Sondereinheit auf Landesebene stehen in Nordrhein-Westfalen kaum Stellschrauben zur Verbesserung der Einnahmeseite zur Verfügung. Das sehen wir auch so. Die Linke fordert deshalb erneut dazu auf, den geltenden Grunderwerbssteuersatz von 3,5 auf 5 % anzuheben.

(Beifall von der LINKEN)

Viele andere Bundesländer haben diesen Schritt bereits vor Jahren gemacht. Durch die Anhebung wäre mit Mehreinnahmen in Höhe von mindestens 450 Millionen € in Nordrhein-Westfalen zu rechnen, die als zusätzliche Finanzmittel im Haushalt zur Verfügung stünden. Dabei müsste die im vergangenen Jahr wieder eingeführte Beteiligung der Kommunen an diesen Mehreinnahmen erhalten bleiben.

(Beifall von der LINKEN)

Ein kompletter Verbleib der zusätzlichen Einnahmen im Landeshaushalt, wie kürzlich von den Grünen ins Spiel gebracht, wird von den Linken entschieden abgelehnt.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Länder müssen zur Erfüllung ihrer Aufgaben mit ausreichender Finanzkraft ausgestattet werden. Für durchgreifende Verbesserungen auf der Einnahmeseite liegen die Entscheidungskompetenzen ausschließlich in den Händen der Bundesregierung aus CDU und FDP, die hier im Haus auch vertreten sind. Wenn dort ein Steuersenkungskonzept nach dem anderen veranaltet wird, muss man sich über die Finanzierungs-

krise der öffentlichen Haushalte nicht mehr wundern. Es gibt Berechnungen, wonach in der Dekade von 2000 bis 2010 allein durch Steuerrechtsänderungen jährlich ca. 50 Milliarden € an staatlichen Steuerausfällen zusammenkommen. So viel also zur Relevanz und Dimension der Entscheidungen auf Bundesebene.

Die zum Januar 2010 eingeführte Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen hat uns allen vor Augen geführt, wie weit CDU und FDP die Menschen in ihrem alltäglichen Leben, die zum Teil ums Überleben kämpfen, aus den Augen verloren haben und wie weit sie sich tatsächlich auch von den Realitäten in diesem Land entfernt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es muss endlich die Vermögenssteuer angepackt werden. Die Erbschafts- und Schenkungssteuer muss grundlegend novelliert werden. Bei der Einkommenssteuer muss der Spitzensteuersatz erhöht werden. Der Körperschaftssteuerumsatz ist zu erhöhen und vieles mehr. Warum wird das nicht angegangen?

(Beifall von der LINKEN)

Eine höhere Besteuerung derjenigen, die sich finanziell keine großen Sorgen machen müssen, ist nicht nur vertretbar, sondern aus Gerechtigkeitsgründen geradezu geboten. Insgesamt ließen sich damit auf einfache Weise ohne ökonomische Verwerfungen jährlich – bitte hören Sie diese Zahl – 75 Milliarden € an Mehreinnahmen erzielen, die für eine sinnvolle gesellschaftliche Verwendung eingesetzt werden könnten.

(Beifall von der LINKEN)

Die Finanzkrise, meine Damen und Herren – das wissen wir alle in diesem Haus –, ist allgegenwärtig. Warum werden Milliarden an verlorenen Finanzhilfen für Banken bereitgestellt, die von uns Bürgern und Bürgerinnen zu zahlen sind, aber warum wird keine Finanztransaktionssteuer eingeführt?

(Beifall von der LINKEN)

Warum sollen Umsätze an den Finanzmärkten nicht besteuert werden, wo doch auf alles Steuern erhoben wird, sogar, wie Sie wissen, 7 % auf Milch, eigentlich einem Grundnahrungsmittel. So wie alle anderen Wirtschaftszweige muss auch die Finanzbranche eine Mehrwertsteuer für ihre Produkte und Dienstleistungen zahlen. Man begibt sich in der Bundesregierung freiwillig und fahrlässig dieser Einnahmequelle. Das ist nicht weiter zu verantworten.

Private Schulden werden auf diese Weise vollständig sozialisiert. Wo bleibt eigentlich der Grundsatz „Wer bestellt hat, der soll auch bezahlen“? Wo bleibt das Verursacherprinzip?

(Beifall von der LINKEN)

Wer kein Eigenkapital hat, der kann auch keine Geschäfte machen. Große Luftnummern wurden in Auftrag gegeben, und die Rechnung wird der Gemeinschaft ausgestellt. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen nun das bezahlen, was sie nicht bestellt haben. Das ist genauso, als wenn Sie einmal in einem Versandhauskatalog geblättert haben, und siehe da, Sie kriegen dann die Rechnung nur fürs Gucken. Das geht nicht.

Heute in Zeiten der flächendeckenden staatlichen Banken- und Unternehmensrettungen haften die für das kapitalistische System als systemrelevant bezeichneten Akteure nicht einmal mit ihrem Eigenkapital. Die Banken – das wissen wir alle – machen wohlfeil weiter wie bisher.

Wer der Allgemeinheit finanzielle Lasten in dieser Dimension aufzwingt, ist ihr auch eine Erklärung schuldig. Warum reden eigentlich immer nur Politiker und Experten, die in der Regel für das Finanzdesaster wenig können? Warum kommen eigentlich nicht die Vertreter der notleidenden Banken in die erste Reihe und stehen Rede und Antwort? Wir veranstalten diesen Staat hier gemeinsam. Bei den Milliardensummen wäre vielleicht einmal eine kleine Aussprache am Küchentisch mehr als angebracht.

Darum fordern wir Linken auch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen und Verantwortlichkeiten in der WestLB.

(Beifall von der LINKEN)

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Niemandem in Nordrhein-Westfalen kann man erklären, dass für die immensen Verluste der WestLB und deren Bad Bank Milliarden an Finanzierungsmitteln aus dem Haushalt mobilisiert werden können, aber für die Menschen in NRW und für die Verbesserung ihrer Lebenssituationen keine oder nicht genügend Gelder zur Verfügung stehen nach dem Motto: Für die Banken ist Geld da, für die Menschen nicht.

An einer glaubwürdigen Auflösung dieses Widerspruchs zwischen der Sozialisierung der Verluste der WestLB und der Verwendung öffentlicher Gelder zugunsten von sozialer Gerechtigkeit wird sich auch die Zukunft dieser Minderheitsregierung entscheiden.

Meine Damen und Herren, wenn wir die Kritikpunkte von CDU und FDP hören, wie zum Beispiel heute Morgen im Radio, so klingen diese zusammengefasst so: Die Altpapierkarawane der Schuldenkönigin zieht weiter.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Aber, meine Damen und Herren von CDU und FDP, wie hätte denn Ihr Haushalt ausgesehen,

(Zuruf von der CDU: Das kann ich Ihnen sagen!)

den Sie diesem Haus vorgelegt hätten? Ich kann es Ihnen auch sagen – hören Sie zu! –: Faule neoliberale Privatisierungseier verpackt in weitere Schulden und Schleimspuren an das Kapital.

(Beifall von der LINKEN – Andreas Krautscheid, Armin Laschet und Karl-Josef Laumann [CDU] strecken ihre geballten Fäuste nach oben.)

– Genau so! Mann, Herr Laumann, lassen Sie uns einmal die „Internationale“ zusammen singen. Ich kann Ihnen auch den Text besorgen, wenn Sie den nicht haben.

Aber ernsthaft, meine Damen und Herren: Am 16. September 2010 habe ich Sie, Frau Kraft und Frau Löhrmann, gebeten, zum Wohle der Menschen in Nordrhein-Westfalen respektvoll und verantwortungsvoll mit dem Regierungs- und auch dem Politikwechsel umzugehen. Diese Aufforderung hat weiterhin Bestand. Ich glaube, uns allen ist klar, dass Hamburg nicht Nordrhein-Westfalen ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beuermann. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung die Ministerpräsidentin, Frau Hannelore Kraft, das Wort. Bitte schön.

**Hannelore Kraft,** Ministerpräsidentin: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war heute eine interessante Debatte. Wie üblich geht auch die Ministerpräsidentin in die zweite Runde. Ich habe dann die Gelegenheit, die letzten Beiträge zu kommentieren. Was uns Herr Laumann heute zum Besten gegeben hat, war einerseits ein bisschen überraschend, andererseits auch nicht. Ich habe nicht mitgezählt, aber die am meisten verwendeten Begriffe waren „Regierung Rüttgers“ und „Vorgängerregierung“. Ich verstehe, dass Sie vor allem und sehr gerne über die Vergangenheit reden. Es geht aber jetzt um die Zukunft unseres Landes. Die müssen wir gestalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb sollten wir auch nicht in den Auseinandersetzungen des Gestern bleiben. Wir sollten anhand der vorgelegten Haushaltsentwürfe darüber diskutieren, was das Beste für unser Land und für die Menschen in diesem Land ist. Um diese Frage geht es.

Sie haben einige Schlagworte genannt. Ich würde gerne ein bisschen mehr Sachlichkeit einkehren lassen. Sie können mich gerne mit dem Begriff „Schuldenkönigin“ bezeichnen. Die Wahrheit ist aber, wenn es um die Frage geht, wer die meisten Schulden in diesem Land macht, dann müssen Sie den Titel am nächsten Montag mit zu Ihrer Kollegin Frau Dr. Merkel nehmen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Bleiben wir bei aller Liebe bei den Tatsachen: Die Kreditfinanzierungsquote des Bundes ist schlechter als die des Landes Nordrhein-Westfalen. Die Investitionsquote des Bundes ist schlechter als die von Nordrhein-Westfalen. Eine ähnlich hohe Bindung von Personalkosten hat der Bund ebenfalls nicht. Bleiben wir also bei den Tatsachen, lieber Herr Kollege Laumann.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Lassen Sie mich eines noch zur Klarstellung sagen. Ich gehe nach den Themen vor, die Sie angesprochen haben. Sie sagen, die CDU-Fraktion wird sich erst nach dem 15. März einbringen. Sie behaupten, wir hätten angekündigt, nach dem 15. März eine Ergänzung vorzulegen. Das haben wir nicht angekündigt.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Doch!)

– An welcher Stelle haben wir das getan? Wir haben mit der heutigen Einbringung eine Ergänzung vorgelegt. Ich bin sehr froh darüber, dass wir diese Ergänzung mitdiskutieren können. Ich halte das für richtig und komme nachher noch einmal im Detail darauf zurück.

Was uns das Verfassungsgericht aufgeben wird, schauen wir uns wahrscheinlich gemeinsam erst einmal in aller Ruhe an. Niemand kann sagen, wie das Urteil aussehen wird. Aber um was es geht, wissen wir. CDU- und FDP-Fraktion sind nach Münster gegangen, weil sie der Auffassung sind, die Kreditverschuldungsgrenze wäre einzuhalten gewesen; es läge keine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mehr vor. Das ist der eine Punkt, den Sie dort angeprangert haben. Der zweite ist, das wir aus Ihrer Sicht Rücklagen aus Schulden gebildet haben. Zu beiden Punkten haben wir hier häufiger diskutiert.

Zur Kreditverfassungsgrenze kann ich Ihnen nur raten: Schauen Sie genau hin, welchen Stand Sie selbst hinterlassen haben! Das gehört zur Redlichkeit. Mir liegt ein wunderbarer Vermerk vor, der am 24. Juni vom Finanzministerium zum Verfahren und zum erreichten Verhandlungsstand bei der Haushaltsaufstellung 2011 erstellt wurde. Darin steht unter V – ich zitiere –: Im laufenden Haushaltsjahr wird die Kreditverfassungsgrenze um fast 2,875 Milliarden Euro überschritten. – Zu dem Zeitpunkt kannten Sie zugegebenerweise die Steuermehreinnahmen noch nicht. Das sind aber keine 2,5 Milliarden Euro; darüber sind wir uns einig. Jetzt kommt der entscheidende Satz: Auch im Finanzplanungszeitraum bis 2014 gibt es trotz restriktiver Annahmen für die Ausgabenentwicklung keine Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze.

(Zuruf: Hört, hört!)

– Hört, hört!



Etwas weiter heißt es: Nach Überwindung der Wirtschaftskrise wird man den Ausnahmetatbestand nicht mehr leicht heranziehen können, um die Überschreitung der Kreditverfassungsgrenze zu rechtfertigen.

Das sind die Dinge, die Sie uns hinterlassen haben. Dies ist übrigens in einer wunderbaren mittelfristigen Finanzplanung dokumentiert, die der wertere Kollege der FDP immer aus seinem Gedächtnis zu streichen versucht. Darin steht eine konstante jährliche Nettoneuverschuldung in Höhe von 6,5 Milliarden Euro, aber kein Weg, wie man die Schulden auf null bringen sollte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich komme gleich noch näher auf die Details zurück.

Lieber Herr Kollege Laumann, ich fand es schon spannend, dass Sie über Hamburg sprechen und Olaf Scholz in den Himmel loben. Sie tun das offensichtlich, ohne das Parteiprogramm gelesen zu haben. Er tut das, was wir auch tun, nämlich wirtschaftliche Kompetenz mit einer klaren Zukunftspolitik zu verbinden. Sie besteht aus der Abschaffung von Kitagebühren und einer Abschaffung von Studiengebühren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das ist der richtige Weg. Den gehen wir genauso konsequent. Dass Sie damit überdecken wollen, dass Sie dort eine krachende Niederlage erlitten haben, sei Ihnen an dieser Stelle erlaubt.

Schmunzeln musste ich aber ehrlich gesagt auch, als Sie über Ökologie geredet haben. Da bin ich ganz beim Kollegen Priggen. Da musste ich wirklich schmunzeln. Wir beide hatten den Eindruck, hier spricht jetzt der neue Naturphilosoph. Lieber Kollege Laumann, vielleicht kann daraus noch einmal ein Dokortitel werden. Das soll heutzutage relativ einfach sein. Das könnte ja sein.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Scherz beiseite!

Sie haben heute über viele Dinge geredet. Auch der Kollege der FDP hat über viele Dinge gesprochen, über die wir in den nächsten Tagen noch diskutieren, über die Abschaffung der Studiengebühren zum Beispiel. Er hat übrigens vergessen, dass die FDP im Saarland da mitgestimmt hat. Wir reden auch noch über Grunderwerbsteuer und Ähnliches. Diese Debatten werden in den nächsten Tagen folgen.

Lassen Sie uns heute doch einmal über den Haushalt reden. Von Ihnen beiden habe ich dazu relativ wenig gehört. Herr Kollege Laumann, was sagen Sie denn eigentlich? Glauben Sie, dass eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts noch vorliegt?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Nein!)

– Sie glauben das nicht? Das ist schon einmal eine Aussage.

Ich habe dazu am 19. Februar in den „Aachener Nachrichten“ die Nachricht gefunden – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –: Herr Laumann kündigte an, seine Fraktion werde bis zu diesem Zeitpunkt einen alternativen Haushaltsentwurf vorlegen – also bis zum 19. Mai –, dessen Nettokreditaufnahme die zulässige Verfassungsgrenze von etwa 4 Milliarden € nicht überschreite.

(Zustimmung von Karl-Josef Laumann [CDU])

Herr Kollege Laumann, darauf sind wir sehr gespannt!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf: Genau!)

Bleiben Sie dabei bitte nicht im Ungefähren. Sie reden so gerne über das Sparen. In der letzten Legislaturperiode ist das aber nicht so richtig gelungen. Kommen Sie doch jetzt einmal – wie es bei uns im Ruhrgebiet heißt – mit Butter bei die Fische. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, was das konkret bedeutet. Sagen Sie, welche Kürzungen jetzt vorzunehmen sind, zu denen Sie offensichtlich in den letzten fünf Jahren keinen Mut hatten. Auch das gilt es einmal festzuhalten.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Den Mut hatten Sie offensichtlich nicht.

Dann rechnen wir einmal ein bisschen. Ich muss jetzt einmal die Konzentration bemühen. Ein paar Zahlen in einer Haushaltsdebatte sind aber wahrscheinlich auch richtig und wichtig.

Wir legen jetzt einen Haushalt inklusive Ergänzung mit einer Nettoneuverschuldung in Höhe von 7,1 Milliarden Euro vor. Wenn Sie die Verfassungsgrenze erreichen wollen, müssen Sie bei 3,77 Milliarden Euro – machen wir es glatt – bei 3,8 Milliarden Euro landen. Dann könnten wir die Verfassungsgrenze einhalten. Nehmen wir von den 7,1 Milliarden Euro einmal gedanklich die 1,1 Milliarden Euro unseres Politikwechselfpakets weg, welches auf Vorbeugung, Bildung und Kinder ausgerichtet ist.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das haben wir auch gemacht!)

Ich nehme mal von den 7,1 Milliarden diese 1,1 Milliarden herunter, bleiben noch 6 Milliarden €. Allerdings hätte ich von Ihnen, Herr Kollege, dann gerne eine Aussage zu den 350 Millionen € für die Kommunen, die Sie im Antrag mitbeschlossen haben. Soll ich die drinlassen oder herausnehmen? Wollen Sie die oder wollen Sie die nicht? Oder machen Sie das hier nur als Bekenntnis bei irgendwelchen Abstimmungen im Landtag, und wenn es um Daten

und Fakten im Haushalt geht, wollen Sie nicht mehr mitmachen? Das würde ich gerne wissen. Also!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Gehen wir die Nummer mal weiter durch. Wir sind jetzt von 7,1 Milliarden gedanklich bei 6 Milliarden € angekommen. Es bleibt eine Lücke von 2,2 Milliarden €, die in 2011 zu schließen ist – übrigens von dem Zeitpunkt an, zu dem der Haushalt verabschiedet ist, von dem Sie beide ja sagen, das könnte zeitlich noch so weit hinten stattfinden. Auch das gehört zur Redlichkeit dazu.

Nehmen wir mal das weg, was gesetzlich festgelegt ist, und gucken auf das, was theoretisch flexibel möglich ist. Als erste Maßnahme müsste ich sofort einen Einstellungsstopp verhängen. Keine 2011 freiwerdende Stelle dürfte dann wiederbesetzt werden. Wir reden hier immerhin über 8.200 Stellen oder eine Einsparungssumme von rund 200 Millionen €. Das wären 5.002 Lehrerinnen und Lehrer weniger, 1.476 Polizistinnen und Polizisten weniger – ich rede über reale Zahlen; wir wissen ja, wer in Pension geht –, 820 Richter, Staatsanwälte und Justizvollzugsangestellte weniger, 738 Finanzbeamte weniger – es gibt ja einige hier im Haus, die das gerne sehen würden –,

(Heiterkeit von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und 164 Stellen weniger bei der restlichen Verwaltung. – Die Überschrift von Freitag „Junge Polizisten beginnen ihre Ausbildung“ gäbe es dann nicht mehr.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wir haben auch Polizisten eingestellt!)

Die Überalterung bei der Polizei würde fortschreiten. Wir hätten weniger Sicherheit, und wir hätten vor allem weniger Bildung.

Herr Kollege Laumann, das müssen Sie sich jetzt schon gefallen lassen. Hören Sie doch in Ruhe zu. Ich habe Ihnen auch zugehört.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Herr Laumann, was sagen Sie denn?)

Es kämen 200 Millionen € zustande, wenn ich diese 8.200 freiwerdenden Stellen in 2011 nicht mehr besetzen würde.

Wir sind uns sicher einig: Mit 200 Millionen € haben wir die Lücke von 2,2 Milliarden € noch nicht hinlänglich geschlossen. Also müssten wir auch noch an die kompletten Systeme der Landesförderprogramme heran. Das ist ja immer die schöne Politik der FDP: Förderung, Subvention, das brauchen wir alles nicht. – Das ist ja immer Ihre Linie.

2011 reden wir für diesen Bereich über ein Gesamtvolumen von 1,47 Milliarden €. Da wir nur die Hälfte des Jahres 2011 einstellen könnten, wären das knapp 730/740 Millionen €. Das hieße: offener

Ganztag 370 Millionen €, frühkindliche Bildung 240 Millionen €, Kulturbereich mit 130 Millionen €. „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wäre dann weg mit 70 Millionen €, Hochwasserschutz 40 Millionen €, Stadterneuerung 110 Millionen €, Familienbildung 20 Millionen €. – Geht das? Ich sage Ihnen: Das geht nicht!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das sagen. Denn das ist das, was die Menschen draußen und in diesem Landtag von Ihnen wissen wollen. Sie wollen wissen, wie Sie konkret auf die Kreditverfassungsgrenze kommen.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Genau!)

Ich habe gesagt „Pauschal kürzen geht nicht“, weil ich politisch der Auffassung bin, dass das nicht geht. Aber abgesehen davon bestehen ja auch Verpflichtungsermächtigungen, liegen Verträge zugrunde, sodass das kurzfristig eh alles nicht möglich wäre. Aber selbst wenn! Diese beiden großen Blöcke, Einstellungsstopp und Streichung aller Förderprogramme, bringen roundabout 1 Milliarde €. Die Lücke lag bei 2,2 Milliarden €. Es bleibt also noch etwas übrig.

Wo gehen wir dann heran? Dann gehen wir doch auch an die landesgesetzlichen Leistungen heran, lieber Kollege Papke. 1,2 Milliarden € Ersatzschulfianzierung, 1,34 Milliarden € U3-Betreuung. Oder wollen wir an den Maßregelvollzug mit 250 Millionen € oder an die die Kinder- und Jugendförderung mit 100 Millionen €? Was darf's denn sein, meine Herren?

(Zurufe)

Sie müssen Alternativen auf den Tisch legen. Sie können hier nicht einfach immer nur in Überschriften reden. Die Zeiten sind vorbei, meine Herren!

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Sie tun so, als wäre das alles morgen herstellbar. Dann reden wir mal über Daten und Fakten, über das, was im Haushalt festgelegt ist, wo man gar nicht herankommen kann.

(Zurufe)

– Ja, das ist das, wo wir sparen können. An allen diesen Positionen können wir theoretisch sparen. Wir reden hier mal Tacheles!

(Michael Aggelidis [LINKE]: Herr Laumann, warum schweigen Sie so? Sagen Sie was!)

Es gebe noch eine Möglichkeit. Die will ich nicht außer Acht lassen.

(Fortgesetzt Zurufe)

– Vielleicht kann ich irgendwann Ruhe haben. – Wir machen das hier ganz ruhig. Wir hätten noch eine

Möglichkeit. Den Hochschulpakt II zwischen Land und Bund könnten wir kündigen.

(Ministerin Svenja Schulze: Oh!)

– Ja, die Frau Wissenschaftsministerin zuckt zusammen.

(Heiterkeit)

Das brächte 2011 Einsparungen von rund 28 Millionen €, in den Folgejahren von 2012 bis 2015 allerdings 551 Millionen €. Das ist schon eine Hausnummer. Aber das Problem ist: Wenn wir das machen, gehen uns 580 Millionen € vom Bund durch die Lappen, die wir als Kofinanzierung dazubekommen würden. Im Übrigen hätten wir dann für die 90.000 zusätzlichen Studierenden, die wir in den nächsten Jahren erwarten, nicht genug Plätze. Den Aufschrei, der dann durchs Land ginge, kann ich mir gut vorstellen.

(Armin Laschet [CDU]: Was tragen Sie da eigentlich vor? – Gegenruf von der SPD: Das sind die realen Zahlen!)

– Das sind die Flexibilitäten. Herr Laschet, ich kann mir vorstellen, dass Ihnen das nicht passt, wenn es konkreter wird. Machen wir es ganz konkret!

(Zurufe von der CDU)

Unser Haushalt hat knapp 40 % Personalkosten. Oder wollen Sie auch noch kündigen?

(Armin Laschet [CDU]: Sie sind die Ministerpräsidentin!)

– Lassen Sie mich doch mal zu Ende reden. Ich war eben doch auch ganz ruhig. Ich kann verstehen, dass Sie sich aufregen, denn genau das ist jetzt Ihr Problem. Das kann ich gut verstehen.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir haben etwas über 40 % Personalkosten im Haushalt. Falls Sie den Einstieg nicht mitbekommen haben: Ich gehe jetzt im Einzelnen die Positionen durch, wo es theoretisch Möglichkeiten gäbe, aus den Ausgaben auszusteigen. Zuletzt war ich beim Hochschulpakt. Wenn die Wissenschaftsministerin jetzt nicht ganz bleich wird, dann kann ich auch noch sagen: Die Verpflichtung, die wir den Hochschulen gegenüber eingegangen sind, ist auch gerade ausgelaufen. Die könnten wir auch gleich noch aufkündigen. – Nur, um das Szenario darzustellen!

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Nein – das heißt, lieber Herr Kollege: Es kann nicht gelingen, in diesem Jahr auf die Verfassungsgrenze herunterzukommen – abgesehen davon, dass ich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht nach wie vor für gestört halte.

(Lebhafter Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ihr Fraktionsvorsitzender sagt, a) es sei nicht gestört, b) Sie wären in der Lage, mit dem Haushalt 2011 auf 3,77 Milliarden € herunterzukommen. Deshalb muss man da, glaube ich, ein bisschen in die Details hineingehen. Aber das Problem ist ja, dass Sie die Frage gar nicht beantworten wollen, woher die Einsparungen kommen sollen. Und wenn, dann müssten Sie zweitens auch die Frage beantworten, warum Sie diese Einsparungen in den letzten fünf Jahren nicht vorgenommen haben. Diese Frage müssten Sie dann auch beantworten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Das ist der Grund, warum ich Ihnen hier in aller Ruhe vorwerfe ...

(Karl-Josef Laumann [CDU]: 7 Milliarden € Schulden jetzt oder 1 Milliarde € 2008! – Gegenrufe von der SPD: Ah! – Weitere Zurufe)

– Das wird eine ganz interessante Rechnerei. Warum ich Ihnen das alles aufliste, der Vorwurf, den ich Ihnen mache: Es ist scheinheilig zu behaupten, eine Verfassungsgrenze könnte in diesem Jahr eingehalten werden. – Das ist scheinheilig. Oder Sie müssen dieses Land kaputtsparen. Und Sie werden die Frage beantworten müssen, ob Sie das wollen oder nicht. Das ist die Frage, die Sie beantworten müssen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Ich habe alles aufgelistet, was überhaupt theoretisch an Einsparungen denkbar wäre, wo wir nicht vertraglich oder gesetzlich verpflichtet sind, das können wir mal beiseite packen. Oder Einsparungen durch Personal, denn „Kündigungen“ als Stichwort habe ich in diesem Hause noch von niemandem gehört, nicht mal von der FDP.

Noch toller aber wird es dadurch, dass Sie zeitgleich auch noch in sämtlichen Anträgen, die ich in den letzten Wochen miterlebt habe, immer weitere Mehrausgaben fordern.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Richtig!)

Was habe ich da nicht alles gehört: Einzelne Straßenbauprojekte in den Wahlkreisen der wertvollen Kollegen aus der CDU-Fraktion – die FDP ist da nicht so kommunal verankert. 200 Millionen € Aufstockung der Mittel für die soziale Wohnraumförderung – lieber Herr Kollege Laumann, das ist Ihr Antrag von September 2010. 23,5 Millionen € Mehrausgaben für Ihren Antrag „Erfolgreiches Werkstattjahr weiter fortführen“.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Wo sind das denn Mehrausgaben?)

Oder nehmen wir die medizinische Fakultät in OWL unter dem Stichwort „Ärztmangel und medizinische Versorgung“ – hier reden wir über 45 Millionen €

Jahr für Jahr plus einmalig 32 Millionen €. Oder reden wir über Ihr schulpolitisches Konzept, wo für die drei teuersten Maßnahmen, die Sie darin vorgesehen haben, 22.500 Lehrer gebraucht würden, das Ganze mal 50.000 €, was round about 1 Milliarde € mehr macht. – Das ist keine Politik, das sind keine Vorgehensweisen, die Sie in irgendeiner Weise qualifizieren, in Zukunft dieses Land zu regieren, es tut mir sehr leid.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN – Zuruf von der CDU)

Worum es geht, ist, wie wir NRW nach vorne und die Schulden wirklich auf null bekommen, wie wir wirklich eine Konsolidierung schaffen. Das geht über eine oberflächliche Diskussion, wie sie hier manchmal im Stile eines Wahlkampfes geführt wird, eben weit hinaus. Da muss man schon in die Details einsteigen.

Wir wollen auch Schulden abbauen, wir werden das auch tun.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Wir haben in diesem Haushaltsentwurf immerhin 500 Millionen € an Einsparungen drin. Die habe ich von Ihnen in den letzten Haushalten in dieser Größenordnung nicht gesehen, um das mal ganz offen zu sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Um was es mir aber wirklich geht: Es ist scheinheilig, zu behaupten, es ginge. Es ist genauso scheinheilig, damit nach Münster zu marschieren. Und jetzt rede ich über den Punkt: Es wäre möglich, die Verfassungsgrenze einzuhalten.

Es ist – das habe ich beim letzten Mal deutlich dargestellt – für mich noch scheinheiliger, zu behaupten, Sie hätten für die WestLB eine Rücklage aus Schulden finanziert, da es nie Überschüsse im Haushalt gab. Aber die jetzige Regierung darf es jetzt nicht tun, auch wenn es als Vorsorge für die Lasten aus der Bad Bank gedacht ist, von denen wir wissen, dass sie auf uns zukommen. – Das ist der andere Teil.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Nein, wir müssen darüber reden, was passiert, wenn Sie damit fortfahren, in dieser Weise Politik zu machen. Was passiert dann eigentlich in diesem Land? Was passiert, wenn Sie zum Verfassungsgericht laufen? – Sie geben im Grunde die Kompetenz dieses Parlaments ab. Sie entmündigen das Parlament.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Denn die politischen Entscheidungen sollen demnächst beim Verfassungsgericht getroffen werden –

das ist es, was da gerade abläuft. Natürlich dürfen Sie dort hingehen, niemand hält Sie davon ab.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Werter Herr Kollege, bleiben Sie ganz ruhig. Ich behaupte ja nicht, Sie dürften nicht gehen. Ich sage, Sie können das tun, das ist Ihr Recht. Wir haben auch in mehreren Fällen beim Verfassungsgerichtshof geklagt.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Ich habe Ihnen eben ganz ruhig zugehört, ich wundere mich, dass Sie so aufgeregt sind. – Ich sage nicht, Sie dürften nicht zum Verfassungsgericht gehen. Ich sage nur: Seien Sie sich sehr bewusst darüber, welche Veränderungen für das Parlament und dessen Gestaltungskraft daraus erwachsen werden. Sie geben im Zweifelsfall politische Gestaltungskompetenz nach Münster ab. Das ist die Warnung, die ich an dieser Stelle aussprechen möchte. Sie müssen sich darüber im Klaren sein, wenn Sie das tun. Denn das ist keine lapidare Sache.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen möchte ich noch sagen: Sie sind nach Münster gegangen, wobei diese Klage, die Sie dort vorgebracht haben – in einem Satz zusammengefasst – inhaltlich eine Selbstanklage darstellt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von Bernd Krückel [CDU])

Mein Appell ist: Lassen Sie uns hier, in diesem Landtag, über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, wie wir wirklich zu null Schulden kommen! Denn dieser Weg war, als Sie die Regierung abgegeben haben, nun wahrlich nicht erkennbar, Stichwort „mittelfristige Finanzplanung“.

Aber auch ein anderes Stichwort will ich Ihnen nicht vorenthalten. Was hat mein Vorgänger im Amt dazu gesagt, wie er auf null Schulden kommen will? – Ich zitiere aus „DerWesten“ vom 19. August 2009, Überschrift: „Rüttgers fordert drei Prozent Wachstum“: „Um die Wirtschaft dauerhaft in Schwung zu bringen ... Die durchschnittliche Wachstumsrate von 1,5 Prozent werde auf lange Sicht nicht ausreichen, um die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen.“ – Und er will dann auf 3 % hoch.

Als studierte Ökonomin verstehe ich etwas von Wirtschaft, und ich glaube nicht daran, dass wir über die nächsten zehn Jahre durchschnittlich 3 % Wirtschaftswachstum pro Jahr haben. Das war die Hoffnungspolitik, die Sie hinterlassen haben; das war eines der Probleme.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU)

Lassen Sie uns hier über den richtigen Weg streiten. Lassen Sie uns darüber streiten, und zwar mit Daten und Fakten unterlegt: Wie kommt man auf einen Schuldenstand von null herunter? – Und da

bleibe ich bei meiner tiefsten Überzeugung: Der Weg, der eingeschlagen wurde und von unseren Vorgängerregierungen, auch Rot-Grün damals, massiv verfolgt worden ist, war nicht falsch. Aber er hat am Ende nicht zum Ziel geführt, sondern wir haben immer wieder, in jedem Jahr, neue Nettoneuverschuldung aufgetürmt.

Für einen Weg Richtung null muss man auf die Strukturen schauen. Dazu gehört eine gezielte Politik, die auf Prävention, auf Bildung, auf Kinder, auf Vorbeugung setzt, damit die horrenden Sozialausgaben, die uns auf allen politischen Ebenen die Luft abdrehen, in Zukunft gar nicht mehr in dieser Größenordnung entstehen. Das ist der richtige Weg.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Das hat zwei Effekte. Die Ausgaben werden nicht mehr in dieser Form anfallen, und die Einnahmen werden steigen. Wenn wir es schaffen, wie es Kollege Priggen dankenswerterweise ausführlicher dargestellt hat, dass wir mehr Kinder zu besseren Abschlüssen führen, haben wir ein steigendes Wirtschaftswachstum, eine steigende Wirtschaftskraft und damit auch steigende Einnahmen in diesem Land. Und die brauchen wir ganz dringend, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

Dabei reden wir nicht nur über Sozialpolitik, dabei reden wir über Wirtschaftspolitik. Denn das, was unseren Unternehmen in diesem Land am meisten Sorgen macht, ist der sich abzeichnende Fachkräftemangel. Da haben wir keine Zeit mehr, die richtigen Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das müssen wir heute tun; ansonsten versündigen wir uns an der Zukunft unserer Kinder. Lassen Sie uns hier darüber reden, ob wir gezielt in Kinder, Bildung und Vorbeugung investieren, ob wir die Zukunft stärken oder ob wir unseren Kindern die Zukunft verbauen, die soziale Spaltung vergrößern und die Kommunen flächendeckend in den Ruin treiben. Das war nämlich die Politik, die wir in diesem Land nicht fortsetzen wollten.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwege [LINKE])

Das ist die Wahl, vor der die Menschen stehen. Wenn Sie nicht damit einverstanden sind, dass ich den Haushalt im Internet mit den entsprechenden Instrumenten diskutiere, weil Sie sagen, das müssen die Menschen in diesem Land entscheiden, steht es Ihnen jederzeit frei, hier im Plenum einen entsprechenden Antrag zu stellen – jederzeit. Wenn Sie nicht mehr hier diskutieren, sondern die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen wollen, müssen Sie es sagen. Wir jedenfalls sehen dieser Auseinandersetzung sehr gelassen entgegen, weil die meisten Bürgerinnen und Bürger sehr genau wissen, dass das der richtige Weg für unser Land ist, auf Kinder, Bildung und Vorbeugung zu setzen.

(Armin Laschet [CDU]: Nein!)

Sie sehen nicht ein, dass wir Banken mit Hunderten von Milliarden retten und kein Geld mehr für Bildung da ist. Das wissen die Bürgerinnen und Bürger sehr genau.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Maßnahmen sind geeignet. Ich sage es noch einmal deutlich: Wir sind der Auffassung, dass nach wie vor eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt. Das hat der Finanzminister ausgeführt. Wir sind auch der Auffassung, dass die Maßnahmen, die wir mit diesem Haushalt in die Wege geleitet haben, zur Abwehr dieser Störung dienen.

(Zuruf von der CDU)

– Das nervt doch. Hören Sie mal zu! Ich habe doch eben auch zugehört.

(Sören Link [SPD]: Schreien ersetzt kein Argument, auch Ihres nicht!)

Ich berufe mich auf keinen Geringeren als den Sachverständigenrat, der sich in seinem Jahresgutachten 2010/2011 in Kapitel 1, Seite 5 bis 6, explizit und ausführlich für zusätzliche Investitionen in Bildung und Innovation ausspricht. Ich zitiere:

„Die Wachstumsstrategie muss darauf gerichtet sein, einem immer noch möglichen Abrutschen der deutschen Volkswirtschaft auf einen niedrigen Wachstumspfad nicht nur entgegenzuwirken, sondern – mehr noch – die Chancen auf einen höheren Wachstumspfad zu verbessern. Dies kann mit Hilfe von Zukunftsinvestitionen in Form von Bildungsanstrengungen und Innovationen bewerkstelligt werden:

Eine Bildungsoffensive muss zum einen das allgemeine Bildungsniveau in Deutschland, welches im internationalen Vergleich nur mittelmäßig abschneidet, anheben. Zum anderen besteht die Notwendigkeit, Chancengleichheit, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern, bei der Erlangung höherer Bildungsabschlüsse herzustellen. Bildungsinvestitionen sollten möglichst früh im Bildungszyklus einsetzen, beispielsweise in Form eines verpflichtenden Vorschuljahres, flächendeckender Ganztagschulen und eines flexibleren Übergangs zwischen einzelnen Bildungsabschnitten.“

(Armin Laschet [CDU]: Ja, aber nicht Beitragsfreiheit für Besserverdienende!)

„Diese Maßnahmen kommen nicht zuletzt Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zugute.“

So weit der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 2010.

(Armin Laschet [CDU]: Das macht ihr doch alles nicht!)

Das ist genau das, was wir machen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Im Gegensatz zu Ihnen haben wir ein klares Konzept. Unsere Finanzpolitik ruht auf drei Säulen.

(Lachen von der CDU)

Alle drei zusammen machen die Stabilität aus.

Erste Säule: Einnahmeverbesserung. Im Land ist das nur schwer möglich. Wir werden alles diskutieren, was an Einnahmemöglichkeiten denkbar ist. Das diskutieren wir und werden es auch weiter tun. Eines aber auch hier als klare Aussage: Wir brauchen an dieser Stelle auch den Bund. Denn es gibt eine strukturelle Unterfinanzierung nicht nur der Kommunen, sondern auch der Länder im gesamtwirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Deshalb sind wir uns auch einig – auch wenn wir das hier nicht entscheiden können und über den Bundesrat leider noch immer keine gestaltende Mehrheit haben; wir bauen auf die nächsten Landtagswahlen –, dass es sinnvoll wäre, die Einnahmen insgesamt zu erhöhen, um einen handlungsfähigen Staat garantieren zu können. Wir reden über Vermögensteuer, wir reden über die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, weil wir der Auffassung sind, dass in diesem Land starke Schultern mehr tragen können und mehr tragen müssen, und dabei bleiben wir.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Wir wissen auch, dass wir uns allein auf gute Konjunkturdaten, wie es Herr Rüttgers vorgehabt hat, nicht verlassen können. Wir brauchen strukturelle Verbesserungen auf der Einnahmeseite, ganz besonders bei den Kommunen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Folgendes einfügen, weil in Berlin gerade Hartz IV verhandelt wird. Das, was jetzt für die Kommunen dabei herauskommt – mit der Spitzabrechnung läuft es hoffentlich so, dass wir nicht in die Konnexitätsfalle laufen –, versuchen wir zum Teil gegen die Kolleginnen und Kollegen aus CDU und FDP in Berlin durchzusetzen. Wenn uns das gelingt, heißt das immer noch nicht, dass wir die Kommunen auf einen sicheren Pfad geführt haben. Wir brauchen noch mehr Unterstützung des Bundes bei den Soziallasten der Kommunen, damit wir sie in eine sichere Zukunft führen können. Auch das muss man heute deutlich sagen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Dr. Carolin Butterwegge [LINKE])

Die zweite Säule neben der Einnahmeverbesserung ist der Begriff Sparen, das ist die Aufgabenkritik, das ist die Hebung von Effizienzreserven, wie ich das immer nenne. Wir haben in diesem Haushalt einschließlich Ergänzungsvorlage 500 Millionen € Einsparungen. Wir fangen bei uns an, Herr Papke. Dass Ihnen das nicht gefällt, kann ich nachvollziehen. Aber bleiben Sie auch da ein bisschen gelassener, und machen Sie die Klappe manchmal nicht ganz so weit auf – mit Verlaub –, wenn ich das mal ganz freundschaftlich sagen darf!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Herr Kollege Papke, wenn Sie meine „TatKraft“-Termine angreifen, müssen Sie sich erst einmal schlau machen, wie das abläuft und wie das geht. Das kann ich von Ihnen erwarten. Ich lade Sie sehr gerne ein.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal eine Veranstaltung organisiert haben. Sie müssen Einladungen ausschicken, Sie müssen einen Raum mieten, Sie brauchen eine Lichtenanlage und eine Tonanlage. Denn es kommen ein paar Hundert Leute, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Das findet nämlich einen relativ guten Zuspruch; übrigens kommen auch viele Kollegen aus FDP- und CDU-Ratsfraktionen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: 20.000 €?)

Da sitzen auch viele aus Vereinen und Verbänden. Das ist ja auch der Sinn des Ganzen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 20.000 €?)

Dass Sie sich darüber ärgern, dass ich mit diesen „TatKraft“-Tagen etwas tue, was – mit Verlaub – auch Ihnen vielleicht einmal gut täte, nämlich ein bisschen an die Basis in unserem Land zu gehen,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Lachen von Ralf Witzel [FDP])

also dorthin zu gehen, wo die Menschen sind, und mit ihnen einen Arbeitstag zu durchleben und zu erleben, und dass Sie das anprangern, kann ich verstehen, weil es für Sie wahrscheinlich brandgefährlich ist, dass ich daraus natürlich immer wieder Handlungsansätze für die Politik mitnehme.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Für 20.000 €? Das sind doch Luxusveranstaltungen! – Gegenrufe von der SPD)

– Luxusveranstaltungen? Nein, Herr Kollege Papke.

(Ralf Witzel [FDP]: Für wie viel tausend Menschen denn als Besucher? – Weitere Zurufe)

– Da kommen jeweils ein paar Hundert Menschen hin. – Herr Kollege Papke, mit Luxusveranstaltungen meinen Sie wahrscheinlich die „Petersberger

Convention“ unter Ihrer Regierung, wo eine Veranstaltung 500.000 € gekostet hat.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Es sind keine opulenten Veranstaltungen. Es kommen ein paar Hundert Leute, und anschließend gibt es als Bewirtung etwas zu trinken und eine Laugenbrezel, und es wird nicht, wie bei Ihnen, zum Teil noch die Übernachtung der Gäste mitbezahlt. Wir gehen an diese Bereiche heran. Wir haben eingespart. Wir haben unsere eigenen Repräsentationsfonds gekürzt. Auf diese Idee sind Sie nicht gekommen. Sie wollten Ihre Politik immer nur vermarkten: Wenn es keine Inhalte gibt, braucht man halt bessere Überschriften. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da wir gerade bei Einsparungen sind: Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Papke – das gehört auch dazu –, haben wir nach dem Regierungswechsel keine neuen Stellen geschaffen. Auch das war bei Ihnen anders.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Wir werden diesen Weg der Einsparungen weitergehen.

Die erste Säule waren die Einnahmeverbesserungen. Die zweite Säule waren die Aufgabekritik und das Sparen. Wir haben Effizienzteams eingesetzt, die durch die einzelnen Ressorts gehen und sich sehr genau anschauen werden, welche Aufgabe wir in Zukunft nicht mehr machen werden, von welcher Aufgabe man sich trennen kann, wo sich das Land zurückziehen kann. Wir werden das aber in verantwortungsvoller Weise tun und nicht Projekte von heute auf morgen absterben lassen, sondern Brücken bauen. Deswegen geht manches nicht in 2011, sondern wird erst ab 2012 auf die Schiene gesetzt.

Die dritte Säule sind Investitionen in die Zukunft. Wir brauchen die Entlastung der Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. Für uns ist wichtig: Vorbeugen ist besser als Heilen. Das war übrigens einhellige Meinung aller Fraktionen im Abschlussbericht der Enquetekommission zur Erarbeitung von Vorschlägen für eine effektive Präventionspolitik in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2010. Die Enquetekommission hat am Ende erklärt – übrigens mit Unterschrift von uns allen im Landtag –: Präventionsprogramme rechnen sich, helfen langfristig, Geld zu sparen, und sind deutlich preiswerter als spätere Interventionen.

Hier kann man nur sagen: Die Enquetekommission hat den richtigen Weg gewiesen. Diesen Weg werden wir einschlagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dass insbesondere Investitionen in den Bildungsbereich im Zentrum stehen müssen, steht hoffentlich in

diesem Hause außer Frage. Lieber Herr Kollege Papke, manchmal sollte man dem eigenen Parteifreund zuhören. Ich zitiere Christian Lindner, der ja früher einmal in diesem Hause war, in der „Rheinischen Post“ vom 28. Januar:

„Die Zeit drängt aber, weil die Schuldenbremse bei den Ländern zum Strick werden könnte, an dem die Bildung aufgehängt wird. Die Länder haben schließlich kaum andere Einsparmöglichkeiten als bei der Bildung. Dazu darf es aber nicht kommen.“

Ich kann nur sagen: Die Schuldenbremse darf keine Bildungsbremse werden. Dafür werden wir in diesem Land sorgen.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von Gunhild Böth [LINKE])

Dass diese Politik der richtige Weg ist, um die Schulden auf null zu bringen, nämlich indem wir dafür sorgen, dass teure Reparaturausgaben nicht mehr anfallen, die Ausgaben damit sinken und gleichzeitig die Wirtschaftskraft und die Einnahmen steigen, das werden wir gerne in diesem Hause und, wenn Sie möchten, auch in einem Wahlkampf draußen mit den Bürgerinnen und Bürgern zur Debatte stellen. Ich bin mir sicher, dass dieser Weg für Nordrhein-Westfalen der richtige ist. Diesen Weg werden wir weiter beschreiten. – Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Krautscheid das Wort. Bitte schön, Herr Abgeordneter Krautscheid.

**Andreas Krautscheid (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin Kraft, sollten sich – wir wollen es ja nicht ausschließen – für irgendwelche Menschen in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Regierungsübernahme im letzten Jahr Wünsche, Hoffnungen oder Erwartungen verbunden haben, dann sind die spätestens heute Morgen bitter enttäuscht worden.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Die ersten 25 Minuten haben Sie die Rede gehalten, die wir eigentlich heute Vormittag von Ihrem Finanzminister erwartet haben:

(Beifall von der CDU und von der FDP)

viel Klein-Klein und Entschuldigungen, warum man nicht sparen kann oder will.

Ich will eine Bemerkung vorwegschicken, weil die tiefer geht als die Finanzthemen: Sie haben heute erneut – das zieht sich durch Ihre Äußerungen,

auch heute in der „Süddeutschen Zeitung“ – ein bemerkenswertes Rechtsverständnis erkennen lassen, nämlich die spürbare Larmoyanz durch die innere Abwehr gegen den Spruch aus Münster. Das ist der erkennbare Widerwille, sich von Richtern auf den verfassungsgemäßen Weg zurückverweisen zu lassen. Sie sind heute Morgen wieder hart an der Kante entlang gesegelt und haben uns davor gewarnt, unsere verfassungsmäßigen Rechte wahrzunehmen.

Frau Ministerpräsidentin, es geht nicht darum, Ihren politischen Gestaltungsspielraum einzuengen, sondern es geht darum festzustellen, dass Sie Ihren Gestaltungsspielraum in verfassungswidriger Art und Weise missbraucht haben.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Ministerin Sylvia Löhrmann: Quatsch!)

Darum geht es. Das ist unser gutes Recht.

Das ist Ihr erster eigener Haushalt. Damit ist also auch das Märchen von der Erblast ab heute beendet.

(Minister Ralf Jäger: Das hätten Sie gerne!)

Es ist schon sehr erstaunlich, was sich in den letzten sieben Monaten seit Ihrer Regierungsübernahme getan hat. Ob es Ihre Amtsführung ist, ob es die Finanzen, die Wirtschaft oder die Arbeit sind – man kann über die Regierungszeit der letzten sieben Monate eigentlich nur eine Überschrift setzen: Das Markenzeichen dieser Landesregierung heißt „rapider Vertrauensverlust“.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, Münster ist nicht nur für Ihren Finanzminister peinlich, sondern es passiert viel mehr. Es ist nämlich so, dass Ihnen in diesen Tagen quasi der geistige Überbau über Ihre Finanz- und Ihre Regierungspolitik unter den Fingern zerbröseln.

(Widerspruch von der SPD)

Wir haben in den letzten Tagen ein bemerkenswertes Wendemanöver erlebt; Zickzack kann man es nennen. Erst platzieren Sie den Marketingbegriff der sozialpolitischen Vorsorge, der letztlich nur eine Tarnkappe für fehlenden Sparwillen darstellt. Denn Sie wollen aus zwei Gründen nicht sparen: Zum einen wissen Sie ganz genau, dass Sie ohne horrend neue Schulden Ihre Wahlversprechen nicht erfüllen können. Zum Zweiten wissen Sie: Wenn Sie anfangen zu sparen, gehen Ihre Hilfstruppen auf der Linken zum Teufel.

(Alle Plätze der Abgeordneten der LINKEN sind leer. – Zuruf von der CDU: Die sind schon weg! – Heiterkeit von der CDU und von der FDP – Weitere Zurufe)

– Die sind schon auf der Flucht, jawohl.

(Bärbel Beuermann [LINKE] [auf dem Weg zu ihren Platz]: So kann man sich irren!)

Meine Damen und Herren, wir haben das Lied heute Morgen wieder gehört. Sie haben 20 Minuten lang begründet, warum Sie nicht sparen können. Sie haben eigentlich gesagt, dass Sie nicht sparen wollen.

In den letzten Tagen passierte Folgendes: Nach Münster stellt sich in den Interviews immer drängender die Frage nach dem Sparwillen. Dann haben Sie wohl gedacht, ich muss irgendwie die Ecke flankieren und abpuffern, und dann haben Sie mitgeteilt, Sie wollten jetzt doch ein bisschen sparen, einige Dinge für die Galerie. Und dann haben Sie einige Dinge ins Feld geführt, die ich gegenüber dem Parlament nur als Volksverdummung und als Unverschämtheit bezeichnen kann.

(Beifall von der CDU)

Ich nehme ein Beispiel aus dem Interview im „Spiegel“ vom 7. Februar 2011, in dem Sie nach Ihren Sparanstrengungen gefragt werden. Da teilen Sie mit, dass Sie zum Beispiel beim digitalen Polizeifunk 60 Millionen € einsparen könnten. Jetzt legen Sie uns einen Haushalt auf den Tisch, in dem wir statt 60 Millionen € noch 30 Millionen € finden. Und dabei steht die Bemerkung: „wegen verzögertem Mittelabfluss“.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, so sehen Sparbemühungen aus: Sie geben das Geld nur später aus. Das ist Volksverdummung, die Sie betreiben.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und von der FDP)

Das führt zu dem massiven Vertrauensverlust, den Ihre Regierung zu konstatieren hat und der sich durch viele Themen zieht. Ich kann verstehen, dass man nach sieben Monaten – vor allen Dingen, wenn man so unerwartet ins Amt gekommen ist wie Sie –

(Heiterkeit von der CDU)

seinen Stil noch nicht richtig gefunden hat.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft verlässt die Regierungsbank. – Dr. Jens Petersen [CDU]: Angenehmen Feierabend! – Weitere Zurufe)

Es ist doch normal, dass eine Regierung erst ihren Repräsentationsstil und die Art ihres Außenauftritts finden muss.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie haben die Macht verloren, bevor Sie das gefunden haben! – Weitere Zurufe)

– Herr Körfges, wenn Sie dazwischenrufen, will ich Ihnen ein Beispiel aus einem Bereich nennen, der mir sehr wichtig ist. Man könnte sagen, es handele



sich um eine Petitesse, aber daran zeigt sich der fehlende Stil dieser Landesregierung.

(Minister Ralf Jäger: Fehlender Stil? Bei uns?)

Auf der Berlinale war Sonntagabend einer der Top-abende. Zum ersten Mal seit vielen Jahren hatte dort ein nordrhein-westfälischer Film Premiere: Pina Bausch – eine großartige Hommage an eine nordrhein-westfälische Künstlerin von Wim Wenders.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: „Pina“ heißt er!)

Der Bundespräsident war im Saal bei der Premiere. Die Bundeskanzlerin war im Saal bei der Premiere. Und Frau Kraft war beim Abendessen in der Landesvertretung. Das ist stilllos. Das ist eine verschenkte Chance für das Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich habe wahrlich – Herr Körfges, wir beide haben uns oft darüber unterhalten – schöne Stunden zum Thema Imagekampagne in diesem Saal, wenn auch auf einer anderen Bank, verbracht. Deswegen weiß ich, dass das oft ein schmaler Grat ist. Frau Kraft, Sie haben eben die Petersberg-Konferenzen angesprochen.

Dazu sage ich Ihnen Folgendes, weil es mich traurig macht: Man kann über die Themen und die Schwerpunkte, die eine Regierung setzt, immer streiten. Uns war das Thema Benelux wichtig. Deswegen haben wir Konferenzen veranstaltet. Nehmen Sie es bitte zur Kenntnis: weil es wichtig für Nordrhein-Westfalen war. Das Ergebnis dieser jahrelangen Bemühungen und auch von diesen Konferenzen war, dass die Regierungschefs von den Niederlanden, von Belgien und von Luxemburg auf den Petersberg gekommen sind, um Nordrhein-Westfalen in den neuen Beneluxvertrag als Partner aufzunehmen. Das ist ein außenpolitischer Erfolg.

(Minister Guntram Schneider: Stimmt nicht!)

Bitte nehmen Sie diesen Ball auf! Wir wären froh, wenn Sie daran weiterarbeiten würden und dieses Feld nicht so brach liegen ließen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Krautscheid, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche.

(Andreas Krautscheid [CDU] winkt ab.)

– Keine Zwischenfragen.

**Andreas Krautscheid (CDU):** Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der persönliche Repräsentation und Stil angeht, was auch mir viele schöne Stunden in diesem Raum beschert hat. Ich sage noch einmal: Man kann darüber diskutieren. Aber ich finde, man sollte das Parlament dabei nicht an

der Nase herumführen. Ich rede von der eben von Frau Kraft verteidigten „TatKraft“.

(Minister Ralf Jäger: Ei, ei, ei!)

– Herr Jäger, ich habe mit großer innerer ...

(Minister Ralf Jäger: Unglaublich! Jetzt sind wir aber auf einem Niveau! Das kann ich nicht nachvollziehen!)

– Ich sage Ihnen gleich, warum ich das erwähne. Mir geht es nicht um das Geld, sondern um die Einstellung dahinter. – Herr Jäger, ich habe mit großer innerer Bewegung in einer unserer großen Regionalzeitungen gelesen, dass Frau Kraft am letzten oder vorletzten „TatKraft“-Tag in einer Arztpraxis selbst ein Pflaster aufgeklebt hat.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zurufe von der CDU und von der FDP: Ui! – Weitere Zurufe)

Das hat mich sehr berührt. – Man kann darüber nachdenken, ob es schlechter Stil ist, eine Parteikampagne übergangslos mit Steuergeldern weiterzufinanzieren.

(Minister Ralf Jäger: Ach Gott! – Weitere Zurufe)

Aber, Frau Kraft, eines akzeptiere ich nicht, und das ist Ihre Begründung.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)**

Da führen Sie uns – vorsichtig ausgedrückt – an der Nase herum. Sie sagen, Sie bräuchten die 20.000 € pro Tag, um die Bürgerkontakte herzustellen.

(Zustimmung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Nein, die 20.000 € brauchen Sie, um abends eine Veranstaltung zu machen, auf der Sie der interessierten Öffentlichkeit darüber berichten, wie es in der Arztpraxis war.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Ach, Quatsch!)

Die Wahrnehmung von Bürgerkontakten, die Wahrnehmung von Arbeitnehmerwirklichkeit in diesem Land ist ein selbstverständlicher Teil Ihres gut bezahlten Jobs.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Dafür brauchen Sie keine 20.000 €!

(Minister Ralf Jäger: Ihre Häppchenkongresse mit Sekt waren teurer! Das ist stilllos, Herr Krautscheid!)

Dieser Vertrauensverlust zieht sich durch alle Ressorts. Wir haben heute Morgen ein gutes Beispiel gehabt. Herr Walter-Borjans, ich weiß, dass Sie verdammt viele schwierige Baustellen haben. Davor habe ich auch Respekt. Man muss es nicht gut ge-

funden haben; aber wenn Helmut Linssen den Haushalt eingebracht hat, hat er nicht wie Sie heute Morgen wie ein deprimierter Buchhalter geklungen.

(Lachen von der CDU – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist unverschämt!)

Das war anders.

(Beifall von der CDU)

Es war eine politische Linie erkennbar. Ich finde bei aller Wertschätzung, man spürt Ihnen immer noch an, dass Sie diesen Job eigentlich nicht wollten, sondern dass Sie etwas anderes eigentlich lieber gemacht hätten.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Sie mussten den Job übernehmen, weil sich kein anderer gefunden hat.

(Lachen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft – Minister Ralf Jäger: Sie haben doch Phantomschmerzen, Herr Krautscheid!)

Ich finde, man merkt Ihnen sympathischerweise gelegentlich an, dass Sie sich bei dieser Schuldenorgie persönlich unwohl fühlen. Man merkt Ihren Reden hier im Parlament wirklich an, dass Sie das eigentlich nicht schätzen.

(Beifall von der CDU)

Deswegen habe ich eine Bitte, die ernst gemeint ist, weil ich Sie persönlich schätze:

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Er soll zu Ihrer Partei übertreten!)

– Sie wissen, dass ich da genau trenne.

Wenn wir uns ihre Vorgänger im Amt anschauen – ob Sie Diether Posser, Herrn Schleußer und auch Helmut Linssen nehmen –, da waren sicher auch Schlitzohren dabei. Aber die Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen genossen bundesweit immer Respekt. Und ich möchte nicht, dass in nächster Zeit der Finanzminister unseres Bundeslandes bundesweit als Lachnummer gilt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich habe eine Bitte: Wir haben heute Mittag über Agenturmeldung aus Berlin gehört, dass der Bundesfinanzminister angedeutet hat, dass durch weiter erhöhte Steuereinnahmen die Neuverschuldung unter Umständen weiter gesenkt werden kann. Wissen Sie mehr für Nordrhein-Westfalen, als wir heute Morgen gehört haben?

(Zuruf von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

Man muss ja nachfragen, wie der Schuldenstand und die Planung gerade sind. Wenn es so ist, dass Sie Anzeichen dafür haben, dass es noch besser läuft, als Sie geplant haben, also mehr reinkommt, sagen Sie es diesem Parlament bald

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Das haben wir doch mit der Ergänzungsvorlage gemacht!)

und vergessen Sie nicht, in Münster anzurufen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Dieser Vertrauensverlust zieht sich in den sieben Monaten quer durch alle Ressorts. Wir haben einen Kommunalminister, der die kommunalen Kollegen in den Wahnsinn treibt, indem er Sie einen Tag vor Heiligabend mit einer völlig neuen und für sie katastrophalen Finanzplanung versorgt.

(Minister Ralf Jäger: Wir haben nur die Daten aktualisiert!)

– Bei euch nennt man das Datenaktualisierung.

(Lachen von der CDU)

Reden Sie mal mit den Kämmerern, Herr Jäger. Die sehen das etwas anders.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wie gesagt: Sie sind dabei, Ihr Vertrauen zu zerstören.

(Minister Ralf Jäger: Sie haben sich nicht getraut! Ihr habt das verpennt!)

Das gilt mit Verlaub zum Beispiel auch für das Ressort Wirtschaft des Kollegen Voigtsberger. Für die Theaterfreunde: Das erinnert mich zunehmend an „Warten auf Godot“. Er ist immer unterwegs, kommt aber nie an.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

Man hat dem armen Mann aus koalitionspolitischen Eitelkeiten heraus ein Monsterressort gebastelt. Er kümmert sich um alles, nur nicht ordentlich um die Wirtschaft. Reden Sie mal mit Industrie- und Handelskammern, mit den Handwerkern, mit den Familienunternehmen. Da kommt ein katastrophales Echo auf die Führung dieses Hauses zurück. Der Mann macht seine Termine nach dem Motto: Ich komme ein bisschen später, dafür gehe ich etwas früher.

(Lachen von der CDU)

So ungefähr muss man sich dann auch die Kommunikationsstörungen zwischen Wirtschaft und Regierung in Nordrhein-Westfalen vorstellen. Herr Wirtschaftsminister, ändern Sie Ihre Amtsführung, sonst schaden Sie dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Widerspruch von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich nenne nur einzelne Beispiele aus den letzten Wochen für den Vertrauensverlust auf ganzer Linie. Nehmen wir den verehrten Kollegen Schneider.

Lieber Herr Minister, Sie sind wirklich ein netter Mensch.

(Lachen von der CDU – Minister Guntram Schneider: Wir sind nur nette Menschen, Herr Krautscheid!)

Bei Ihnen bewahrheitet sich wieder die alte Erkenntnis: Minister werden ist nicht schwer, Minister sein dagegen sehr.

(Lachen von der CDU – Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

Wir wissen, dass Sie sich eine Belohnung dafür verdient hatten, die Gewerkschaften im Wahlkampf bei der Stange zu halten. Ich finde es auch amüsant zu lesen, dass Sie beim heimlichen Rauchen auf der Behördentoilette erwischt worden sind.

(Lachen von der CDU – Minister Guntram Schneider: Ach du lieber Gott!)

Jeder blamiert sich so gut, wie er kann. Aber als Fazit von sieben Monaten Amtsführung bei Ihnen kann ich eigentlich nur Folgendes sagen – das muss man ehrlich konstatieren –: 1. Mai kann der Mann super. Sein Problem sind nur die anderen 364 Tage im Jahr.

(Lachen und Beifall von der CDU und von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was haben wir heute Morgen erlebt? Einen Haushalt, der schon Altpapier ist, einen Überbau, der massiv bröseln und keine Ideen erkennen lässt. Man missachtet Hinweise des obersten Gerichts, man täuscht mit Marketingtricks über fehlenden Sparwillen hinweg, die Häuser werden schlecht geführt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Welche Häuser?)

Meine Damen und Herren, die Zeit ist längst vorbei, sich auf Startschwierigkeiten berufen zu können.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft begibt sich von ihrem Platz zum Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion Norbert Römer.)

– Jetzt organisiert die Ministerpräsidentin gerade eine Gegenrede. Darauf freue ich mich auch schon.

(Lachen von der CDU – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nicht von sich auf andere schließen!)

Dieser Landesregierung hat die Presse im Herbst attestiert, sie hätte schwach angefangen. Heute kann man sagen: Sie hat danach stark nachgelassen.

(Lachen von der CDU)

Unter dem Strich kann man leider sagen: Diese Landesregierung wird in schwieriger Zeit ihrer Aufgabe nicht gerecht. Der beste Beweis dafür ist dieser Haushalt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, da das meine letzte Rede in diesem Parlament ist

(Zurufe von der SPD: Oh! – Minister Ralf Jäger: Das sind Reden, die ich nicht vermissen werde!)

– ich nehme Ihre Enttäuschung als Kompliment; Sie werden das verstehen –,

(Beifall von der CDU)

will ich noch etwas sagen: Bei all denen, denen ich bei diesen Raufereien, die ich sehr geschätzt habe, versehentlich zu feste auf die Füße gestiegen bin, entschuldige ich mich. All diejenigen, denen ich absichtlich feste auf die Füße gestiegen bin, bitte ich um Verständnis. Das gehört aus meiner Sicht dazu.

(Britta Altenkamp [SPD]: Immer wieder gerne!)

Ich habe vielen zu danken, die trotz aller Auseinandersetzungen hier nachher immer noch in der Lage waren, gemeinsam mit mir in der Landtagskantine zu Mittag zu essen. So soll es sein.

Ich wünsche mir für das Parlament, das ich wirklich sehr schätzen gelernt habe, dass es lebendig bleibt und dass es gute Debatten führt. Ich wünsche viel Glück. Ihr werdet es euch noch verdienen müssen, und die werden es brauchen. – Danke schön.

(Langanhaltender Beifall von der CDU und von der FDP – Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke schön, Herr Krautscheid. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Körfges.

**Hans-Willi Körfges (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Krautscheid, wir Rheinländer müssen zusammenhalten: Ich weiß, in welcher Jahreszeit Sie Ihre angeblichen Ausführungen zum Haushalt gehalten haben. Das war jahreszeitlich angemessen und zeigt, dass Sie sicherlich, was das Unterhaltungsniveau angeht, eine gewisse Qualität haben, beweist allerdings auch eins, und zwar sehr deutlich: Sie wollten nicht zum Haushalt reden – das haben Sie gut gemacht –, denn davon haben Sie keine Ahnung, sehr geehrter Herr Krautscheid.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Darüber hinaus will ich noch auf ein paar andere Dinge, die angesprochen worden sind, eingehen. Herr Krautscheid hat zumindest – das will ich ihm nicht nehmen – versucht, im Ansatz mal andere Politikfelder zu streifen nach dem Motto: Wenn wir uns

mit dem Haushalt schon ein bisschen schwertun, dann reden wir mal über das eine oder andere.

Mich hätte gefreut, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir uns an dieser Stelle zum Beispiel hätten unterhalten können über das, was die Regierung und die sie tragenden Fraktionen im Bereich des Kommunalwirtschaftsrechts auf den Weg gebracht haben – da haben wir nicht nur Dinge in Ordnung gebracht, da haben wir ganz aktiv für unsere Kommunen etwas gemacht –, oder aber über das LPVG; ich bin sehr dankbar, dass Signale auch aus Richtung der CDU kommen, dass da viele Ansätze gesehen werden.

Sie haben es vorgezogen, sich in Dingen zu ergeben, die ich für ausgesprochen schwierig halte. Über die Petersberger Veranstaltungen und den Kostenaufwand ist etwas gesagt worden. Wir haben zu unseren Oppositionszeiten immer etwas zu Repräsentationsaufwendungen gesagt. Ich kann nur ausführen: Die Ministerpräsidentin hat an der Stelle vorbildlicher Weise Zeichen gesetzt, und anders als Sie in Ihrer Regierungszeit hat diese Regierung da gespart und macht jetzt so etwas wie „TatKraft“.

Dass der Kollege Papke davon keine Ahnung hat, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann ich nachvollziehen. Da geht es um Arbeit, und dafür scheint er kein Spezialist zu sein.

(Beifall von der SPD)

Darüber hinaus geht es darum, die Nähe zu den arbeitenden Menschen in unserem Land nicht nur zu imitieren, wie Sie das immer versucht haben, sondern für einen gewissen Zeitraum durch Übernahme von Tätigkeiten auf Augenhöhe dann auch die notwendigen Erkenntnisse mit in den politischen Alltag zu nehmen, die wir brauchen, um eine vernünftige Politik zu machen. Das ist eine Veranstaltung, die viele Kolleginnen und Kollegen aus meiner Fraktion auch regelmäßig machen. Vieles von dem, was wir da erfahren, gerade bezogen auf Dinge, die im Haushalt eine Rolle spielen, bezogen auf Bildung, bezogen auf Pflege, bezogen auf Betreuung, haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, offensichtlich nicht erfahren dürfen, weil Sie so etwas nicht machen.

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

Ich kann nur sagen: Es wäre für Sie hilfreich, sich auch einmal an die Basis zu begeben und auch einmal mit den Menschen, die von unserer Politik betroffen sind, auf Augenhöhe zu reden und nicht immer nur von hier oben, von dem erhöhten Podest aus.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist das denn?)

Darüber hinaus will ich an der Stelle zum Haushalt ein paar Dinge sagen, die mir aufgefallen sind, zum Beispiel die vehemente Diskussion über die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die bis jetzt stattgefunden hat. Wir mussten Sie quasi zu

einer Aussage quälen. Das ist von hier vorne passiert. Herr Laumann hat ein ebenso unbestimmtes wie klar zu vernehmendes Nein, ein „Nee, geht wohl nicht; Störung liegt nicht vor“ hier vorgebracht.

Meine Damen und Herren, wenn das die Form von Finanzpolitik ist, mit der Sie dann unter Umständen auch weiteres juristisches Vorgehen begründen wollen, dann ist das ein bisschen zu leicht, dann ist das ein bisschen zu einfach. Wir haben unbestritten eine Störung der gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtssituation im Jahr 2010. Im Prinzip kann das jeder, der lesen kann und auch den Diskussionen in unterschiedlichen Parlamenten gefolgt ist, begründen, und das ist begründet worden.

Diese Störungslage ist trotz sich abzeichnender deutlicher konjunktureller Belebung noch nicht behoben. Wenn Sie 5,4 % Wirtschaftswachstum im Jahre 2009 einbüßen, dann wieder auf „drei Komma und ein bisschen“ kommen, dann heißt das – da hilft auch ein wenig die einfache Mathematik – noch lange nicht, dass die Störung wieder beigelegt ist. Im Gegenteil: Es gibt deutliche Indizien dafür, dass die Störungslage nach wie vor besteht. Da bitte ich zum Beispiel bei den Steuereinnahmen und auch bei dem, was Sie uns hinterlassen haben, doch einmal genau hinzuschauen.

Lassen Sie mich jetzt einfach mal ein bisschen Revue passieren, was in fünf Jahren schwarz-gelber Regierungsverantwortung hier bezogen auf die Entwicklung des Schuldenstands stattgefunden hat. Sie haben übernommen – da will ich mich mit Ihnen jetzt wirklich nicht um kleine Millionenbeträge streiten, obwohl wir es alle zusammen nötig hätten, uns gerade um die kleineren Beträge zu kümmern – bei round about 106,5 Millionen €, Sie haben hinterlassen, obwohl Sie die steuerstärksten Jahre in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen in dieser Regierungszeit hatten, einen Schuldenstand von 130 Millionen € – und das, meine Damen und Herren, bei Voraussetzungen, wie es keine andere Regierung, besonders nicht die Regierung, der Sie gefolgt sind, gehabt hat.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Dann hinterlassen Sie uns eine mittelfristige Finanzplanung – und es grenzt beinahe an Unverschämtheit, was hier eben erzählt worden ist; der von Ihnen so respektierte und auch mit Ehrentiteln belegte ehemalige Finanzminister selbst hat das schwarz auf weiß hinterlassen, nach der Sie auf Dauer die Schuldengrenze der Verfassung nicht werden erreichen können. Sie sind immer oberhalb von 6 Milliarden € in den Prognosen von Helmut Linssen geblieben.

Wissen Sie, was Herr Linssen gemacht hat? Ganz spannend; dazu rate ich nicht vor Verfassungsgerichten. Der hat sich dann irgendwann im Jahr 2007 überlegt: Mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – damals war es ein größeres

Problem, das zu erklären – klappt das nicht. Dann haben wir die Figur der objektiven Unmöglichkeit – Herr Kollege Weisbrich verbreitet sich darüber gern mal – von einem Wissenschaftler kennengelernt nach dem Motto: Wir versuchen erst gar nicht, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hier in Erwägung zu ziehen, wir versuchen auch nicht, die Schuldengrenze einzuhalten, wir erfinden mal eine neue, juristisch bis dahin noch nicht akzeptierte Figur, nämlich die Figur der objektiven Unmöglichkeit.

Meine Damen und Herren, das ist nicht vorbildlich. Das verdient keinerlei Respekt. Das war einfach eine sehr plumpe Art und Weise, sich seinerzeit an einer Problematik unseres Haushalts vorbeizudrücken.

Sie deuten an, Sie wollten wieder Verfassungsgerichte anrufen. Das ist Ihr gutes Recht. Das haben wir gemacht. Das können Sie sicherlich wieder machen. Nur, lassen Sie sich vielleicht ein paar Dinge mit auf den Weg geben: Wenn Sie allen Ernstes behaupten, dass Sie 2,2 Milliarden € aus dem Haushalt zusätzlich einsparen können, hier aber nicht die Spur, nicht den Hauch einer Andeutung machen, wie das bitte konkret gehen soll, verbessert das nach meiner Ansicht nicht Ihre Chancen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einer gerichtlichen Prüfung standhalten zu können.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kenne es selber: Wir haben gegen die Vorgänger-Landesregierung eine ganze Reihe von Verfahren mitgetragen und zum Teil auch angestrengt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Kann man dabei eine Erfolgsgeschichte mitnehmen, baut einen das ein bisschen auf. Aber, bitte, vertun Sie sich nicht. Das hat nichts mit fehlendem Respekt vor dem Gericht zu tun, sondern mit unserem Job: Prozesshanserei, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist kein Politik-Ersatz. Und wer Realitätsverweigerung betreibt, hat keine Haltung, sondern befindet sich in einem Zustand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Von daher sind Sie in haushaltsrechtlichen Fragen erst dann wieder satisfaktionsfähig ... Herr Laumann hat sich schon verzogen, das würde ich an seiner Stelle auch tun; vielleicht sucht der die 2,2 Milliarden € Einsparmöglichkeiten irgendwo, die er uns versprochen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie kommen uns mit einem Betrag von 2,2 Milliarden €, den Sie aus dem Haushaltsentwurf der Landesregierung zusätzlich zu den von Ihnen kritisierten 1,1 Milliarden € sparen wollen. Wenn Sie damit um die Ecke kommen, müssen Sie wirklich ein paar Andeutungen machen. Ich verlange keinen Alternativhaushalt. In Regierungsverantwortung haben Sie „Haushalt“ nicht gekonnt. Ich glaube, das wird in der Opposition auch nicht besser. Wenn Sie aber hingehen und

uns jede Andeutung schuldig bleiben, wie Sie das, bitte, machen wollen, kann ich nur sagen: Das ist womöglich auch respektloser Umgang, und zwar mit den Kolleginnen und Kollegen hier.

Wir haben Respekt vor der Aufgabe, die wir übernommen haben. Das gebietet dann natürlich auch, dass man mit den Ressourcen, die einem zur Verfügung gestellt sind, sorgsam umgeht. Bezogen auf das, was wir uns vorgenommen haben, ist das tatsächlich von einer neuen Denke geprägt. Die Art und Weise, wie Sie das bekämpfen, zeigt, worum es Ihnen geht: Das, was Sie als Privat-vor-Staat-Doktrin vor sich hergetragen haben, war für unser Land keine Medizin, sondern das war auch für den Haushalt unseres Landes das reine Gift, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das haben die Bürgerinnen und Bürger gemerkt. Sie haben die Auswirkungen dieser Politik zu spüren bekommen. Vor allen Dingen unserer Kommunen haben gesehen, was sie von „Privat vor Staat“ hatten; denn Ihre angeblichen Einsparerfolge sind eine ganz plumpe Art von Verschieberei von Lasten und Verantwortung auf andere ohne gleichzeitigen Kostenausgleich gewesen.

Eben ist hier von „Konnexität“ die Rede gewesen. Verfolgen Sie einmal, welche Stellen Sie angeblich eingespart haben, werden Sie feststellen, dass ganz viele dieser Stellen nicht mehr beim Land geführt werden. Die liegen jetzt bei den Kommunen. Auch die Aufgaben liegen bei den Kommunen. Nur haben Sie leider an der falschen Stelle gespart, nämlich dann, wenn es darum ging, den Aufgaben und dem Personal gegebenenfalls auch die nötigen Finanzmittel folgen zu lassen. Auf die Art und Weise spart man nicht ein, sondern auf die Art und Weise belastet man die Kommunen, die Teil unserer Landesverantwortung sind, zusätzlich.

Ein weiteres Beispiel: Enthält man den Kommunen 300 Millionen € vor, ist das zwar sparsame Politik, erhöht aber das strukturelle Defizit bei den Kommunen. Wir haben auf Grundlage eines Antrags der lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU eine spannende und interessante Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gehabt. Dort hat sich tatsächlich ergeben, dass alle Sachverständigen das strukturelle Defizit unseres Landeshaushalts rund und roh bei 5 Milliarden € gesehen haben. Bezogen auf die Aufgaben, die wir haben, bedeutet das: Es fehlen 5 Milliarden € pro Jahr.

Das strukturelle Defizit unserer Kommunen – der Herr Innen- und Kommunalminister könnte es Ihnen genau vorrechnen – liegt bei über 2,4 Milliarden €. Das heißt: Land und Kommunen befinden sich in einer Schicksalsgemeinschaft Seite an Seite. Das, was Sie mit Ihrer Finanzpolitik versucht haben, war, sich auf Kosten der Kommunen einen schlanken Fuß zu machen. Das mit dem schlanken Fuß hat nicht geklappt, aber den Kommunen haben Sie richtig geschadet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Was wir jetzt im Haushalt angehen, soll dazu beitragen, mittel- und langfristig tatsächlich Entlastungswirkungen zu spüren, und zwar auch in unserem Haushalt.

Wie gesagt: Ich kann es gerade vonseiten der FDP verstehen, dass der Ansatz des vorsorgenden Sozialstaats von Ihnen hier verunglimpft wird, weil die große Gefahr besteht, dass das funktioniert. Und wenn das funktioniert, ist Ihre neoliberale Denke beweiskräftig ad absurdum geführt.

Eins ist doch klar: Das, was Sie in den letzten Jahren exerziert haben, hat dazu geführt, dass die Strukturen in unserem Lande gelitten haben, hat aber nicht dazu geführt, dass das strukturelle Defizit auch nur annähernd gesunken wäre. Ganz im Gegenteil! Ich will die Nummer mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nicht noch einmal auskosten. Nur, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das, was wir an Mehraufwendungen für die Zukunft verlangen und auf den Weg bringen wollen, kostet exakt – Sie können es im Haushalt nachlesen – 1,1 Milliarden €.

Das, was Sie Hoteliers und reichen Erben hinterhergeworfen haben, summiert sich bezogen auf die Wirkungen in Nordrhein-Westfalen auf einen Betrag, der auch über 1 Milliarde € liegt. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir fördern lieber Chancengleichheit, junge Talente, Intelligenz in unserem Land, ehe dass wir das Geld zur Unzeit dann als Fördermaßnahme für Leute rausschmeißen, die es nicht nötig haben.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Da befinden wir uns an einer ganz wichtigen Stelle. Hier bekenne ich mich auch eindeutig zu unserer Mitverantwortung als der die Landesregierung mittragenden SPD-Fraktion. Ich glaube – das hat auch die Expertenanhörung ergeben –, dass die Sparpotenziale insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Pensionslasten und von allein durch Tarifierhöhungen steigenden Personalaufwendungen beschränkt sind. Sie sind im Haushalt zwar gegeben. Man kann aber nicht einfach mit der großen Kelle kommen und mal eben 2,2 Milliarden € abschöpfen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielmehr muss man sich der Mühe unterwerfen – Frau Prof. Dr. Färber hat es bei der Anhörung sehr schön auf den Punkt gebracht –, sich in jedem Fachausschuss und jedem Fachressort wirklich auch die kleinen Dinge genau anzugucken; denn so große Brocken sind nicht wegzusparen.

Wie bekommen wir das strukturelle Defizit tatsächlich gesenkt? Ich kann Ihnen zwei Dinge sagen. Zum einen wird diese Landesregierung – deshalb ist es für Nordrhein-Westfalen ein echter Gewinn, dass es zum Regierungswechsel gekommen ist – Steuergeschenken an Privilegierte nicht mehr zustimmen. Damit haben Sie im Bundesrat keine Chance. Das heißt aber nur, Schlimmeres zu verhindern. Wenn wir auf Dauer zu einem Ausgleich in un-

seren Haushalten kommen wollen, müssen wir uns deshalb zum anderen auch die Einnahmenseite sowohl hier in Nordrhein-Westfalen – bei aller Begehrtheit der Möglichkeiten – als auch gerade in Berlin anschauen.

Nachhaltige Finanzpolitik macht auch bezogen auf Prävention Sinn, finde ich. Wenn wir in junge Menschen investieren, vermeiden wir soziale Reparaturkosten und erhöhen gleichzeitig die Chance, dass diese jungen Menschen durch eine gute Ausbildung irgendwann auch zu guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern werden. Sie werden dann sicherlich mit Freude ihren Teil an den Verpflichtungen für die Allgemeinheit tragen.

Sie machen es umgekehrt. Sie verschleudern zugunsten Weniger das Geld der Allgemeinheit und machen dann mit Steuersenkungen Politik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Ausbau der U3-Betreuung. Wir wollen Qualität und Beitragsfreiheit für die Kitas.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] erhebt sich, geht in Richtung Ausgang und nimmt in der hintersten Reihe der FDP-Fraktionsbänke wieder Platz.)

– Ich weiß, dass dem Kollegen Papke jetzt die Lust an der Debatte vergeht. – Wir wollen den offenen Ganztage fördern. Wir wollen mehr Schülerbeförderungskosten übernehmen. Wir wollen die Abschaffung von Studiengebühren. Wir wollen den Kinder- und Jugendförderplan erhöhen. Außerdem wollen wir unseren Kommunen helfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darüber streiten wir gerne mit Ihnen. Aber eins machen wir mit Sicherheit nicht: Wir lassen uns bei Haushaltsberatungen nicht auf das Niveau pseudohumoristischer Abschiedsreden herunter. Wir versuchen auch nicht, mit plumpen ideologischen Vorstellungen die Menschen in Nordrhein-Westfalen über die Realitäten in unserem Haushalt hinwegzutäuschen. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Körfiges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Mostofizadeh.

**Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von der heutigen Debatte bin ich schon ein bisschen beeindruckt. CDU und FDP haben in der Sache nichts beigetragen; das muss man sehr deutlich sagen. Es hat mich auch überrascht, welche Beispiele Sie angeführt haben, um die Ministerpräsidentin zu diskreditieren, wie das beispielsweise eben in dem Beitrag von Herrn Krautscheid versucht wurde.

Ich nehme zunächst einmal dieses Beispiel mit dem Abendessen. Kollege Klocke, der auch in Berlin dagegen war, hat mir versichert: Es ging darum, dass die Ministerpräsidentin mit den führenden Filmschaffenden aus Nordrhein-Westfalen in der Landesvertretung zusammengesessen hat. Es gab auch nicht nur eine Uraufführung von „Pina“. Vielmehr fanden während der Berlinale insgesamt fünf Aufführungen statt. Da hat die Ministerpräsidentin die Gelegenheit genutzt, um mit den führenden Filmschaffenden in Nordrhein-Westfalen zusammenzusitzen. So viel zum Niveau von Herrn Krautscheid an dieser Stelle!

Dann wurde angefangen, hier Dönekes aus den Ministerien zu erzählen und zu schildern, wo und wie mit Mitarbeitern schlecht umgegangen worden ist. Jemand aus der gleichen Partei wie Finanzminister Schäuble, der quasi vor der Bundespressekonferenz seinen Pressesprecher entlässt, sollte einmal ganz ruhig sein, was den Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betrifft.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Ich bin auch sehr überrascht, dass ausgerechnet die CDU in diesem Zusammenhang das Wort „täuschen“ vorträgt, obwohl der Bundesverteidigungsminister gerade eine groteske Nummer nach der anderen in der Öffentlichkeit abzieht; die sogenannte Doktorarbeit ist ja nur die Spitze des Eisbergs.

Sehr überrascht war ich natürlich auch, dass die CDU das Wahlergebnis in Hamburg als wegweisend für Nordrhein-Westfalen feiert.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, das finde ich auch! Damit können wir aber leben!)

Ich habe keine Probleme damit, dass die CDU noch einmal zusätzlich 20 % verlieren könnte.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Dann brauchen wir nicht einmal einen Koalitionspartner!)

Es überrascht mich aber schon sehr, in welche Schubladen hier einsortiert wird.

Sehr wichtig fand ich den Beitrag der Ministerpräsidentin, weil sie deutlich gemacht hat, worüber wir eigentlich reden. Wir reden nicht über Überschriften, sondern über konkrete Positionen im Haushalt mit konkreten Auswirkungen. Ich will das überhaupt nicht wiederholen; denn genau diese Debatte werden wir haarklein – das verspreche ich allen oder drohe es allen an, die sich der Auseinandersetzung stellen müssen – in jedem Ausschuss rauf und runter führen und das Ganze in einer sehr ausführlichen Anhörung im Haushaltsausschuss diskutieren. Wir werden jeden Punkt durchgehen und die Opposition und jeden Beteiligten fragen: Soll das gemacht werden, oder soll es nicht gemacht werden? – Wir werden uns nicht mehr damit abspeisen lassen, dass Leute wie Herr Laumann hier sagen: „Ach, das geht alles; warten Sie einmal ab; das geht schon“, während kein einziger – ich betone: bis heute weder hier noch im

Haushaltsausschuss auch nur einziger – Antrag auf den Tisch gelegt wird, wie es gehen soll.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Es ist zwar schon mehrfach gesagt worden; ich will aber noch einmal auf die mittelfristige Finanzplanung von Herrn Linssen hinweisen. Er hat 6,6 Milliarden € bis 2013 fortgeschrieben. Das ist von der FDP mit beschlossen worden, Herr Kollege Papke. Ich weiß gar nicht, wie Sie das wegdiskutieren können. Das ist die Realität, mit der Sie nach Hause gegangen sind. Sie haben gesagt: So weit wir blicken können, werden wir keine verfassungsgemäßen Haushalte vorlegen. – Das war die Aussage der alten Landesregierung.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Eins hat mich in Ihrem Beitrag schon fuchtig gemacht, Herr Kollege Papke: Sie sprachen wieder von Spielwiesen. Die Förderung der Betreuung von Kindern unter drei Jahren ist keine Spielwiese, sondern notwendige Voraussetzung für ein vernünftiges gesellschaftliches Zusammenleben in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich verahre mich ausdrücklich dagegen, das als Spielwiese zu deklarieren.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das hat doch keiner gesagt!)

Ferner haben Sie ausgeführt, die Linksfraktion pumpe sich auf. Ich stimme Ihnen in der Analyse durchaus zu. Was Sie hier abziehen, ist aber leider überhaupt nichts anderes.

Ich habe einen Vermerk vorliegen – diesen Vermerk habe ich auch dem Kollegen Weisbrich zugestellt; ich kann ihn auch anderen geben –, in dem Ex-Finanzminister Linssen Mitte des Jahres 2010 festgehalten hat: Die reale Nettoneuverschuldung für 2011 wird 7,3 Milliarden € betragen. – Ich füge hinzu, auf welchem Niveau: 7,3 Milliarden € bei null Mehrausgaben für Personal, also ohne jegliche Besoldungserhöhung! Das ist doch – Sie sprechen immer von Rosstäuscherei oder bezeichnen Herrn Finanzminister Walter-Borjans als Büchsenspanner – Täuschung der eigenen Politik! Das ist an dieser Stelle doch ganz klar. Er ist unterfinanziert, er war unterfinanziert, und er bleibt unterfinanziert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich lasse es mir an der Stelle auch nicht nehmen, das klarzustellen, weil Sie immer wieder diese Scharmützel betreiben. Heute im Haushaltsausschuss haben Sie erneut versucht, den Finanzminister vorzuführen. Sie haben versucht, ihm anzuflicken, dass er das Parlament nicht ausreichend informiert hätte.

Jetzt schildere Ihnen einmal den Vorwurf. Der Vorwurf lautet, dass er nach dem abgeschlossenen Be-

ratungsverfahren über den Nachtragshaushalt 2010 am 19.01. des Jahres dem Parlament nicht schon ausführlich dargelegt hat, wie der Abschluss für 2010 aussieht.

Der Tagesordnungspunkt, der zu der Debatte geführt hat, war im Übrigen die Unterrichtung des Parlaments durch die Landesregierung über die Anordnung des Verfassungsgerichtshofs, also nicht etwa ein Antrag der FDP-Fraktion oder der CDU-Fraktion.

(Angela Freimuth [FDP]: Das hat auch keiner gesagt!)

Tatsächlich ist es so gewesen, dass Finanzminister Linssen im Jahr 2009 einen dritten Nachtrag für das Jahr 2008 vorgelegt hat, der am 28. Januar 2009 beschlossen werden sollte. Am 20. Januar 2009 hat er auf einer Pressekonferenz vorgetragen, dass die Differenz bei den Ausgaben 661 Millionen € im Vergleich zu den Summen betragen wird, auf denen das Haushaltsgesetzgebungsverfahren beruhen würde. – Ich frage mich: Wo ist der Qualitätsunterschied?

Wir hatten doch für den Haushalt 2010 überhaupt keine Eingriffsmöglichkeiten mehr, aber sehr wohl im Gesetzgebungsverfahren für den dritten Nachtrag. Da hat Finanzminister Linssen dem Parlament ganz bewusst entsprechende Informationen vorgehalten.

Ich füge noch eins hinzu: Ich finde das auch gar nicht so dramatisch, denn: Eine Verbesserung bei den Haushaltsdaten gegenüber vorher ist doch eine gute Nachricht, keine schlechte Nachricht. Sie versuchen immer, aus einer guten Nachricht eine schlechte Nachricht zu machen.

Noch eine Dreistigkeit ist in dem Vortrag von Herrn Papke aufgefallen. Sie, Herr Papke, haben behauptet, wir würden mit dem jetzigen Haushaltsverfahren die Beratungsrechte des Parlamentes überrollen. – Es gab – ich war persönlich anwesend – ein gemeinsames Obleutegespräch im HFA, in dem sich alle Fraktionen auf genau dieses Beratungsverfahren geeinigt haben. Es ist frech und dreist, wenn Sie das hier als Vorwurf im Parlament vortragen.

(Beifall von der SPD)

Und nun zu Münster: Wenn Vertreter einer Regierung, die wegen Online-Überwachung, wegen des Haushaltes 2005, wegen der Wohngeldverteilung, wegen der Sperrklausel, wegen des Einheitslasten-Abrechnungsgesetzes jeweils krachende Niederlagen vor dem Verfassungsgericht kassiert hat, jetzt sagen, wir hätten ein larmoyantes Verhältnis zum Landesverfassungsgericht, dann ist das fast schon ...

Außerdem: Der Fraktionsvorsitzende der CDU hat vorgetragen, wir würden die Gestaltungsspielräume für die Zukunft verbauen. – Ich habe in dem Beitrag vom Kollegen Laumann nur feststellen können: Die CDU will überhaupt nicht gestalten. Sie hat keinen

einzelnen Aspekt genannt, bei dem sie die Politik anders gestalten will als SPD und Grüne in diesem Landtag. Es kann Ihnen ja offensichtlich auch fast egal sein, wie die Gestaltungsrechte für die Zukunft sind. Ich will das aber nicht ins Lächerliche ziehen.

Zu der Abrechnung gehört – ergänzend zu dem, was Kollege Körfges gesagt hat –, dass wir die Verschuldungspolitik von Schwarz-Gelb in den letzten fünf Jahren ausführlich diskutiert haben. Ich möchte trotzdem noch einmal ein Beispiel herausuchen. Wir haben in der letzten Woche sehr ausführlich über das Landesarchiv in Duisburg gesprochen. So viel kann man bereits am heutigen Tag feststellen: Wenn diese, ach so sparsame, ehemalige Landesregierung von FDP und CDU vernünftig gehandelt hätte, wären diesem Land – ohne auch nur den kleinsten Qualitätsverlust – 150 Millionen € an Mehrkosten für das Landesarchiv erspart geblieben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben dort, wo es Ihnen gepasst hat, wo es ins Bild passte, etwa für das Kulturhauptstadtjahr 2010, Geld zum Fenster rausgepusht, dass es nur so krachte. – Man erinnere sich, wann der Spatenstich stattfand. Am 12. April 2010 fand der Spatenstich für das Landesarchiv statt, und komischerweise war am 9. Mai Landtagswahl. Dieser Spatenstich steht damit natürlich in überhaupt keinem Zusammenhang.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nein!)

Jetzt so zu tun, als wären Sie die großen Konsolidierer, ist absurd.

(Beifall von den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich Ihnen Folgendes ins Stammbuch schreiben, auch wenn es Sie quält: Bei den Konjunkturpaketen I und II und beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz sind fortlaufende Steuerentlastungen im Einkommensteuerrecht und in anderen Bereichen von insgesamt 23 Milliarden € beschlossen worden. Das trifft den Landeshaushalt Nordrhein-Westfalen jedes Jahr mit über 2 Milliarden € – 2 Milliarden €, die Sie dem Landeshaushalt entzogen haben, plus 600 bis 700 Millionen € für die Kommunen. Wenn das nicht wäre, hätten wir keine Debatten mehr über das GFG, keine Debatten mehr über die Schiefelage des Haushaltes. Das haben Sie bewusst gemacht. Sie wollten Besserverdienende entlasten.

Wir wollen Studenten und Eltern, deren Kinder Kindertagesstätten besuchen, entlasten und Zukunftsinvestitionen finanzieren. Das ist gesellschaftspolitisch der Unterschied zwischen CDU und FDP auf der einen Seite und SPD und Grünen auf der anderen. Dafür werden wir auch weiter streiten und uns in den Haushaltsberatungen darüber auseinandersetzen.



Eines möchte ich noch hinzufügen, weil Sie immer so tun, als läge keine Störung vor. Kollege Körfges hat eben darauf hingewiesen:

Professor Junkernheinrich hat in seinem Gutachten berechnet, dass die Unterfinanzierung der Kommunen bei 2 bis 2,3 Milliarden € liegt – nur um überhaupt den Status quo retten zu können und die Kassenkredite in den Griff zu bekommen, nicht um neue Investitionen zu finanzieren –, 2,3 Milliarden € an zusätzlicher Belastung. Und dazugenommen die Lasten aus der WestLB, bei denen mit hohen einstelligen Milliardenbeträgen bis zu zweistelligen Milliardenbeträgen gerechnet wird, sollen keine Störungslage für diesen Haushalt sein? Ich weiß nicht, auf welchem Stern Sie unterwegs sind. Ich glaube, die Störungslage ist vorhanden.

Die wirtschaftlichen Bedingungen, auf denen sie beruht, sind ausführlich beschrieben worden. Was die Einnahmeseite anbetrifft, haben die Ministerpräsidentin und der Finanzminister ausführlich Stellung genommen. Ich mache mir das ausdrücklich für unsere Fraktion zu eigen. Und was die sonstigen Störungslagen für dieses Land betrifft, für die CDU und FDP im Wesentlichen die Verantwortung tragen, so kommen die noch hinzu.

Die Störungslage ist gegeben. Wer das bestreitet, ist unredlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Herr Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Freimuth.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jetzt ist die Frage, wo anfangen?

Ich will mit dem beginnen, was vielleicht am einfachsten ist, auch wenn der Kollege Krautscheid gerade nicht da ist: Die liebenswerten Spitzen und sprachlichen Feinheiten, manchmal auch die kleinen sprachlichen Grobheiten werden dem Landtag in seinen Beratungen sicherlich fehlen.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Als Nächstes zum Kollegen Körfges: Lieber Kollege Körfges, Sie haben eben vorsorgender Sozialstaat versus neoliberales Denken gegenübergestellt. Ich will dazu nur zwei Anmerkungen machen.

Zum einen: Prävention ist – völlig unstrittig – wichtig, ist auch richtig. Es gibt vieles, das im Bereich der Prävention wünschenswert ist.

Aber das muss in Maß und Balance zu den anderen Elementen passen, einer nachhaltigen und sozial verantwortungsbewussten Politik. Es muss in Relation mit dem stehen, was Menschen durch ihre Ar-

beit erwirtschaften, was sie an Mehrwert produzieren.

Deswegen will ich ausdrücklich darauf hinweisen: Für die FDP ist es immer von großer Bedeutung, auch diesen Aspekt in gleicher Weise, wenn man den Präventionsbegriff etwas weiter spannt, zwingend in den Fokus zu nehmen. Das fällt bei all den Diskussionen und Debatten um einen vorsorgenden Sozialstaat gelegentlich herunter.

Wir halten es nach unserer festen Überzeugung für den Ausdruck einer sozial verantwortungsvollen Politik, sich darum zu kümmern, dass die Menschen in unserem Land eine Beschäftigung finden, dass sie Arbeit haben, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst ohne den Bezug von staatlichen Transferleistungen bestreiten und ihre Lebensträume durch selbst verdientes und erarbeitetes Geld realisieren und erwirtschaften können.

Dazu war auch – das will ich ausdrücklich sagen – die Maßnahme im Bereich des Familienentlastungsgesetzes – auch Wachstumsbeschleunigungsgesetz genannt – erforderlich.

Im Hinblick auf die Erbschaftsteuerreform haben wir dringend notwendige Anpassungen vorgenommen, die nicht dazu dienen, irgendwelchen großkopferen Erben – was immer dieses diffuse Schlagwort bedeuten mag – etwas Gutes zu tun, sondern es ging ganz entscheidend darum, dass Unternehmensnachfolgen in einer verantwortungsvollen Art und Weise erfolgen können. Der Erbschaftsfall darf nicht dazu führen, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen durch die Erbschaftssteuerregelung, wie sie vorher galt und wie sie die Unternehmen belastete, zerschlagen und damit Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden.

Das, lieber Herr Kollege Körfges, ist ein wesentlicher Unterschied. Ich wäre sehr dankbar – weil ich genau weiß, dass Sie die Zusammenhänge eigentlich kennen –, wenn wir versuchen könnten, die Debatten hier im Parlament mit einer gewissen Sachlichkeit zu führen.

Deswegen noch eine letzte Bemerkung zu dem Kollegen Körfges: Prozesshanserei ist kein Politikersatz. – Wie wahr, wie wahr! Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass das Parlament der Haushaltsgesetzgeber ist. In einem demokratischen Rechtsstaat ist es aber – das ist hier gar nicht streitig gestellt worden; ich möchte es der guten Ordnung halber trotzdem erwähnen – nicht nur eine sich ziemende, sondern auch eine gebotene Art, parlamentarische Entscheidungen, die möglicherweise nicht mit der Verfassung in Übereinstimmung stehen, dann von der unabhängigen dritten Gewalt überprüfen zu lassen.

Als Parlament müssen wir natürlich auch mit einem gewissen Augenmerk darauf achten, dass die dritte Gewalt wiederum ihre Kompetenzen nicht überschreitet, was wir zum Beispiel bei der einen oder

anderen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts feststellen konnten. Dort haben wir quasi schon die Gesetzesformulierungen vorgefunden. Das ist sicherlich nicht angemessen.

Ich sage aber ausdrücklich: Bei dem konkreten Rechtsstreit geht es um einen sehr speziellen Fall.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Den meinte ich auch! Ich meinte 2011!)

– Ja, nun. Wir sind noch mitten im parlamentarischen Beratungsverfahren für 2011. Damit fangen wir heute gerade erst an. Ich will die Debatte darüber gar nicht führen; denn sie ist entweder wesentlich zu spät begonnen worden, oder man hätte die vier Wochen auch noch zuwarten können.

Mit Blick auf den Schweinsgalopp des Haushaltsberatungsverfahrens, Herr Kollege Mostofizadeh: Es gibt in der Tat den mehrheitlichen Wunsch, das Verfahren sehr zu beschleunigen. Wir werden im Einzelfall prüfen, ob sich der sehr ehrgeizige und ambitionierte Zeitplan tatsächlich halten lässt. Wir haben natürlich das Interesse, den Haushalt zügig zu verabschieden. Es liegt aber nicht an uns, dass er erst so spät ins Beratungsverfahren gekommen ist. Das Initiativrecht liegt ja – ich habe immer schon bedauert, dass das Initiativrecht ausschließlich bei der Landesregierung liegt ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aber Sie wollen ja gar nicht beraten!)

– Herr Kollege Mostofizadeh, wir werden doch beraten. Es fängt doch jetzt gerade an. Sie sind doch jemand, der immer wieder zu Geduld und Sachlichkeit mahnt. Ich habe an dieser Stelle die herzliche Bitte, wenigstens noch die heutige Debatte abzuwarten, damit wir endlich ins Konkrete einsteigen können.

Eine Anmerkung noch, wenn wir schon bei Ihnen sind, Herr Kollege, zu der heutigen Haushalts- und Finanzausschusssitzung – für all die anderen Kollegen: Wir haben heute Morgen, fleißig, wie wir sind, schon getagt –: Der Vorwurf bzw. die Frage ging doch nicht dahin, ob die Unterrichtung von der CDU oder der FDP beantragt oder erbeten wurde. Ich habe heute Morgen klar gesagt, was meine Fraktion maßgeblich geärgert hat, nämlich: Der Finanzminister hat gegenüber dem Parlament in der Unterrichtung den nicht ganz unerheblichen Sachverhalt, dass der Abschluss für das Etatjahr 2010 ganz plötzlich, unerwartet und zu aller Freude – jedenfalls zu meiner und zur Freude der FDP-Fraktion; ich habe das immer unstreitig gestellt – um 1,3 Milliarden € besser war, nicht erwähnt, obwohl er selber die Information hatte und sie über den Bevollmächtigten bereits dem Verfassungsgericht vorgetragen wurde. Das, lieber Herr Kollege, war unser Kritikpunkt, nicht mehr und auch nicht weniger.

Jetzt hat mich die Frau Ministerpräsidentin gerade darum gebeten, dass der Finanzminister als würdi-

ger Vertreter akzeptiert wird. Dem komme ich gerne nach.

In der verbleibenden Zeit würde ich nämlich gerne in einigen Punkten auf die Bemerkungen der Ministerpräsidentin eingehen:

Zum einen geht es um die schon viel zitierte mittelfristige Finanzplanung, und zwar die alte Fassung, wohlgemerkt, nicht das hübsche Exemplar in der aktuellen Fassung mit der Drucksachenummer 15/1001. Die alte mittelfristige Finanzplanung stammte aus dem September 2009. Wir wollen ja versuchen, mit einer gewissen Seriosität in diese Diskussion einzusteigen. 2009 haben wir in einem völlig anderen, jetzt Gott sei Dank erfreulich positiv veränderten, wirtschaftlichen Umfeld gestanden. 2009 sind wir von Wachstumsprognosen bzw. Schrumpfungprognosen von etwa 5 % ausgegangen. Deswegen ist es doch völlig logisch und nachvollziehbar, dass sich so etwas in einer mittelfristigen Finanzplanung auch zwingend abbilden musste.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist aber nicht der Punkt!)

Dass man bei den jetzigen Prognosen des Wirtschaftsministers – auf Kommando kommt er gerade zu seinem Platz zurück – von 3,4 oder 3,5 % natürlich eine mittelfristige Finanzplanung anders wird beurteilen und einschätzen müssen, das ist doch eine völlig klare Geschichte. Aber wir würden uns alle mit Blick auf die Sachlichkeit einen großen Gefallen tun, wenn wir diese mittelfristige Finanzplanung aus dem September 2009 mit den damaligen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen auch ins rechte Maß rücken würden.

Der zweite Punkt ist die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Wir haben uns hier schon vielfach darüber ausgetauscht. Sie wissen, dass die FDP-Fraktion und auch ich persönlich nach wie vor davon ausgehen – dafür gibt es ja auch hinreichend Anhaltspunkte, und der Wirtschaftsminister hat unter anderem auch in seinem Bericht ganz wesentliche Faktoren dazu bekanntgegeben –, dass von einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts bei den Parametern mit Blick auf Beschäftigung, auf Wachstum und auf Preisstabilität nun nicht weiter ausgegangen werden kann.

Ich will auch darauf hinweisen, dass auch die jetzige Verfassung die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nicht als Normalfall begreift. Wenn man sich die Zahlen einmal anschaut – da will ich jetzt gar nicht nur auf die Zahlen von 2005 bis 2010 abstellen, sondern man kann auch die letzten 30 oder 40 Jahre nehmen –, dann wird man feststellen können, dass wir uns nach den Definitionen, die teilweise ja auch zum Thema „Produktionslücke“ im Rechtsstreit zur Begründung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorgetragen

wurden, dann in einer Vielzahl der Jahre immer in einer sogenannten Störungslage befunden haben.

Meine Damen und Herren, die Verfassung hat das aber als Ausnahme definiert. Im Grundsatz und im Normalfall müssen alle Haushaltsgesetzgeber mit ihren Einnahmen auch die Ausgaben decken. Das ist der Regelfall. Nur im Ausnahmefall dürfen überhaupt Schulden, nämlich für Investitionen, aufgenommen werden. Wenn wirklich Störungslagen da sind, nur dann kann auch zur Abwendung darüber hinausgegangen werden.

Die Ministerpräsidentin hat das strukturelle Defizit ebenfalls angesprochen. Ich will hinzufügen: Mit Blick auf die Generationengerechtigkeit ist es für uns alle eine der vorrangigsten Aufgaben, dieses strukturelle Defizit abzubauen. Denn das kann und darf nicht sein. Das ist, lieber Kollege Körfges, auch aus meiner Sicht eine der ganz wesentlichen präventiven Maßnahmen mit Blick auf nachfolgende Generationen. Wir dürfen ihnen eben nicht eine exorbitante Schulden- und Zinslast hinterlassen und übertragen. Wir müssen es vielmehr als Aufgabe unserer Generation ansehen, die in unserer und in den Vorgenerationen aufgenommenen Schulden zu tilgen und nachfolgenden Generationen diese Belastungen zu ersparen. Das wäre einer der wesentlichen und wichtigsten Schritte zur präventiven Haushaltspolitik.

Gerade ist das Stichwort Konnexität gefallen. Darüber könnten und sollten wir uns bei der Frage „strukturelles Defizit“ in der Tat noch etwas intensiver austauschen: Haben wir denn überhaupt ein Finanzsystem, in dem den Vorgaben von Entflechtung, Wettbewerb und Finanzautonomie Rechnung getragen wird?

Das sind doch Diskussionen, die wir auch in diesem Haus schon mehrfach geführt haben. Die vielen kritischen Anmerkungen nicht zuletzt auch jetzt durch die Initiative der Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg kann man ja im Einzelfall bewerten wie man das möchte. Aber ich glaube, wir müssen uns dieses Ausgleichssystem anschauen und die Frage, ob dort dem Konnexitätsgedanken und den einzelnen Finanzautonomien Rechnung getragen wird.

Aus dem, was uns ärgert, will ich auch kein Geheimnis machen. Das merkt man ja an dieser Debatte auch wieder. Die Ministerpräsidentin hat es vorhin angesprochen: Gerechte Einnahmen und gerechte Ausgaben. – Sie hat vorhin gesagt: Starke Schultern müssen mehr tragen.

Meine Damen und Herren, wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass starke Schultern objektiv auch heute schon mehr tragen. Ich gehe gerne mit Ihnen in die Diskussion darüber hinein, ob der Spitzensteuersatz wirklich schon beim qualifizierten Facharbeiter mit vielleicht noch entsprechenden Überstunden angesetzt werden sollte. Ich habe da

jedenfalls meine Zweifel. Das sind zwar auch starke Schultern, aber die können und dürfen nicht die gesamte Last tragen.

Wir müssen endlich zu einer Steuersystematik kommen, die auch diese Lasten gerechter verteilt. Ich sage ausdrücklich: Das heißt dann auch, dass wir in besonderer Weise auch die mittleren Einkommen entlasten müssen. Das ist nämlich dann auch eine Frage von gerechten Einnahmen. Dieser Diskussion werden wir uns auch stellen.

Bei der Frage gerechter Ausgaben werden wir jetzt sicherlich in den Einzelplanberatungen sehr dezidiert noch die Diskussion darüber führen. Wir werden uns nach wie vor der Diskussion stellen müssen, ob denn alles das, was wir uns als Land über Jahre aufgebaut haben, tatsächlich zwingend in den Leistungskatalog der hoheitlichen Aufgaben des Landes Nordrhein-Westfalen hineingehört.

Ein letzter Aspekt, weil er ein nicht unwesentlicher in der ganzen Debatte ist – einer Diskussion darüber sehe ich entspannt und dennoch gespannt entgegen –: Ich glaube, wir werden nicht so weit kommen, dass es tatsächlich gelingt, Bildungsaufgaben unter den Investitionsbegriff zu subsumieren. Herr Kollege Körfges, wir haben es im Ausschuss schon einmal ganz kurz angesprochen. Bislang hat das Bundesverfassungsgericht eine sehr eindeutige und sehr restriktive Auslegung des Investitionsbegriffs vertreten. Ob das noch zeitgemäß ist, muss man sicherlich auch immer wieder infrage stellen. Es entbindet uns trotzdem nicht von der Verlegenheit, tatsächlich eine restriktive Ausgabenpolitik zu praktizieren und Einsparungen vorzunehmen. Das ist die Aufgabe, der wir uns in diesem Haushaltsberatungsverfahren stellen müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsidentin Gunhild Böth:** Danke, Frau Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Sagel.

**Rüdiger Sagel (LINKE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste! Ich möchte meine Rede für die Linke heute etwas anders beginnen, als Sie es normalerweise von mir gewohnt sind.

Stéphane Hessel ist mittlerweile 93 Jahre alt. Er hat ein Buch geschrieben. Man könnte es auch Aufsatz nennen, weil es weniger umfangreich ist als ein Buch. Es heißt „Empört euch!“. Stéphane Hessel war in der Résistance gegen die Nazis. Er war im KZ Buchenwald. Er hat das KZ überlebt. Er war nach dem Krieg 1948 Sekretär der UN-Menschenrechtskommission und hat die Menschenrechtskonvention mit verfasst. Ich möchte Ihnen vorlesen, was Stéphane Hessel geschrieben hat:

Man wagt uns zu sagen, der Staat könne die Kosten dieser sozialen Errungenschaften nicht mehr tragen. Aber wie kann heute das Geld dafür fehlen, da doch der Wohlstand so viel größer ist als zur Zeit der Befreiung, als Europa in Trümmern lag?

Doch nur deshalb, weil die Macht des Geldes, die so sehr von der Résistance bekämpft wurde, niemals so groß, so anmaßend, so egoistisch war wie heute – mit Lobbyisten bis in die höchsten Ränge des Staates. In vielen Schaltstellen der wiederprivatisierten Geldinstitute sitzen Boni-Banker und Gewinnmaximierer, die sich keinen Deut ums Gemeinwohl scheren. Noch nie war der Abstand zwischen den Ärmsten und den Reichsten so groß. Noch nie war der Tanz um das goldene Kalb – Geld, Konkurrenz – so entfesselt.

Das Grundmotiv der Résistance war die Empörung.

Wir, die Veteranen der Widerstandsbewegungen und der Kampfgruppen des freien Frankreich, rufen die Jungen auf, das geistige und moralische Erbe der Résistance, ihre Ideale mit neuem Leben zu erfüllen und weiterzugeben. Mischt euch ein, empört euch! Die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, die Intellektuellen, die ganze Gesellschaft dürfen sich nicht kleinmachen und kleinkriegen lassen von der internationalen Diktatur der Finanzmärkte, die es so weit gebracht hat, Frieden und Demokratie zu gefährden.

Zwei große neue Menschheitsaufgaben sind für jedermann erkennbar:

Erstens. Die weit geöffnete und immer noch weiter sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich. Das ist eine Spezialität des 20. und 21. Jahrhunderts. Die Ärmsten der Welt verdienen heute kaum zwei Dollar am Tag. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kluft sich weiter vertieft. Allein schon dies heißt, sich zu engagieren.

Zweitens. Die Menschenrechte und der Zustand unseres Planeten.

Dieses Buch haben mittlerweile 2 Millionen Menschen in Frankreich gekauft und wahrscheinlich noch viel mehr gelesen. Es ist in dieser Woche direkt auf Platz 1 der Bestsellerliste in Deutschland gekommen.

(Beifall von der LINKEN)

Vor einiger Zeit haben wir die Sarrazin-Debatte erlebt. Nach dem, was wir in dem Zusammenhang über den Zustand der Republik lesen konnten und welche Vergleiche gezogen wurden, ist es sehr wohltuend, was Stéphane Hessel schreibt.

Was Stéphane Hessel gesagt hat, hat sehr viel mit der Lebenswirklichkeit in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen zu tun. Immer mehr Menschen sind empört darüber, was in Deutschland passiert. Wir reden in Deutschland mittlerweile auch von Wutbürgern. Immer mehr Leute finden es unerträglich.

Sie finden übrigens auch das Schauspiel eines Betrügers wie von Herrn zu Guttenberg unerträglich, wie wir es in den letzten Tagen erlebt haben.

Genau das trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen in dieser Republik von Politik und von Politikern enttäuscht sind. Darüber sollten wir auch einmal nachdenken. Wir sollten überlegen, wie wir mit Geld umgehen und wofür wir Geld einsetzen. Wir sollten über die Situation der Finanzmärkte nachdenken und darüber, wie in Deutschland mit Geld umgegangen wird.

Ich möchte jetzt ein paar Punkte zu dem sagen, was wir in der heutigen Haushaltsdebatte erlebt haben. Durchaus im Sinne dessen, was ich gerade vorgelesen habe, setzen wir Linke uns sehr deutlich dafür ein, endlich wieder strukturell ausgeglichene Haushalte zu bekommen. Das betrifft natürlich auch Nordrhein-Westfalen.

Wir müssen endlich für deutliche Steuermehreinnahmen sorgen. Ich hoffe, es ist ernst gemeint, was vonseiten der Regierung, aber auch von den Vertretern der Minderheitsregierung von SPD und Grünen gesagt wurde, dass endlich Bundesratsinitiativen für mehr Steuergerechtigkeit gestartet werden. Wir werden den Haushalt in Nordrhein-Westfalen, die übrigen Haushalte in anderen Bundesländern und die kommunalen Haushalte sonst nicht auskömmlich finanzieren können.

Wir brauchen endlich wieder eine Vermögensteuer, eine Millionärssteuer. Wir brauchen endlich wieder einen höheren Spitzensteuersatz. Vielleicht erinnern Sie sich noch: Während der Regierungszeit von Herrn Kohl lag der Spitzensteuersatz noch bei 52 %. Mittlerweile liegt er bei 42 %.

(Beifall von der LINKEN)

Ich freue mich darüber, dass zumindest SPD und Grüne heute schon etwas anders klingen, als ich es noch vor einiger Zeit erlebt habe. Damals hatten wir einen Antrag eingebracht und genau solche Bundesratsinitiativen gefordert. Ich höre heute, dass Sie zumindest darüber nachdenken und das vielleicht auch aufgreifen wollen. Ich bin sehr gespannt darauf, ob wir in der Sache zusammenarbeiten und tatsächlich diese Initiativen starten. Von CDU und FDP ist da nichts zu erwarten. Das wissen wir.

(Beifall von der LINKEN)

Ich erwarte aber auch, dass wir die Möglichkeiten, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, nutzen und Initiativen starten. Das sage ich sehr deutlich.

Wir brauchen endlich wieder eine höhere Grunderwerbsteuer.

(Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Wir haben das vorgeschlagen. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag eingebracht. Wir wollen die Steuer von 3,5 % auf 5 % erhöhen. Das würde

für das Land Nordrhein-Westfalen 450 Millionen € bringen.

Wir dürfen aber auch nicht lockerlassen, was die Initiativen für mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer angeht. Wir haben im Nachtragshaushalt 300 Stellen – 200 Stellen plus 100 Ausbildungsplätze – geschaffen. Wir müssen aber auch ernsthaft an diesem Punkt weitermachen. Die veranschlagten Steuern müssen wir auch für Nordrhein-Westfalen vereinnahmen.

(Beifall von der LINKEN)

Als Linke sagen wir sehr deutlich: Wir müssen und wollen diese strukturelle Vorsorgepolitik betreiben, um die sozialen Lasten der Zukunft zu schultern und etwas im Sinne von Generationengerechtigkeit zu tun.

Ich sage das sehr deutlich vor dem Hintergrund dessen, was ich in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen erlebt habe – ich habe das auch schon im Haushalts- und Finanzausschuss gesagt –: Die Landesregierung sollte keine angstgesteuerte Finanzpolitik betreiben. Was ich in den letzten Tagen gesehen habe, ist ein einmaliger Vorgang – das haben wir meines Wissens in Nordrhein-Westfalen noch nie gehabt –: dass gleichzeitig mit dem Haushalt schon eine erste Ergänzung eingebracht wird, in der Steuermehreinnahmen von 508 Millionen €, aber auch 222 Millionen € Kürzungen enthalten sind. Das macht sehr deutlich, dass die Angst vor dem, was in Münster entschieden wird, offensichtlich sehr groß ist.

Ich bin sehr gespannt, wie die Entscheidung in Münster am 15. März aussehen wird. Aber dass – das fordern CDU und FDP hier – der Haushalt noch viel später eingebracht wird und dass Sie hier offensichtlich in Arbeitsverweigerung verfallen wollen, das – das muss ich Ihnen sehr deutlich sagen – kann es doch wohl nicht sein.

(Beifall von der LINKEN)

Sie sind verpflichtet, sich hier auch als Opposition einzubringen und mitzuberaten. Ich erwarte wirklich mit großem Interesse – ich sitze schon etwas länger im Landtag –, genau wie die Ministerpräsidentin, die Ihnen das heute alles vorgehalten hat, Ihre Vorschläge, wie Sie einen anderen Haushalt gestalten wollen.

**(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)**

Man kann hier natürlich darauf hinweisen, dass 2009 die damalige schwarz-gelben Regierung bei der mittelfristigen Finanzplanung von einer anderen Situation ausgegangen ist. Aber – das muss man auch so deutlich sagen – wenn die Erholung dann vielleicht etwas eher kommt, ist das ein positiver Effekt. Sie jedoch haben das bis 2013 fortgeschrieben. Sie haben jedes Jahr, auch bei einer Erholung, die impliziert ist, die Neuverschuldung von 6,6 Milliarden € fortgeschrieben und damals auch schon

bewusst gesagt: Das werden verfassungswidrige Haushalte sein, denn die Investitionsquote ist natürlich deutlich niedriger.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das steht genau in der Kontinuität dessen, was Sie auch in Berlin machen. In Berlin ist genau dieselbe Situation. Die Investitionsquote in Berlin ist prozentual niedriger als die hier in Nordrhein-Westfalen. Das ist die reale Situation.

Für Die Linke kann ich nur sehr deutlich sagen: Wir sind in der Tat dagegen – das Wort ist heute schon einmal gefallen; wir haben das gestern auch schon bei unserem Pressegespräch gesagt –, dass dieses Land „kaputtgespart“ wird.

(Beifall von der LINKEN)

Haushaltskonsolidierung lehnen wir als Linke ja nicht grundsätzlich ab. Aber wir wollen das durch Steuermehreinnahmen kompensieren. Wir wollen dafür sorgen, dass Haushalte wieder auskömmlich finanziert sind, indem wir über die Steuer tatsächlich eine Umverteilung von oben nach unten erreichen, und nicht weiter diese Politik von unten nach oben machen, wie Sie sie jahrelang betrieben haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das wollen wir nicht. Deswegen sagen wir sehr deutlich: Wenn auf Bundesebene nicht tatsächlich etwas anderes beschlossen wird, dann werden wir gar nicht umhinkommen, hier eine Steuerverschuldungspolitik zu machen. Da gibt es dann überhaupt keinen anderen Weg, denn wir müssen hier Vorsorgepolitik betreiben.

(Beifall von der LINKEN)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes, denn die Kommunen sind mindestens in einer so katastrophalen Situation wie das Land Nordrhein-Westfalen. Wir haben kürzlich bei der Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss gehört, dass im Moment 169 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung sind. Deswegen ist es dringend notwendig, dass die ihren Anteil an dem, was an steuerlichen Einnahmen hereinkommt, erhalten – und natürlich auch ihren Anteil an der Grunderwerbssteuer, die wir hier einführen wollen. Wir werben dafür, dass Sie das mit uns konkret machen.

(Beifall von der LINKEN)

Ich möchte zumindest noch ein paar Sätze zu dem verlieren, was sonst noch hier passiert.

Wir haben natürlich die Situation mit der WestLB. Wir wissen – das haben wir die ganze Zeit sehr deutlich gesagt –, worauf das hinauslaufen wird. Wir haben immer gesagt: Die WestLB als Bank sollte erhalten bleiben. Wir wollen, dass es politische Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen ist. – Wir haben aber auch immer gesagt: Wir wollen

Transparenz, wir wollen ein vernünftiges Controlling, wir wollen, dass die hochspekulativen Risikogeschäfte endlich beendet werden. – Dafür kämpfen wir seit Jahren, denn wir wollen eben nicht, dass Milliarden für Banker zur Verfügung gestellt werden, die dann noch mit Millionenboni und -abfindungen nach Hause gehen können.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist eine völlig verfehlte und falsche Politik. Wir wollen auch, dass diese Banker endlich zur Verantwortung gezogen werden.

Aber was jetzt droht, ist die Zerschlagung und Privatisierung. Dazu sagen wir nach wie vor, dass wir das nicht nur kritisch sehen, sondern dass wir das grundsätzlich ablehnen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn eines ist auch die Folge: Es wird bei der WestLB einen Personalabbau geben, Tausende von Stellen werden wegfallen. Das wird im Moment konkret gesagt, das wird auch vom Betriebsrat der WestLB selber in den Raum gestellt. Das wird die Konsequenz dieser völlig verfehlten Politik sein. Und dafür sind CDU und FDP in den letzten Jahren verantwortlich gewesen.

(Beifall von der LINKEN)

Denn Sie haben hier eine Politik gemacht, bei der die Banker haben machen können, was sie machen wollten. Sie haben die mit Millionenboni nach Hause geschickt. Sie haben die Verantwortung dafür. Sie können sich jetzt heute nicht einfach vom Acker machen und sagen: Damit haben wir nichts mehr zu tun; es gibt jetzt eine SPD-Grüne-Landesregierung, die gucken muss, wie sie klarkommt.

Ich kann nur noch einmal sehr deutlich machen: Wer die Haushaltsslage in Nordrhein-Westfalen tatsächlich verändern will, wer an der Unterfinanzierung, die wir in den öffentlichen Haushalten seit Jahren haben, konkret etwas verändern will und wer wirklich auskömmliche Haushalte finanzieren will, der kommt nicht umhin, hier über Steuererhöhungen und nicht über Steuersenkungen zu reden.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn ich sehe, was Sie in Berlin in den letzten Monaten und Jahren gemacht haben, dann kann ich nur sagen: Das war eine völlig verfehlte Politik – bis hin zu der Mövenpick-Geschichte, nämlich dass Sie für die Hoteliers letztlich 1 Milliarde € Steuersenkungen durchgesetzt haben.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist die Realität.

Eines ist auch klar: Sie haben die Möglichkeit, mit uns hier eine vernünftige Haushalts- und Finanzpolitik zu machen, eine Politik, die Haushalte tatsächlich finanziert.

Wir – das sage ich noch einmal sehr deutlich – sehen im Landeshaushalt jetzt deutliche Defizite. Es ist viel versprochen worden. Wir haben uns natürlich sehr gut angehört, was Frau Kraft nach der Wahl gesagt hat: Jetzt werden die Wahlprogramme einem Realitätscheck unterzogen. – Ja, was heißt das denn? Heißt das, dass das, was Sie jetzt machen, der Realitätscheck ist, dass Sie zum Beispiel für ein Sozialticket gerade einmal 15 Millionen € zur Verfügung stellen? Damit können Sie ja nicht einmal das, was beim VRR beschlossen worden ist – und die haben sich schon darüber beklagt, dass das Land nicht die notwendigen Mittel zur Verfügung stellt –, finanzieren, geschweige denn ein landesweites Sozialticket, wie wir es fordern.

(Beifall von der LINKEN)

Da werden wir Ihnen auch weiter Druck machen. Wir wollen dieses landesweite Sozialticket. Wir wollen, dass Menschen, die nicht reich, sondern arm sind, die Möglichkeit zur Mobilität in diesem Land haben.

(Beifall von der LINKEN)

Es ist auch in vielen anderen Bereichen so, zum Beispiel beim Flüchtlingsrat und bei den Flüchtlingsinitiativen. Auch dafür ist keine Finanzierung im Haushalt. An vielen anderen Stellen und bei sozialen Initiativen in diesem Land gibt es keine auskömmliche Finanzierung.

Zum Thema „Studiengebühren“: Wir werden dazu noch mal unsere Anträge zur Abstimmung stellen. Eins ist klar: Die Studiengebühren werden abgeschafft. Die Linke hat dafür mit Ja gestimmt, es gibt hier eine klare parlamentarische Mehrheit dafür, die Studiengebühren abzuschaffen.

Aber diese Landesregierung von SPD und Grünen sorgt nicht für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen; das ist die Realität. Sie haben das Problem hierbei erkannt, deswegen haben Sie einen Änderungsantrag verfasst. Darin haben Sie von „mindestens 249 Millionen €“ geschrieben. Aber es fehlt nach wie vor die Finanzierung. Jeder weiß, dass für eine Finanzierung der Hochschulen auf dem bisherigen Niveau mindestens 450 Millionen € eingestellt werden müssten. Das haben Sie aber nicht gemacht; im Hochschuletat haben Sie gerade einmal 113 Millionen € mehr eingestellt. Auch an der Stelle sage ich sehr deutlich: Wir setzen uns für eine vernünftige und auskömmliche Finanzierung der Hochschulen ein. Wir werden Ihnen da weiter Druck machen. Wir wollen, dass die Studierenden hier in Nordrhein-Westfalen auch zukünftig vernünftige Studienbedingungen haben.

(Beifall von der LINKEN)

Wir werden hier in den nächsten Wochen eine spannende Haushaltsdebatte führen. Wir als Linke werden natürlich alles sehr genau prüfen – wir hatten noch nicht die Möglichkeit, uns die Einzelhaus-

halte bis ins letzte Detail anzusehen – und sehr deutlich machen, wo wir Änderungsbedarfe sehen. Wir haben eine Menge Forderungen, die wir Ihnen stellen werden.

Aber wir sagen auch sehr deutlich: Wir stehen für eine auskömmliche Finanzierung der Haushalte. Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit. Wir wollen, dass diejenigen, die in dieser Republik und in Nordrhein-Westfalen das Geld haben, dazu beitragen, dass wir hier tatsächlich Zukunftsvorsorge für die Menschen in Nordrhein-Westfalen betreiben und für eine Verbesserung der Lebensbedingungen sorgen können.

(Beifall von der LINKEN)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung spricht Finanzminister Dr. Walter-Borjans.

**Dr. Norbert Walter-Borjans,** Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Amüsante an der heutigen Debatte ist eigentlich, dass Herr Krautscheid meint, die Regierung sei noch nicht beim Regieren angekommen. Was man aber in allen Beiträgen gemerkt hat ist, dass die Opposition noch nicht beim Opponieren angekommen ist.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Gerade in den ersten Beiträgen gab es einen mimosenhaften Umgang damit, sich – bei nachweislich falschen Dingen – mit dem harten Vorwurf, auch einmal die Unwahrheit gesagt zu haben, auseinandersetzen zu müssen. Zum Beispiel zur Rede von Herrn Laumann: Wo sind denn von der schwarzgelben Regierung tote Hühner über den Zaun geworfen worden, die dann wieder zurückgefliegen sind?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Die sind auferstanden, wunderbar!)

– Ja, die Nachbarn haben sie zurückgeworfen, und die Lasten sind wieder beim Land. Was ist denn mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zum KiföG?

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Was ist mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zur Einheitslastenabrechnung 2006? Was ist mit dem Verfassungsgerichtsbeschluss zur KdU-Verteilung? Ich rede gar nicht von den 300 Millionen €, die auf andere verschoben worden und anschließend durch Gerichtsbeschlüsse oder andere Entscheidungen wieder in den Landeshaushalt zurückgeflossen sind.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Schauen Sie sich die Kampagne an, die in den letzten Wochen geführt worden ist! Ich habe heute Morgen schon im Haushalts- und Finanzausschuss

gesagt, dass wir den von Frau Freimuth in vernünftigem Ton angesprochenen Punkt auch in fünf Minuten hätten klären können.

Sie hatte Unmut darüber geäußert, dass der Finanzminister am 19. Januar an dieser Stelle die Zahl zum Haushaltsabschluss nicht genannt hat; nach seiner Auffassung deshalb nicht, weil es gar nicht Gegenstand der Tagesordnung war, sondern weil er über die Konsequenzen der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichts berichtet hatte. Die Auffassung der Opposition aber war, das wäre eine interessante Zahl gewesen, die sie gern gehört hätte.

Daraus wurde aber eine Kampagne – das müssen Sie mal den Zuschauerinnen und Zuschauern auf der Tribüne erzählen –, in deren Verlauf über Wochen stundenlange Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses abgehalten und akribisch der Frage nachgegangen wurde, ob der Finanzminister eine Abschlusszahl zum Jahr 2010 am 13., am 14. oder am 20. Januar kannte. Jedes Mal ist dann eine Pressemitteilung darüber herausgegangen, ob möglicherweise gelogen worden sei oder nicht. Und als man dann völlig entblättert war, sagte man: Nichts sagen ist auch gelogen. – Das war schon ein Verfahren, zu dem ich sagen muss, dass man in der Opposition noch nicht angekommen ist, wenn Opposition denn so verstanden wird, mit konstruktiven Beiträgen ein Spannungsfeld aufzubauen, um gemeinsam zu einem Ergebnis für dieses Land zu kommen.

(Beifall von der SPD)

Dass wir auf einem guten Weg sind, wird mir immer sehr deutlich, wenn ich auf der einen Seite CDU und FDP und auf der anderen Seite Die Linke höre. Wenn die einen sagen: „220 Millionen € einzusparen ist Angstsparen der Regierung“, und wenn die anderen sagen: „Das sind nur 600.000 €“, dann weiß ich: Wir sind auf der richtigen Spur. Wir handeln uns nämlich sozusagen erst mal auf beiden Seiten Kritik ein, weil wir sachgerecht und an der Realität orientiert damit umgehen.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: In der allergrößten Not bringt der Mittelweg den Tod!)

Ich will das an ein paar kleinen Beispielen zeigen, weil hier auch von Mitgliedern der früheren Regierung versucht wird, alles an Einsparungen als Klein-Klein zu bezeichnen bzw. zu sagen, das seien eigentlich keine Einsparungen, weil nur Ausgaben verschoben würden.

Ich weiß nicht, ob Sie es selbst mal erlebt haben oder aus dem Bekanntenkreis kennen, dass Menschen in einer Notlage eine Anschaffung verschieben mussten. Wer denen sagt, sie hätten nichts gespart, weil sie überlegten, etwas, was sie in diesem Jahr gern getan hätten, auf nächstes Jahr oder übernächstes Jahr zu verschieben, verkennt, dass

das natürlich eine Senkung des Ausgabenansatzes eines Haushalts ist. Das ist im Staat genauso wie auch im privaten Leben.

Wir haben eine ganze Reihe von Dingen aufgelistet: 6,65 Millionen sind Minderausgaben bei der Beschaffung im Bereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales. Verschiebungen und Einschränkungen im Projekt „Langzeiterfassung von Akten“ bringen 1 Million, obwohl sich das ziemlich trocken anhört. Minderausgaben im Bereich der Informationstechnik bringen zwei Millionen. Der Verzicht auf die Elternzeitung „Schulzeit“ im Bereich des Schulministeriums spart 300.000. All diese Dinge bezeichnen Sie als Peanuts oder als Klein-Klein; sie bringen aber aufsummiert etwa 130 Millionen und zusätzlich 100 Millionen globale Minderausgabe, die am Ende eine Einsparung sind und sich auch durchtragen werden. Das immer zu diskreditieren, ist das eine.

Auf der anderen Seite sagen Sie: Aber wir haben all das ganz toll gemacht. – Dann kommt immer das berühmte Jahr 2008 mit einer Nettokreditaufnahme von nur 1,1 Milliarden bei einem wirklich unglaublichen Rekord an Steuereinnahmen von 42,1 Milliarden. Nicht gesagt wird, dass die Neuverschuldung schon ein Jahr später – da war natürlich Krise – wieder bei 5,9 Milliarden war, also um 4,8 Milliarden höher ausfiel, obwohl die Steuern nur um 3,6 Milliarden zurückgegangen sind.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn man sich das über den weiteren Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung anschaut, Frau Freimuth, wird man Folgendes feststellen: Es stimmt, die mittelfristige Finanzplanung ist zu einem Zeitpunkt aufgestellt worden, als viele Parameter andere waren als heute. Nur: Diese mittelfristige Finanzplanung – die letzte, die wir von der damals von Ihnen gestellten Landesregierung übernommen haben – basierte auf Zahlen, in denen die Verschlechterung noch nicht enthalten war. Die Verschlechterung, die sich zuerst ergeben hatte, hätte dazu geführt, dass bis zum Jahre 2013 aus den geplanten stetigen 6,5 Milliarden neuen Schulden – das habe ich in Vermerken vorliegen –, über 8 Milliarden geworden wären. Da müssen wir in der Tat die bessere Steuerentwicklung wieder abziehen, und dann kommen wir sogar tatsächlich ein Stück unter 6,5 Milliarden, aber wir sind immer noch in einem Bereich, in dem wir weit davon entfernt sind, dass die Verfassungsgrenze einzuhalten gewesen wäre.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hat die Ministerpräsidentin heute auch vorgelesen. Wir haben Vermerke von Mitte Herbst letzten Jahres, in denen gesagt worden ist: In der nächsten Legislaturperiode gibt es die Möglichkeit, die Verfassungsgrenze einzuhalten, nicht.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

– Ja, aber es gibt eine wunderschöne Liste aus der Zeit der vorigen Landesregierung, die zum Haushalt aufgestellt und in der herunterdekliniert worden ist, was man aus einem Haushalt nicht streichen kann. Das war der Haushalt 2010 vor dem Nachtrag mit einem Volumen von 53 Milliarden €.

Dann kommt es: Voll umfänglich durch Einnahmen finanzierte Ausgaben, also das, was nur durch den Haushalt durchläuft, was man nicht einsparen kann: 3 Milliarden – die sind schon mal weg –; bundesgesetzliche Leistungen, die man nicht einfach abstellen kann: 4,6 Milliarden; Zinsausgaben, die man nicht einfach einstellen kann: 4,6 Milliarden; Versorgungsausgaben: 5,3 Milliarden. Man kommt dann von 53 Milliarden auf eine Zwischengröße von 34 Milliarden. Dann kommen Aktivitätsbezüge – Personal, das ich nicht von heute auf morgen raussetzen kann –: 13,4 Milliarden. Am Ende bleiben 19,5 Milliarden. Das geht so weiter – sage und schreibe – bis zu einem Wert von 120 Millionen, der am Schluss bleibt und den man kürzen könnte. Jetzt kann ich wieder sagen: Was für ein Zufall! Das sind am Ende die 123 oder 130 Millionen, die wir wirklich eingespart haben wollen. Wir sollten uns doch einfach gemeinsam bemühen, die Zahlen ernsthaft anzuschauen und dann zu streiten, wie es gehen kann.

Ich nenne noch das Beispiel Bund: Heute geht die Nachricht über die Agenturticker: Bundesminister Schäuble senkt wieder enorm die Neuverschuldung. Er kommt jetzt auf 40 Milliarden. – Herr Krautscheid hat mich gefragt: Wie macht er das? Schafft Ihr das auch? – Am Haushaltsvolumen von 305 Milliarden gemessen sind 40 Milliarden 13%. Genau das haben wir auch. Minister Schäuble ist also jetzt da angekommen, wo wir auch sind.

Die Frage, ob wir auch Steuererhöhungen eingerechnet haben, beantworte ich gerne mit Ja. Denn wir haben über die letzte uns zur Verfügung stehende Steuerschätzung vom November 500 Millionen Mehreinnahmen angesetzt, weil wir sicher sind: Das wird ein Stück mehr; das wird sich aus dem Jahr 2010 auch in 2011 fortsetzen. Deswegen ist das eine solide Grundlage. Auf dieser soliden Grundlage sollten wir ruhig gemeinsam in der Sache streiten. Aber die einzelnen verzerrten Zahlen, die dann zum Klamauk führen, sind echt nicht mein Ding.

(Beifall von der SPD)

Da mache ich lieber den Buchhalter und komme lieber mit Zahlen. Das ist für Finanzen ein deutlich besserer Job als Clownerie. – Danke.

(Beifall von der SPD)

**Präsident Eckhard Uhlenberg:** Vielen Dank, Herr Minister. – Wir sind damit am Ende des ersten Teils von Tagesordnungspunkt 1 – mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor – und kommen zum zwei-



ten Teil von Tagesordnungspunkt 1, zur Einbringung des GFG.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Jäger das Wort.

**Ralf Jäger**, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorgelegte Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 sieht eine der höchsten Finanzausgleichsmassen vor, die je in einem kommunalen Finanzausgleich gewährt wurden, obwohl die finanziellen Rahmenbedingungen des Staates nach wie vor schwierig sind, insbesondere wegen der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dennoch muss man sagen, die nordrhein-westfälischen Kommunen in 2011 werden 323 Millionen mehr erhalten, das sind 4,3 %, als die Vorgängerregierung im Gemeindefinanzierungsgesetz 2010 für sie vorgesehen hatte.

Dieser Gesetzentwurf setzt Strukturverbesserungen fort, die wir bereits mit dem Nachtragshaushalt 2010 auf die Schiene gesetzt haben. Die Kommunen müssen sich nicht mehr an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen. Das war, um es offen zu sagen, für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen eine äußerst perfide Befrachtung der Vorgängerregierung.

(Beifall von Marc Herter [SPD])

Die Kommunen werden selbstverständlich auch, weil es Ihnen zusteht, zu vier Siebteilen am Aufkommen der Grunderwerbsteuer in diesem Jahr beteiligt. Trotz dieser hohen Verbundmasse, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden soll, hat der Gesetzentwurf bereits im Vorfeld einiges an Diskussionen in den Kommunen ausgelöst. Anlass hierfür ist die Aktualisierung der Grunddaten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich bitte zunächst ausführen, was es bedeutet, wenn eine Grunddatenaktualisierung im kommunalen Finanzausgleich vorgenommen wird. Ich schicke vorweg: Mit dieser Grunddatenaktualisierung sollen bestimmte Arten von Kommunen weder bevorzugt noch benachteiligt werden.

Für eine Grunddatenanpassung werden die statistischen Grundlagen für die Ermittlung der Steuerkraft und der fiktiven Bedarfe auf den aktuellen Stand gebracht. Das bedeutet im Umkehrschluss: Es werden keine Veränderungen an der Systematik des Gesetzes vorgenommen. Alles ist Ergebnis einer statistischen Berechnung, die auf aktuellen Daten beruht. Die Landesregierung hat richtig gehandelt, die diesjährige Ausschüttung in Höhe von 7,2 Milliarden € im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes an die Kommunen nicht mehr auf der Grundlage von elf Jahre alten Daten aus dem Jahre 1999 vorzunehmen.

Die Grunddaten, die aktualisiert werden sollen, sind insbesondere die Gewichtung der Einwohner in der Hauptansatzstaffel sowie die Gewichtung des Soziallastenansatzes. Darüber hinaus ist der fiktive Hebesatz für die Realsteuern, Grundsteuer A und B sowie die Gewerbesteuer, den aktuellen Entwicklungen angepasst worden. Im Übrigen: Der Schüleransatz konnte nicht aktualisiert werden, weil hierzu bedauerlicherweise auf absehbare Zeit die entsprechenden Daten aus den Kommunen nicht präzise vorliegen werden.

Die letzte Grunddatenanpassung hat vonseiten der rot-grünen Landesregierung im Jahre 2003 stattgefunden. Die Entwicklung in den letzten zehn Jahren insbesondere im Bereich der Soziallasten macht aber deutlich, dass eine solche Aktualisierung mehr als erforderlich gewesen ist. Dass dies durch die Vorgängerregierung nicht geschehen ist, ist letztendlich verantwortungslos, weil sie damit auf der einen Seite Kommunen zu Unrecht Defizite aufgebürdet und auf der anderen Seite anderen eine Welt vorgegaukelt hat, die mit der Realität draußen nur wenig zu tun hat.

(Beifall von der SPD)

Die schwarz-gelbe Vorgängerregierung hat die erforderliche Anpassung hinausgezögert und sich auf das Gutachten der ifo-Kommission berufen und das, obwohl der alte Landesregierung seit langem bekannt war, dass eine notwendige Anpassung längst hätte erfolgen müssen. Im Übrigen kam diese Grunddatenanpassung auch für die Kommunen nicht überraschend. Bereits am 6. November 2009 ist den Mitgliedern der ifo-Kommission, in der auch die kommunalen Spitzenverbände vertreten waren, mitgeteilt worden, dass auf Basis der damaligen Aufrechnung der Gewichtungsfaktor für Soziallasten auf 12,4 hätte angehoben werden müssen.

Meine Damen und Herren, es ist ein schweres Versäumnis, dass die schwarz-gelbe Vorgängerregierung diese Grunddatenaktualisierung während ihrer Amtszeit nicht ein einziges Mal vorgenommen hat. Diesem Vorwurf will sich diese Landesregierung nicht aussetzen. Diese Vorgehensweise ist im Übrigen rechtlich höchstproblematisch. Bereits elf Kommunen in Nordrhein-Westfalen klagen aktiv vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster gegen diese mangelnde Datenaktualisierung im Rahmen der Gemeindefinanzierungsgesetze 2008, 2009 und 2010.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat vor Ort zu erheblichen Verschiebungen geführt, für die letztendlich die Vorgängerregierung aufgrund ihrer Untätigkeit verantwortlich ist. Klar ist: Ein solches Versäumnis wird von uns nicht fortgesetzt. Künftige Grunddatenaktualisierungen werden in noch kürzeren Abständen erfolgen, als dies von der Vorgängerregierung der Fall war, nämlich, wenn es technisch möglich ist, Herr Löttgen, jährlich, spätestens aber alle zwei Jahre.